

FoDEx-Studie

Politische Kultur

1. Qualitative Vertiefungsstudie des  
Niedersächsischen Demokratie-Monitors (NDM)

# Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen

Julian Schenke  
Katharina Trittel  
Amelie Neumann



Nr. 5  
(2020)

FoDEx



# Inhalt

1. Einleitung: Die politischen Mentalitätsströme der Niedersachsen	4
2. Ausverhandlung des lokalen Zusammenlebens	15
3. Das Panorama politischer Problemlagen	31
4. Medien, Lobbys, Machtgruppen und politische Einflussnahme: Elemente eines gemeinsamen Kommunikationsmodus	51
5. Sicht auf Demokratie und auf demokratische Konfliktregulation	66
6. Zusammenführung und Schlussbetrachtung	83
Literaturverzeichnis	92
Autoren	95

# Auf einen Blick

**D**em FoDEx-Teilprojekt „Niedersächsischer Demokratie-Monitor“ (NDM) obliegt es, mehrheitskulturelle politische Mentalitätstrends in Niedersachsen zu identifizieren und zu dokumentieren. Die vorliegende Studie schließt an die repräsentative Erhebung des 1. NDM aus dem Jahr 2019 an. Sie fragt qualitativ vertiefend nach den unterhalb der Einstellungsebene liegenden, rede- und handlungsleitenden Sinnbezügen und Ordnungsideen der niedersächsischen Bevölkerung, kurz: nach ihrer „ungeschriebenen Verfassung“. Dafür werden zentrale politisch-soziale Deutungsmuster herausgearbeitet, an denen die Struktur und Stabilität der politischen Kultur dieses norddeutschen Bundeslandes gemessen werden können. Sie fragt danach,

- warum die Niedersachsen einerseits große gesellschaftspolitische Ungerechtigkeiten wahrnehmen, andererseits jedoch ein starkes Vertrauen in die staatlichen Institutionen haben;
- woher die in der repräsentativen Umfrage von 2019 festgestellten hohen Zustimmungswerte zu den verschwörungstheoretischen Frage-Items rühren könnten;
- ob die im NDM 2019 dokumentierten Unterschiede im Demokratieverständnis auf ein anwachsendes Konfliktpotenzial hindeuten und
- ob sich wachsende Frustrationen oder gar Ängste andeuten, die künftig in eine stärkere Zustimmung zu populistisch agierenden Parteien und Gruppierungen umschlagen könnten.

Die Studie kommt u. a. zu folgenden Ergebnissen:

1. Ein starkes Interesse an politischen Themen und ein Wunsch nach diesbezüglicher Informiertheit sind ebenso prägend wie eine affektive Distanz zu Parteien und ihrem Personal.
2. Als drängendstes Problem sehen die Niedersachsen gesellschaftliche Desintegrationstendenzen an, während Konjunkturthemen wie Migration/Integration und Klimawandel mittlerweile Züge einer routinierten Diskurspraxis tragen. Das Vertrauen gilt weniger den amtierenden Eliten als den anonymen staatlichen Institutionen.
3. Häufig werden gesellschaftliche und politische Missstände sowie Fehlentwicklungen auf das Wirken von mächtigen Wirtschaftsinteressen („Lobbys“), aber auch auf mediale Verzerrungen zurückgeführt. So gelingt es im Gruppengespräch, gesellschaftspolitische Komplexität auf wenige Schablonen zu reduzieren und gleichzeitig individuelle politische Einflussmöglichkeiten zu verleugnen. Dennoch bleiben diese Vereinseitigungen sprunghaft und situativ: Niemand möchte als Verschwörungstheoretiker wahrgenommen werden.
4. Zwischen demokratischem Ideal und bundesrepublikanischer Realität klafft für viele Niedersachsen ein breiter Spalt. Doch die Kritik bleibt in sich gebrochen: Einerseits wird eine unzureichende Umsetzung demokratischer Teilhabechancen angemahnt, andererseits ist die skeptische Distanz zu Volksentscheiden und einem möglicherweise wachsenden Wahlerfolg von der „falschen“ Seite unverkennbar. Zudem wird die nicht mehr ganz neue Partei AfD von den meisten kategorisch abgelehnt.

5. In Bezug auf die wichtigsten Elemente der Demokratie offenbaren die Niedersachsen starke Konsenslinien, Anhaltspunkte für mögliche Polarisierungen sind nicht zu finden. Als oberstes demokratisches Prinzip machen sie die Meinungs- und Pressefreiheit aus. Auch optieren sie für umfängliche politische Bildung im Sinne von Vernunft und Ordnung, während sie den leidenschaftlichen Konflikt eher als demokratischen Störfall auffassen.
6. Die Niedersachsen hadern mit urbanen Existenzformen und legen Wert auf ein familiäres sowie gemeinschaftliches Lebensumfeld mit möglichst dörflichen Zügen, wobei der Identifikationsgrad mit Stadt und Region lokal variiert.
7. Insofern wird als verklammernder Grundzug der Teilresultate eine kleinbürgerliche Attitüde deutlich. In ihr verbinden sich a) die Insistenz auf dem Dörflich-Familiären, b) die Orientierung an Harmonie, Rationalität und Mittigkeit, c) die Reduktion komplexer Zusammenhänge auf den Einfluss von Machtzirkeln und Medien sowie d) die Ablehnung politischer Konfliktivität.

# 1

# Einleitung: Die politischen Mentalitätsströme der Niedersachsen

**D**er Politikwissenschaftler Franz Walter schrieb im Jahr 2000, die „Fauna Germanica“ sei letztlich nur aus der „Atmosphäre der ungewaschenen Füße zu verstehen“<sup>1</sup>. Zwar erlauben Umfragen oder Surveys zu politischen Einstellungsmustern Rückschlüsse auf die politische Stimmung im Land; wer aber die konkrete Lebensrealität und Alltagssicht der Bevölkerung ausblendet, dem entgehen die tief verwurzelten, volatile Stimmungsschwankungen abpolsternden, nur in langer Frist und infolge sozialstruktureller Umwälzungen veränderlichen alltagsmoralischen Grundüberzeugungen und inmitten parteipolitischer und (sozial-)medialer Deutungsangebote Orientierung stiftenden Selbstverständlichkeiten. Kurz und bündig: Das politische Bewusstsein der Deutschen bleibt dann verschlossen.

Diese Einsicht ist für das Vorgehen der vorliegenden qualitativen Studie maßgebend. Sie schließt an die repräsentative Erhebung des 1. Niedersächsischen Demokratie-Monitors (NDM) aus dem Jahr 2019 an, in der wir 1.001 Niedersachsen mittels eines standardisierten Fragebo-

gens telefonisch zu unterschiedlichen Lebensbereichen (Politik, Gesellschaft etc.) befragen ließen.<sup>2</sup> Im Unterschied dazu interessieren uns nun jedoch nicht die Zustimmungswerte zu vorab festgelegten Frage-Items, sondern wir suchen nach den grundierenden und untergründig vermittelnden politisch-sozialen Deutungsmustern in der niedersächsischen Bevölkerung. Während die 2019 veröffentlichte repräsentative Pilotstudie die Politik- und Gesellschaftsvorstellungen der Niedersachsen, ihre Bewertung demokratischer Institutionen und Prozesse, ihr Vertrauen in die staatlichen und politischen Eliten sowie ihre Haltung zu politischer Militanz erfragte,<sup>3</sup> luden wir für die vorliegende Studie einen ausgewogenen Realitätsausschnitt der niedersächsischen Durchschnittsbevölkerung zu Gruppendiskussionen ein, um die Menschen in ihrer eigenen Sprache und entlang ihrer eigenen Relevanzkriterien zu Wort kommen zu lassen. Wir bemühten uns, ihre Sicht auf (lokale) politische Problemlagen, ihr Verständnis von Demokratie und demokratischen Prozessen, ferner ihre Hoffnungen und

<sup>1</sup> Walter, Franz/Dürr, Tobias: Die Heimatlosigkeit der Macht. Wie die Politik in Deutschland ihren Boden verlor, Berlin 2000, S. 221.

<sup>2</sup> Marg, Stine/Finkbeiner, Florian/Kühnel, Stefan/Dermizaki, Efraxia: Niedersächsischer Demokratie-Monitor. NDM 2019. FoDEX-Studie Politische Kultur Nr. 2, Göttingen 2019.

<sup>3</sup> Vgl. ebd., S. 5.

Sorgen zu rekonstruieren. Es geht uns also nicht um Einstellungsmuster, sondern um die unterhalb der Einstellungsebene liegenden, rede- und handlungsanleitenden „Grundannahmen über die politische Welt“<sup>4</sup>, um die kollektiv geteilten Sinnbezüge, Ordnungsvorstellungen und formierenden Diskurskonventionen, kurzum: um die sich in politischen Mentalitätsströmen, Konsensmengen und Konfliktlinien ausdrückende „ungeschriebene Verfassung“<sup>5</sup> der Niedersachsen. An ihr messen wir die allgemeine Struktur und Stabilität der politischen Kultur des Bundeslandes.<sup>6</sup>

Als Teilprojekt von FoDEX hat es sich der Niedersächsische Demokratie-Monitor zur Aufgabe gemacht, mehrheitskulturelle politische Mentalitätstrends in Niedersachsen zu identifizieren und zu dokumentieren. Da gerade in Niedersachsen, einem Bundesland ohne konturiertes „Landesbewusstsein“<sup>7</sup>, regionalkulturellen Bedingungen eine tragende Rolle bei der Genese politischer Mentalitäten zukommen könnte, legen wir bei der Ortsauswahl auch ein besonderes Augenmerk auf Unterschiede zwischen niedersächsischen Großregionen und Städten und entschieden uns deshalb für Gruppendiskussionen in Oldenburg, Osnabrück, Braunschweig und Salzgitter.

4 Vgl. Rohe, Karl: Politische Kultur. Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts, in: Niedermayer, Oskar/ Beyme, Klaus von (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Berlin 1994, S. 1–21, hier S. 1.

5 Vgl. ebd.

6 Wir danken Niklas Schröder, Marie Nolte, Florian Finkbeiner und Efpraxia Dermitzaki für ihre tatkräftige Unterstützung bei der Durchführung und Protokollierung der hier zugrunde liegenden Erhebung, ebenso Julia Kleine und Niklas Knepper für die Transkription des Videomaterials sowie für ihre wertvollen Impulse und Hinweise in der frühen Auswertungsphase.

7 Vgl. Finkbeiner, Florian/Trittel, Katharina: Traditionslinien des Rechtsradikalismus in der politischen Kultur Niedersachsens. Ein historischer Problemaufriss. FoDEX-Studie Rechtsradikalismus Nr. 1, Göttingen 2019, S. 19 sowie Reeken, Dietmar von: Ein Land – Viele Regionen? Landesbewusstsein, Landesintegration und Regionalkultur in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa/Werwath, Christian (Hrsg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 59–78, hier S. 62.

Wir erhoffen uns durch die qualitative Vertiefungsarbeit nicht nur eine inhaltliche Anreicherung und Ausdifferenzierung der 2019 erzielten Resultate. Vielmehr sollen die verbliebenen Rätsel und offenen Fragen<sup>8</sup> der Pilotstudie (NDM 2019) im Fortgang aufgegriffen werden, um diese auf der Grundlage der Gruppengespräche zu diskutieren und zu interpretieren.<sup>9</sup> Diese Rätsel beziehen sich auf vier thematische Kernbereiche:

- *Politische Problemwahrnehmung:* Wie kommt es zu dem Widerspruch zwischen starkem gesellschaftspolitischem Ungerechtigkeitsempfinden bzw. der Unzufriedenheit mit der Politik einerseits und dem großen Vertrauen in die staatlichen Institutionen andererseits?
- *Macht und Verschwörung:* Wie sind die hohen Zustimmungswerte zu verschwörungstheoretischen Items zu erklären?
- *Demokratieverständnis:* Wie hängen die unterschiedlichen Auffassungen der Niedersachsen, was unter „Demokratie“ zu verstehen ist, miteinander zusammen und wie bewerten sie die bundesrepublikanische Demokratie? Warum scheint ein Teil der Niedersachsen die Demokratie abzulehnen?
- *Zukunftssicht:* Deuten sich wachsende Unzufriedenheiten oder gar Ängste an, von denen die bisher in Niedersachsen kaum erfolgreiche AfD letztlich doch profitieren könnte?

Im Zusammenspiel der Auswertung von quantitativen und vertiefenden qualitativen Daten – die auch in Zukunft turnusmäßig erhoben werden sollen – schließen wir hiermit den ersten Zwei-Jahres-Zyklus des NDM ab und hoffen, ein plastisches Bild politischer Mentalitätsströme der Niedersachsen zum Ende der 2010er Jahre zu zeichnen, das als Grundlage für die Folgestudien des hier angestrebten Längsschnitt-Monitorings dienen kann.

8 Vgl. die Zusammenfassung der Ergebnisse mitsamt der Benennung offener Fragen in Marg et al: NDM 2019, S. 1–3.

9 Vgl. dazu das zusammenführende Fazit in Kapitel 6.

## Konzeptuelle Rahmung

Wie gelangt man an die hier anvisierten Tiefenschichten politischer Mentalitätsströme? Wir verstehen unser Vorhaben als Vorstoß in die „politische Sozialkultur“ im Sinne qualitativer politischer Kulturforschung nach Karl Rohe. Gemeint ist ein Set diskursenthobener, latenter Selbstverständlichkeiten – Redeweisen, Gewohnheiten, Bewertungsmaßstäbe, Alltagsmoral u. a. –, welche die tief verwurzelten und historisch geronnenen Grundüberzeugungen sämtlicher Mitglieder eines politischen Verbandes (hier des Bundeslandes Niedersachsen) bilden. Die politische Sozialkultur zeichnet sich dadurch aus, dass sie „zumindest für eine Zeitlang nicht in Frage gestellt werden“<sup>10</sup> kann, da sie Ankerpunkt und Fundament des politischen Alltags ist. In Gruppengesprächen beobachten wir jedoch zunächst erst einmal die manifeste, gut sichtbare und weitaus volatilere „politische Deutungskultur“: Bei ihr handelt es sich um tagespolitisch bewegliche und oft auch konfliktträchtige Rede- und Handlungsweisen, Diskussionseinwürfe, Symboliken und Rituale, mit denen Bürger um die Aufmerksamkeit der politischen (Teil-) Öffentlichkeit buhlen.<sup>11</sup> Deutungskulturelle Sinngehalte äußern sich also unmittelbar auf der Meinungs- und Einstellungsebene, während die soziokulturelle Substanz im Anschluss durch interpretierende Rückschlüsse rekonstruiert werden muss.<sup>12</sup>

<sup>10</sup> Vgl. Rohe, Karl: Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptuelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kulturforschung, in: Berg-Schlosser, Dirk/Schissler, Jakob (Hrsg): Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 18 (1987), S. 39–48, hier S. 42.

<sup>11</sup> Vgl. ebd.

<sup>12</sup> Zwar gilt grundsätzlich: „Grundannahmen über die politische Welt in Verbindung mit den ihnen zugeordneten operativen Ideen, die die politische Kultur eines sozialen Verbandes ausmachen, lassen sich am besten als politische und gesellschaftliche Ordnungsentwürfe begreifen, die man im Prinzip in ähnlicher Weise studieren kann wie jene Ordnungsentwürfe, die in der politischen Ideengeschichte oder

Da Frage-Items und starre Antwortvorgaben das Spektrum möglicher Reaktionsweisen limitieren, ja präformieren, ergibt sich aus dieser Zielsetzung die Hinwendung zum hermeneutisch sensibleren Forschungsparadigma qualitativ-interpretativer Sozialforschung, das in der vorliegenden Vertiefungsstudie Anwendung findet. Unser Ziel ist es, unter Rückgriff auf nichtstandardisierte Verfahren manifeste wie latente soziale Sinnstrukturen zu identifizieren, zu verstehen und zu deuten.<sup>13</sup>

## Studiendesign und Vorgehen

Ursprünglich war es geplant, die Teilnehmenden unserer Fokusgruppen – eine Variante der Gruppendiskussion, in der nach bestimmten Kriterien ausgewählte Diskussionsteilnehmer zum Gespräch über spezifische Themen gebeten werden<sup>14</sup> – im Stile eines mixed methods-Designs aus dem Pool der 1.001 telefonisch Befragten des NDM 2019 zu rekrutieren. Dies stellte sich jedoch schon nach kurzer Zeit als unmöglich heraus: Einerseits verhinderte die breite Streuung der Befragten über das Bundesland eine logistisch realisierbare Aggregation zu räumlich und zeitlich fixierten Treffen, andererseits fiel die Teilnahmebereitschaft in der Summe außerordentlich gering aus.

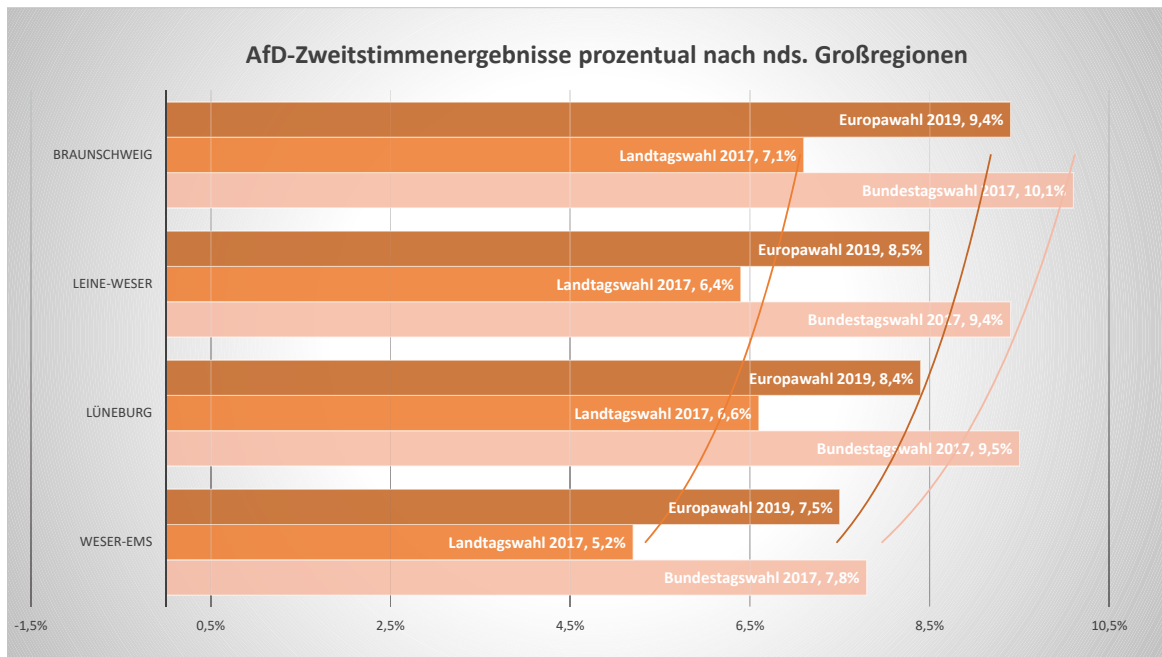
Infolge dieser anfänglichen Hürden entschieden wir uns sodann für eine eigenständige Erhebung mit neuen Rekrutierungsparametern und

*in geschriebenen Verfassungen gespeichert sind.“ Jedoch: „Sie liegen zumeist nicht in voll artikulierter Form vor. Sie müssen vielmehr über die Beobachtung von politischem Verhalten, über die Analyse von politischer Sprache und politischen Symbolen und über die Auswertung von Umfragedaten indirekt rekonstruiert und erschlossen werden.“ Rohe: Politische Kultur. Zum Verständnis, S. 2f. (Herv. d. Verf.)*

<sup>13</sup> Vgl. Kleemann, Frank/Krähnke, Uwe/Matuschek, Ingo: Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung in die Praxis des Interpretierens, Wiesbaden 2013, S. 119–123.

<sup>14</sup> Vgl. Kühn, Thomas/Koschel, Kay-Volker: Gruppendiskussionen. Ein Praxis-Handbuch, Wiesbaden 2017, S. 20 und 77.





**Abb. 1** Strukturdaten entnommen aus Zahlen des Bundeswahlleiters<sup>16</sup>

nutzten die Gelegenheit für eine Adjustierung des Forschungsinteresses: Da das Verhältnis von regionalspezifischen und übergreifenden Traditionslinien des politischen Empfindens, Denkens und Handelns in Niedersachsen wesentlicher Bestandteil der Forschungsperspektive von FoDEX ist,<sup>15</sup> zogen wir eine geographische Vergleichsachse ein, um der möglicherweise regional und lokal variierenden politischen Kultur Niedersachsens nachspüren zu können. Dabei werteten wir die Zweitstimmenanteile der AfD bei der Bundestagswahl 2017, der Landtagswahl 2017 und der Europawahl 2019, die in der Gesamtschau ein deutliches Ost-West-Gefälle zwischen den niedersächsischen Großregionen zeigen, als Hinweis auf mögliche regionale Unterschiede in der politischen Kultur. Hausse und Verlauf der Zustimmung zur AfD begriffen wir als Indikator für einen fundamentalen gesellschaftspolitischen Wandel, der sich – so scheint es – in Niedersachsen aufgrund unterschiedlich resilienter politisch-kultureller Polster eben auch ungleichzeitig vollzieht.

<sup>15</sup> Vgl. dazu die Ausführungen auf unserer Internetpräsenz Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEX): Über FoDEX, URL: <https://www.fodex-online.de/ueber-fodex/> [eingesehen am 21.09.2020].

Um einen maximalkontrastiven Vergleich anzustellen, entschieden wir uns deshalb dafür, Fokusgruppen im Raum Braunschweig (östlichste Großregion) und im Raum Weser-Ems (westlichste Großregion) durchzuführen.<sup>16</sup>

Als Durchführungsorte wählten wir für die Weser-Ems-Region die Städte Oldenburg und Osnabrück (zugehörig zu den Wahlkreisen mit den geringsten AfD-Erfolgen in Niedersachsen) sowie Braunschweig und Salzgitter (zugehörig zu den Wahlkreisen mit den größten AfD-Erfolgen in Niedersachsen). Für jede der vier Städte wurden zwei Fokusgruppen angesetzt. Mithilfe externer Dienstleister aus dem Bereich der Markt- und Meinungsforschung realisierten wir die beiden Oldenburger Fokusgruppen im November 2019, eine zweite Erhebungswelle in den anderen drei Städten folgte im Lauf des Februars

<sup>16</sup> Vgl. Der Bundeswahlleiter: Europawahl 2019, URL: <https://www.bundeswahlleiter.de/europawahlen/2019/strukturdaten/bund-99/land-3.html> [eingesehen am 21.09.2020]; Der Bundeswahlleiter: Bundestagswahl 2017, URL: <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/strukturdaten/bund-99/land-3.html> [eingesehen am 21.09.2020]; Der Bundeswahlleiter: Landtagswahlen Niedersachsen 2017, URL: <https://www.bundeswahlleiter.de/service/landtagswahlen/land-3.html> [eingesehen am 21.09.2020].

2020, mithin nur wenige Wochen vor dem pandemiebedingten Lockdown im März. Sämtliche Fokusgruppen fanden am (frühen) Abend statt und wurden von einer Moderatorin und einem Moderator geleitet. Darüber hinaus waren stets zwei bis drei Protokollantinnen und Protokollanten anwesend, deren Eindrücke und Notizen in die Interpretation einfließen. Insgesamt erzielten wir ein Sample aus acht Fokusgruppen (vier pro Großregion, zwei pro Stadt) mit einer Teilnehmendenzahl von jeweils sechs bis neun Personen (insgesamt 60 Personen) und einer Dauer von durchschnittlich 123 Minuten pro Diskussion. Als Materialgrundlage unserer Auswertung dienten uns damit 16 Stunden und 24 Minuten Aufzeichnungsvolumen, verschriftlicht zu 632 Transkriptseiten. Nach der Durchführung der siebten und achten Fokusgruppe wurde die empirische Sättigung<sup>17</sup> nach übereinstimmendem Urteil als erreicht betrachtet. Die mithilfe einfacher inhaltlich-semantischer Transkriptionsregeln<sup>18</sup> erstellten Transkripte wurden nach grob umrissenen Themenbereichen mithilfe der Textanalysesoftware MAXQDA sowohl deduktiv (Aspekte, die dem Themenkatalog der Fokusgruppen entstammen) als auch induktiv (Aspekte, die aus der Auswertung der Gespräche resultierten) kodiert.<sup>19</sup> Die so entstandenen Notizen und interpretierenden Thesenpapiere wurden mehrfach im Autorenteam diskutiert und überarbeitet, bevor sie für die vorliegende Studie verschriftlicht wurden.

Zusätzlich waren die Teilnehmenden der Diskussionen im Anschluss an diese gebeten worden im Rahmen eines standardisierten Begleit-Fragebogens anonyme soziodemographische Angaben zu machen. Aus diesen entnehmen wir, dass die Personen – wie in unseren Rekrutierungsparametern vorgesehen – einen breiten Realitätsausschnitt abdecken, größtenteils aber einer gutsituierten gesellschaftlichen Mitte anzugehören scheinen:

- 26 weiblichen Anwesenden stehen 34 männliche gegenüber.
- Der Altersdurchschnitt liegt bei 40 Jahren, wobei 32 Personen unter 41 Jahre alt waren und 24 Personen 41 und älter (3 Personen verweigerten die Angabe).
- 13 Personen befinden sich noch in Schule, Praktikum oder Studium, während 15 Personen in Industrie, Technik und Handwerk arbeiten; 12 Personen in der Freien Wirtschaft, im Marketing, Vertrieb, etc.; 8 Personen als Lehrer, Sozialpädagogen oder in der Erwachsenenbildung; 6 Personen im Gesundheits- und Pflegesektor; 2 Personen in Logistik und Gastronomie; jeweils eine Person arbeitet als freischaffender Künstler, in karitativen Einrichtungen und in Ämtern und Behörden. 6 Personen sind Hausfrau bzw. -mann oder befinden sich im Ruhestand.
- 36 Personen unseres Samples sind konfessionslos, 13 evangelisch-lutherisch, 6 römisch-katholisch; 6 Personen verweigerten die Angabe.
- 33 Personen partizipieren aktiv in Vereinen und Organisationen, dazu gehören insbesondere Sportvereine, die Freiwillige Feuerwehr, ferner kirchliche Organisationen, Gesangs-, Heimat-, Kleingarten- und Schützenvereine.

17 Vgl. Strübing, Jörg et al.: Gütekriterien qualitativer Sozialforschung. Ein Diskussionsanstoß, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 47 (2018), H. 2, S. 83–100, hier S. 88–90.

18 Dresing, Thorsten/Pehl, Thorsten: Praxisbuch Interview, Transkription & Analyse. Anleitungen und Regelsysteme für qualitativ Forschende, Marburg 2018, S. 20–26, URL: [https://www.audiotranskription.de/download/praxisbuch\\_transkription.pdf?q=Praxisbuch-Transkription.pdf](https://www.audiotranskription.de/download/praxisbuch_transkription.pdf?q=Praxisbuch-Transkription.pdf) [eingesehen am 21.09.2020].

19 Zur deduktiven und induktiven (offenen) Kategorienbildung, einem Werkzeug der „Grounded Theory“, vgl. Mayring, Philipp: Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken, Weinheim 1999, S. 92.

## Zur Methode

Selbstverständlich muss eine so angelegte sozialwissenschaftliche Studie Rechenschaft über ihre eigenen „Gütekriterien“<sup>20</sup>, d. h. über die Maßstäbe ihrer Interpretationsarbeit und Urteilsbildung, ablegen. Im Rahmen des von uns praktizierten „Fremdverstehens“<sup>21</sup> und in Anlehnung an Philipp Mayring<sup>22</sup> einigten wir uns für die Auswertung der Fokusgruppen auf folgende Grundprinzipien:

- *Argumentative Rückbindung*: Die Grundlage verallgemeinernder Schlüsse bilden stets die untersuchten Einzelfälle, also die in unseren Fokusgruppen diskutierenden und Sinnzusammenhänge interaktiv herstellenden Personen.
- *Interpretative Offenheit*: Kodierungen, Thesenpapiere und Interpretationsvorschläge schaffen Raum für induktive sowie abduktive Aspekte, die aus dem Gesprächsmaterial entsteigen und die vorläufigen Thesen herausfordern.
- *Transparente Dokumentation*: Sowohl die Fragestellung, das einfließende einschlägige Vorwissen zur Forschungsthematik als auch das Vorgehen im Forschungsprozess werden offengelegt.
- *Methodische Kontrolle durch Rückbindung an existierende Forschungsergebnisse und die Diskussion im Forscherteam*: Sämtliche Eindrücke, Beobachtungen, Hypothesen und Kapitelentwürfe werden einer kritischen Diskussion durch die beteiligten Autoren unterzogen. Dabei nehmen wir Bezug sowohl auf die Ergebnisse des NDM 2019 als auch auf die jüngere politikwissenschaftliche Diskussion zu gesellschaftspolitischen Konfliktlinien (Cleavages).

Wir entschieden uns für eine Kombination aus der *Erhebungsmethode der Fokusgruppen-diskussion* und der *Auswertungsmethode der Deutungsmusteranalyse*. Die Fokusgruppe erscheint für uns aus einem simplen Grund als Erhebungsmethode adäquat: Fokusgruppen simulieren alltagsnahe Diskussionsituationen, die den Prozess politischer Urteilsbildung nachvollziehbar präsentieren. Sie fördern die in der Gruppe sozial gültige „Alltagsmoral“<sup>23</sup> zutage, welche sich häufig erst in praktischer kollektiver Interaktion konstituiert.<sup>24</sup> Einerseits reizen sich die Diskussionsteilnehmer wechselseitig zu Zustimmung, Widerspruch oder Ergänzung, was im günstigsten Falle die in Einzelinterviews häufig schwer überwindbaren psychologischen Hemmschwellen außer Kraft setzt. Andererseits lässt sich über die Diskussionsdynamik verfolgen, durch welche Assoziations- und Argumentationswege sich gültige Meinungshegemonien herstellen und welche Positionen unterliegen, ferner ob und inwiefern Kriterien sozialer Erwünschtheit den Redefluss limitieren. Durch eine für das Gesprächsthema sensible Moderation, die die für das Erkenntnisinteresse relevanten Themenkomplexe ansteuert, können auch gezielt kontroverse oder gar konfliktive Aspekte eingebracht und vertieft werden – wengleich das Ziel stets bleibt, eine möglichst selbstläufige Diskussion herzustellen. Die für den Zweck dieser Studie durchgeführten Fokusgruppengespräche wurden mithilfe eines Themenkatalogs strukturiert, der eine Fokussierung auf die oben genannten vier thematischen Kernbereiche sicherstellt, und damit eine gewisse Vergleichbarkeit zwischen den Gruppen gewährleistet. Das Ziel der Gespräche bestand insgesamt darin, Aufschluss über die „un-

<sup>20</sup> Vgl. Strübing et al.: Gütekriterien.

<sup>21</sup> Vgl. Przyborski, Aglaja/Wohlrab-Sahr, Monika: Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch, München 2010, S. 31.

<sup>22</sup> Vgl. Mayring: Einführung in die qualitative Sozialforschung, S. 14–16.

<sup>23</sup> Lepsius, Rainer M.: Kulturelle Dimensionen der sozialen Schichtung [1963], in: Ders. (Hg.): Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen 1990, S. 96–116, hier S. 111.

<sup>24</sup> Vgl. Mangold, Werner: Gegenstand und Methode des Gruppendiskussionsverfahrens. Aus der Arbeit des Instituts für Sozialforschung, Frankfurt a. M. 1960, S. 49.

geschriebene Verfassung“ der Niedersachsen zu gewinnen.<sup>25</sup>

Warum haben wir uns auf der Suche nach diesen Strukturen für die Deutungsmusteranalyse entschieden? Zunächst: Der Begriff des Deutungsmusters wird in der sozialwissenschaftlichen Forschung in beinahe schillernder Varianz unterschiedlich konzeptualisiert. Zu Recht konstatierte Christian Lüders schon früh, dass konkrete Studien einer „projektspezifischen ‚Einverwandlung‘“ der Deutungsmusteranalyse bedürften, um dieser konzeptuellen Diffusität zu begegnen.<sup>26</sup> Ganz in diesem Sinne bestimmen wir Deutungsmuster in der vorliegenden Studie dezidiert als *politisch-soziale Deutungsmuster*: Hierbei handelt es sich um kollektiv geteilte Selbstverständlichkeiten, eben „Tiefenstrukturen“<sup>27</sup>, die für die Genese und Reproduktion poli-

tischer Mentalitätsbestände strukturbildend wirken, mithin nicht nur deutungskulturell einsetzbar, sondern auch sozialkulturell – auf der Ebene latenter Selbstverständlichkeiten – verankert sind. Politisch-soziale Deutungsmuster werden verständlich als handlungsleitende und rechtfertigend deutende Elemente „privater Gesellschaftstheorien“ in Anschluss an Ulrich Oevermann<sup>28</sup> und Rainer M. Lepsius, als Fragmentformen einstiger politischer Deutungssysteme nach deren weitgehendem Verschwinden.<sup>29</sup> Gesucht wird also nach Orientierung stiftenden weltanschaulichen Grundaxiomen.

Freilich drängt sich unmittelbar die Frage auf, wie ein Erkenntnisgewinn über politisch-soziale Deutungsmuster forschungspraktisch realisiert werden kann, wenn es sich doch um subdiskursive, vorerst „unsichtbare“ Bewusstseins-elemente handeln soll. Nach unserer Auffassung gelingt dies per rekonstruktivem Rückschluss: Da Inkonsistenzen zwischen einzelnen Einstellungsmustern durch Deutungsmuster sinnhaft überbrückt werden können, während Inkonsistenzen zwischen Deutungsmustern selbst auf grundsätzlich ungelöste Entwicklungsdynamiken der politischen Orientierung hindeuten,<sup>30</sup> müssen wir den Blick insbesondere dorthin richten, wo sich Irritationen konzentrieren. Im Fortgang der Auswertung sind daher Fragen wie die folgenden

25 Im Unterschied zur Herangehensweise des Berlin-Monitors, welcher ebenfalls auf die Durchführung von Gruppendiskussionen zur Vertiefung der repräsentativen Umfragedaten setzt, stellen wir auf Tiefenstrukturen politischer Bewusstseinsbildung ab, nicht primär auf die Aufdeckung weiterer Aspekte auf der Einstellungsebene. Die Autoren des Berlin-Monitors erhoffen sich von ihrer qualitativen Vertiefung, „unter Einbezug von kommunikativem Austausch, sozialer Auseinandersetzung und größtmöglicher Äußerungsfreiheit“ eine „Vertiefung der Bestimmung spezifischer Haltungen“ und eine „genauere[] Einsicht in – auch gelegentlich konfliktreiche – Diskurse in der Berliner Stadtgesellschaft“, insbesondere im Hinblick auf Diskriminierungserfahrungen und Vorurteilsstrukturen, zu erreichen, vgl. Pickel, Gert/Reimer-Gordinskaya, Katrin/Decker, Oliver: Der Berlin Monitor 2019. Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie, Berlin 2019, S. 6. Erkennbar verstehen sie die Methode der Gruppendiskussion als Lupe für Details, sozusagen für eine verfeinerte Phänomenologie politischer Meinungsspektren. Konträr dazu verfolgt die vorliegende Fokusgruppenstudie wie erwähnt das Ziel, zu den sozialkulturellen Grundstrukturen politischen Denkens und Empfindens in Niedersachsen vorzustoßen.

26 Vgl. Lüders, Christian: Deutungsmusteranalyse. Annäherungen an ein risikoreiches Konzept, in: Garz, Detlef/Kraimer, Klaus (Hrsg.): Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen, Opladen 1991, S. 377–408, hier S. 380.

27 Bögelein, Nicole/Vetter, Nicole: Deutungsmuster als Forschungsinstrument. Grundlegende Perspektiven, in: Dies. (Hrsg.): Der Deutungsmus-

teransatz. Einführung – Erkenntnisse – Perspektiven, Weinheim/Basel 2019, S. 12–38, hier S. 16.

28 Oevermann pointierte soziale Deutungsmuster als „gedachte Ordnung innerhalb der Gesellschaft“. Vgl. Oevermann, Ulrich: Die Struktur sozialer Deutungsmuster – Versuch einer Aktualisierung, in: Sozialer Sinn, H. 1/2001, S. 223–229. S. auch Oevermann, Ulrich: Zur Analyse der Struktur von sozialen Deutungsmustern (1973), in: Sozialer Sinn, H. 1/2001, S. 3–33, hier S. 10: „Deutungsmuster organisieren die Alltagserfahrung einer Epoche wie Theorien das wissenschaftliche Datenmaterial, sie sind gewissermaßen die ‚Theorien‘ der Alltagserfahrung.“

29 Vgl. dazu die ausführliche Diskussion und Konzeptualisierung in Schenke, Julian: Student und Demokratie. Das politische Potenzial deutscher Studierender in Geschichte und Gegenwart, Bielefeld 2020, S. 40–54, besonders S. 41f.

30 Vgl. ebd., S. 49.

zu klären: Zwischen welchen Positionen entstehen Konflikte? Welche Problem- und Konfliktthemen werden einer Klärung zugeführt, welche nicht? Wo verstricken sich die Diskutierenden in unerkannte Widersprüche? Der Deutungsmusteranalyse kommt mithin eine Doppelrolle zu, indem sie einerseits eine Heuristik stiftet, die zu einem offenen Vorgehen bei der Auswertung des Gesprächsmaterials ermutigt, andererseits aber auch den Blick für tieferliegende Kernelemente politischer Bewusstseinsbildung und damit auch für die politisch-sozialkulturelle Substanz der Niedersachsen schärft.

### Konsensmengen und Konfliktlinien: Zur Einbettung in die politikwissenschaftliche Diskussion

Dass wir hinsichtlich der Kodierungs- und Auswertungspraxis ein offenes methodisches Vorgehen wählen, darf selbstverständlich nicht zu einem naiven Referieren empirischer Entdeckungen verleiten. Um vielmehr deren Bedeutungsgehalt beurteilen zu können, wollen wir – wie bereits an anderer Stelle angekündigt<sup>31</sup> – versuchen, unsere vertiefende Vermessung der politischen Kultur Niedersachsens an die jüngeren politischen Entwicklungen in Deutschland und in den westlichen Demokratien rückzubinden, wie sie aktuell auch in den Politikwissenschaften diskutiert werden. Referenzrahmen unserer Interpretationen ist die Diskussion um die Fähigkeit der einst um das Explanandum des Klassenwahlverhaltens zentrierten „Cleavage“(Konfliktlinien)-Theorie<sup>32</sup>, den sozial-

strukturellen und damit auch kulturellen Wandel dieser Gesellschaften in den 2000er und 2010er Jahren abzubilden<sup>33</sup>, präziser: die Auseinandersetzung um die mögliche Existenz eines *neuen* Cleavage, der sich derzeit in einem Wandel der Parteiensysteme geltend machen könnte. Entgegen kritischen Stimmen, welche in Zweifel ziehen, ob es sich hierbei um ein genuin neues Phänomen handelt,<sup>34</sup> gehen wir im Folgenden davon aus, dass sich in etlichen europäischen Ländern im Zuge der „globalisierten“, d. h. jahrelang forcierten Kapital-, Arbeitsmarkt- und Personenfreizügigkeit sowie der Diffusion staatlicher Kompetenzen an transnationale Institutionen<sup>35</sup> eine zu den „klassischen“ Cleavages quer liegende Konfliktlinie zwischen (so die gängigen Termini) Kosmopolitismus und Kommunitarismus herausgebildet hat, die in vergleichenden Studien empirisch nachgewiesen worden ist<sup>36</sup> und auch in Zukunft relevant bleiben wird.

31 Vgl. Schenke, Julian/Finkbeiner, Florian/Neumann, Amelie: Das Potenzial der Cleavage-Perspektive. Wahlverhalten als Oberflächenphänomen der politischen Kultur, in: Demokratie-Dialog, H. 6/2020, S. 2–11.

32 Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan identifizierten in den 1960er Jahren die Konfliktlinien zwischen Kapital und Arbeit, Kirche und Staat, Stadt und Land sowie Zentrum und Peripherie als prägende Spannungen des entstehenden modernen Staates. Vgl. Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein: Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives, New York/London 1967, S. 47.

33 Vgl. die kluge Aktualisierung in Hooghe, Liesbet/Marks, Gary: Cleavage theory meets Europe's crises: Lipset, Rokkan, and the Transnational Cleavage, in: Journal of European Public Policy, Jg. 25. (2018), H. 1, S. 109–135.

34 Vgl. exemplarisch Decker, Frank/Ruhoose, Fedor: Vom moderaten zum polarisierten Pluralismus. Wie integrationsfähig ist das deutsche Parteiensystem?, in: INDES, H. 3/2019, S. 34–42, hier S. 37.

35 Es handelt sich hier um eine postindustrielle Entwicklung, deren Manifestierung als politisches Präferenzmuster allerdings – gerade im Kontrast zur verbreiteten Rhetorik des „Neuen“ ist darauf hinzuweisen – schon Mitte der 1990er Jahre von Herbert Kitschelt als neue weltanschauliche Hauptachse des Parteienwettbewerbs zwischen „links-libertär“ und „rechts-autoritär“ notiert worden ist. Vgl. Kitschelt, Herbert: The transformation of European social democracy, Cambridge 1994, S. 32.

36 Vgl. Koopmans, Ruud/Zürn, Michael: Cosmopolitanism and Communitarism – How Globalization Is Reshaping Politics in the Twenty-First Century, in: De Wilde, Pieter et al. (Hrsg.): The Struggle over Borders. Cosmopolitanism and Communitarianism, Cambridge 2019, S. 1–34, hier S. 7–8; ferner Merkel, Wolfgang: Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie, in: Harfst, Philipp/Kubbe, Ina/Poguntke, Thomas (Hrsg.): Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy, Wies-

Um sich vor Augen zu führen, warum das für die Einordnung aktueller Tendenzen politischer Kultur in der Bundesrepublik wichtig ist, lohnt sich ein Blick auf gängige Zeitdiagnosen. Häufig gewinnt man hier den Eindruck, dass Deutschland bezüglich des gesellschaftspolitischen Diskurses und des öffentlichen Parteienwettbewerbs nicht ganz in der Gegenwart zu leben scheint. Sozioökonomische Großtendenzen hätten, so ist zu lesen, die Lebensverhältnisse eines großen Teils der Bevölkerung substantiell verändert, ohne dass die aus diesen Umwälzungen erwachsenen neuen Konfliktfronten – eine in urbane und gebildete Kosmopoliten hier, ländlich-gewerblich orientierte Nationalprotektionisten bzw. Kommunitaristen dort zerfallene bürgerliche Mitte – durch Parteien und Politiker in eine adäquate politische Sprache gegossen worden wären. „In Deutschland fanden bis zur Bundestagswahl 2017 erhebliche ökonomische Umbrüche, kulturelle Umorientierungen und politische Veränderungen statt, ohne dass sich dies nachhaltig im Parteiensystem niedergeschlagen hätte.“<sup>37</sup> So etwa der Wandel der Arbeitswelt, die Auflösung des „neoliberalen politischen Blocks“<sup>38</sup> bei gleichzeitiger Fortsetzung der von ihm angestoßenen Politik, ferner die Transformation des deutschen Wachstumsregimes (durch mehr inländische Nachfrage, Sozialausgaben und staatliche Investitionen). Man kann es auf der Ebene der Durchschnittsbürger in polemischer Zuspitzung folgendermaßen ausdrücken: Seit 2000 haben sich die tatsächlichen Lebensrealitäten, Karrierechancen und Zukunftsperspektiven breiter Teile der Bevölkerung substantiell verändert, während die politischen Eliten der seit 2005 währenden Ära Merkel Kontinuität predigen. Das Ergebnis: In Deutschland hat sich „ein Deutungsvakuum im Hinblick auf

wirtschafts- und sozialpolitische Richtungsfragen herausgebildet.“<sup>39</sup> Der spätestens seit etwa 2015 spürbare und vermeintlich eruptive Wandel der politischen Kultur hin zu einem zunehmenden Polarisierungspotenzial – zwischen den Versuchen populistischer Parteien das genannte Vakuum zu nutzen, und den darauf reagierenden antipopulistischen „Endzeitperspektiven“ einer gefährdeten Demokratie<sup>40</sup> –, so ließe sich schließlich, stellt bei genauerem Hinsehen vielmehr die Reaktion auf langfristige, aber politisch vernachlässigte Umwälzungen dar.

Gehört die nähere Zukunft der deutschen Parteienkonstellation also auf der einen Seite dem rechtskonservativen Anwalt kommunitaristischer Orientierungen, der AfD, und auf der anderen Seite den Verfechtern kosmopolitischer Weltoffenheit, den Grünen? Dafür, dass diese beiden Parteien sich als „neue Gegenpole der gesellschaftlichen Spaltung in Deutschland“<sup>41</sup> konsolidieren könnten, sind bereits gewichtige Gründe angeführt worden. Noch können wir eine solche Frage nicht beantworten, schließlich befinden wir uns noch immer mitten in einem gesellschaftspolitischen Gärungsprozess, deren Folgen für das Parteiensystem bislang unabsehbar sind. Allerdings ist es aus unserer Sicht auch gar nicht entscheidend, einen Schritt über diese epistemologische Grenze hinaus wagen zu müssen: Unser Erkenntnisinteresse richtet sich nicht auf das Wahlverhalten, sondern auf die langfristigen Veränderungen politischer Kultur. Konfliktlinien verstetigen sich über Jahre und Jahrzehnte hinweg, bevor sie sich – je nach nationaler und regionaler Situation, d. h. im Verhältnis zur historisch gewachsenen Cleavage-Schichtung – in ein verändertes Wahlverhalten übersetzen. Die allseits sichtbaren Veränderungen, die eine „critical juncture“ wie die Eurokrise im Süden oder die Flüchtlingskrise im Norden

---

baden 2017, S. 9–23; auch Zürn, Michael: *Autoritärer Populismus vs. offene Gesellschaft – eine neue Konfliktlinie? Eine ökonomische, kulturelle und politische Analyse*. Demokratie & Gesellschaft 7, Berlin 2018.

**37** Werner, Alban: Versuch, die Signaturen der zehner Jahre zu begreifen, in: Merkur, Jg. 74 (2000), H. 854, S. 83–90, hier S. 85.

**38** Ebd.

**39** Ebd., S. 86.

**40** Vgl. Manow, Philip: (Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Ein Essay, Frankfurt a. M. 2020, S. 8–11.

**41** Franz, Christian/Fratzscher, Marcel/Kritikos, Alexander S.: Grüne und AfD als neue Gegenpole der gesellschaftlichen Spaltung in Deutschland, in: DIW Wochenbericht, Jg. 86 (2019), H. 34, S. 591–603.



und Osten Europas ausgelöst haben,<sup>42</sup> verweisen bei näherem Hinsehen auf eine lange Vorlaufzeit. Bevor wir uns also die unvermindert aktuelle Frage stellen, inwiefern das deutsche Parteiensystem nach dem allmählichen Verschwinden der integrativen, aber doch immerhin noch partiell milieugebundenen „Allerweltparteien“ die sich hier herauskristallisierende Konfliktodynamik formieren und kanalisieren können<sup>43</sup> – weder die Wahlergebnisse der AfD (6,2 Prozent) noch jene der Grünen (8,7 Prozent) sind im hier interessierenden Bundesland aufseherregend ausgefallen –, wollen wir den Blick in der vorliegenden Studie darauf richten, inwiefern sich die politischen Mentalitätsströme der Niedersachsen überhaupt im Umbruch befinden. Hier nämlich konvergiert die Cleavage-Perspektive mit einer entscheidenden Einsicht Rohes: Politische Kulturen wälzen sich nur langsam um, ein „Einstellungswandel“ ist „nicht gleichbedeutend mit Kulturwandel.“<sup>44</sup> Kurzum: *Lassen sich auch in den politisch-sozialen Deutungsmustern der vergleichsweise volksparteiloyalen und derzeit von einer Großen Koalition regierten Niedersachsen Anzeichen eines politischen Kulturwandels in Richtung neuer Konfliktlinien ausmachen? Was sind Triebfedern, was Hemmfaktoren eines solchen Wandels?* Gleichermäßen begeben wir uns auf die Suche nach Konsensmengen der nachgezeichneten Mentalitätsströme, erhellt sich doch das Spaltende erst am Kontrast zum gemeinsam Geteilten bzw. zu den Schnittmengen divergierender Auffassungen – und *vice versa*. Das Verhältnis zwischen international vergleichender Cleavage-Diskussion und

geographisch fokussierter Momentaufnahme bildet mithin die Grundlage unserer Schlüsse und Beurteilungsmaßstäbe.

Zwei ergänzende Hinweise erscheinen hier angebracht. *Erstens*: Grundsätzlich weisen viele postindustrielle Bildungsgesellschaften, bedingt durch den Wandel der Arbeitswelt hin zu hoch qualifizierten und kommunikationsintensiven Berufsfeldern und der daraus resultierenden tragenden Rolle von gut ausgebildeten und mobilen „socio-cultural professionals“, einen ressourcenstarken Kosmopolitismus auf.<sup>45</sup> Untrennbar verflochten sich hier materielle Interessen wie die Absicherung von Statusoptionen mit politischen Idealen. Ein Spezifikum der deutschen politischen Kultur ist es, dass kosmopolitische Orientierungen „Klassengrenzen“ und formelle Bildungsschwellen überflügeln: Folgt man den Autoren des Bandes „The Struggle over Borders“, haben kommunitaristische und nationalprotektionistische Orientierungen im internationalen Vergleich hierzulande ganz grundsätzlich einen schlechten Stand.<sup>46</sup> Es gehört offenkundig über soziale Stratifikationen hinweg zum guten Ton, weltoffen zu sein; entsprechende weltanschauliche Asymmetrien sind daher bei empirischen Studien zu berücksichtigen.

*Zweitens* ist ein Wort zur Aktualität unseres empirischen Materials notwendig: Die herannahende SARS-CoV-2 Pandemie („Corona“) war während der Erhebungsphase dieser Studie nur ein randständiges Thema der politischen Öffentlichkeit; die hier wiedergegebenen Orientierungen und Diskussionen entstammen mithin einer „Prä-Corona“-Debattenlage. Sofern jedoch unsere Annahmen über die Zähigkeit der politischen Sozialkultur als Fundament politisch-sozi-

42 Vgl. Hooghe/Marks: Cleavage Theory meets Europe's crises, S. 126f.

43 Vgl. so pointiert wie klassisch Kirchheimer, Otto: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 6 (1965), H. 1, S. 20–41, hier insbesondere S. 39–41.

44 „Von einem politisch-kulturellen Wandel kann nur dann gesprochen werden, wenn sich die Maßstäbe und Kategorien gewandelt haben und nicht automatisch schon dann, wenn sich die Einstellungen gegenüber einem politischen Regime, geschweige denn einer Regierung, verändern.“ Rohe: Politische Kultur. Zum Verständnis, S. 2.

45 Vgl. Kitschelt, Herbert/Rehm, Philipp: Occupations as a Site of Political Preference Formation, in: Comparative Political Studies, Jg. 47. (2014), H. 12, S. 1670–1706, hier S. 1691 sowie Best, Heinrich: Elite Foundations of European Integration. A Causal Analysis, in: Best, Heinrich/Lengyel, György/Verzichelli, Luca (Hrsg.): The Europe of Elites. A Study into the Europeaness of Europe's Political and Economic Elites, Oxford 2012, S. 208–233.

46 Strijbis, Oliver et al.: Why are Elites More Cosmopolitan than Masses?, in: De Wilde et al. (Hrsg.): The Struggle over Borders. Cosmopolitanism and Communitarianism, Cambridge 2019, S. 37–64, hier S. 56.

aler Deutungsmuster zutreffen, sollte es sich bei der Diskussion über die Pandemie um (langfristig betrachtet!) vergleichsweise oberflächliche Stimmungen und Einstellungstrends handeln, die zwar womöglich aktivierende Sprengkraft im Sinne einer „critical juncture“ entfalten könnten, gleichwohl aber keine tieferreichende Prägekraft politischer Mentalitäten verursachen dürften. Warum wir auch aus inhaltlichen Gründen davon überzeugt sind, auch über die Corona-Pandemie hinausreichende relevante Ergebnisse zutage gefördert zu haben, wird Gegenstand der Schlussbetrachtungen sein.



## 2

# Ausverhandlung des lokalen Zusammenlebens

**R**egionen, aber auch einzelne Städte, können als Verdichtungsräume lokaler Milieus gelesen werden:<sup>47</sup> Sie sind – als Teil ihrer politischen Kultur – mit einer spezifischen Deutungs- und Sozialkultur ausgestattet. Aus ihren Eigenheiten und ihrer Geschichte gerinnen eigenständige Erzählungen, die vor Ort tradiert werden und auch das (Selbst-)Verständnis dahingehend grundieren, was einen „waschechten Niedersachsen“ oder beispielsweise auch einen „waschechten Oldenburger“ ausmacht. Dahinter stehen oftmals Stereotype, die durch die Abgrenzung der Stadt nach außen (meist in Konkurrenz zu Lokalrivalen) und die Selbstvergewisserung nach innen entstanden sowie langsam gewachsen sind. Diese Selbstzuschreibungen und möglicherweise tatsächlich existierenden Eigenheiten sind abhängig von vielen Faktoren: etwa der städtischen Geschichte, Infrastruktur, soziodemografischen Aspekten oder auch den Zufallsstrukturen ihrer je gewachsenen Milieus.

Deshalb sollen im Folgenden zunächst Auffälligkeiten der Städte und Regionen aus Sicht ihrer Einwohner beschrieben werden: Wie nehmen die Menschen das Leben in ihrer Stadt wahr, wie verhandeln sie die Regeln ihres Zusammenlebens? Wird ihr Bild durch einen stadtspezifischen

Problemdruck beeinflusst? Und wie lässt sich die jeweilige Vorstellung einer „guten Ordnung“ im Zusammenleben beschreiben? Mit Hilfe dieser Leitfragen soll eine Basis gelegt werden, um eruieren zu können, ob es jeweils stadtspezifische Sichtweisen auf gesellschaftliche Probleme, Politik oder die Beschaffenheit der Demokratie in Niedersachsen gibt. Dafür wird herausgearbeitet, ob die Stadt, in der die Interviewten leben, für sie einen Identifikationsanker bildet (möglicherweise in unterschiedlicher Ausprägung der Zugezogenen und Gebürtigen), um – wie eben bereits angedeutet – Spezifika und Differenzen zwischen den einzelnen Orten mitsamt der Deutungen ihrer Bewohner zu identifizieren und Hinweise zu sammeln, inwiefern das Regionale ein Prägefaktor für ihr politisches Denken sein könnte.

### „Sturmfest und erdverwachsen“? Niedersachsen kein Referenzrahmen

Die Städte genauer unter die Lupe zu nehmen, erscheint umso wichtiger, als in den Diskussionsrunden rasch eine Beobachtung zur Gewissheit gerann: Niedersachsen als Referenzrahmen spielt für die Interviewten keine Rolle. Wenn das Bundesland überhaupt thematisiert wurde, dann nur, weil den Teilnehmenden der Gruppen bekannt war, dass sie zu einem Gespräch über dieses Thema rekrutiert worden waren, fer-

<sup>47</sup> Rohe, Karl: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland, Frankfurt am Main 1992, S. 11ff.

ner, weil es in der Anmoderation aufgegriffen wurde. Die Selbstbezeichnung als „echter Niedersachse“ (OL)<sup>48</sup> bleibt singulär; zwar werden vereinzelt Stereotype, was man oder andere mit einem „echten Norddeutschen“ verbinde(n), aufgegriffen, so etwa, dass Oldenburg nicht typisch für „den Norden“, den man gemeinhin als kalt, verschlossen, schlecht gelaunt und abweisend attribuiere, sei. Vielmehr begegne man den Menschen, gerade den Zugezogenen, in Oldenburg grundsätzlich mit Offenheit. In Braunschweig hingegen begründet man die eigene Vorsicht, auf Fremde zuzugehen, genau mit diesem Wesenszug, „der Norddeutsche“ sei nun mal verschlossener als beispielsweise „der Süddeutsche“. Allerdings wird dieses „Nord-Süd-Gefälle“ bezüglich der Offenheit der Menschen in mehreren Gruppen kontrovers diskutiert, ein Konsens wird nicht erzielt. Vielmehr kann man sich darauf einigen, dass eine vorsichtig-skeptische Zurückhaltung gegenüber Fremden vielmehr einen „allgemeine[n] Zeitgeist“ (BS) zum Ausdruck bringe und somit keinesfalls als Spezifikum den Braunschweigern zugewiesen werden könne.

Ein größerer Referenzrahmen über die eigene Stadt hinaus entfaltet allerdings dann mit Nachdruck Relevanz, wenn es darum geht, sich von anderen Städten (oftmals Nachbarorten) abzugrenzen. Meist wird dann auf (Groß-)städte verwiesen (dabei ist es freilich sehr unterschiedlich, was als Großstadt empfunden wird), um zu unterstreichen, dass man gerne in seiner überschaubaren Stadt lebe; die Großstadt, egal welche, so ist man sich einig, „verschlucke einen“ (SZ), sei unübersichtlich, laut und dreckig. Das ist eine wichtige Beobachtung, die – bei näherem Hinsehen – eine weit größere Erklärungskraft

entfaltet, als auf den ersten Blick anzunehmen ist.

Zum einen wird ein hierarchisierender Abwehrmechanismus, die eigene Stadt als die bessere, lebenswertere zu zeichnen, deutlich erkennbar. Das, was in der eigenen Stadt als nicht so schön oder gar als problematisch empfunden wird, sei andernorts noch viel schlimmer. Wenn Zugezogene auf den Dreck in Salzgitter schimpfen, verteidigen die gebürtigen Salzgitteraner (um das schlechte Image ihrer Stadt wissend) sie trotzig mit dem Verweis, es sei vor Ort bei weitem nicht so desaströs wie in Berlin; dort „laufen einem die Ratten über die Füße“ (SZ). Das Image von „Salzghetto“ wird auch explizit in der Nachbarstadt Braunschweig als Negativfolie zitiert:

„Wie gesagt, ich fühle mich hier sauwohl. Salzgitter, da möchte ich gar nicht wieder hin. [Jemand wirft „Salzghetto“ ein] [...] Also Salzgitter-Bad geht noch. Lebenstedt ist natürlich, war immer schon trostlos. Die haben das damals schon nicht hingekriegt und ich hab' gestern mal wieder mal reingeguckt hier, mit dem Hartz IV-Bericht, ging dann ja auch wieder um Lebenstedt, und: fürchterlich. Also, die haben es ein bisschen übertrieben dargestellt, aber so war es vor 20, 25 Jahren schon.“ (BS)

In Oldenburg lässt sich der gleiche Mechanismus in Bezug auf Bremen beobachten: Die Hansestadt sei viel stärker von Migration betroffen, dort herrschten „Clans“ (OL), in bestimmte Stadtteile könne man abends keinen Fuß mehr setzen. Man honoriert zwar die dortigen Freizeitmöglichkeiten, hinziehen möchte man jedoch nicht. Städte, die sich selbst als ordentlich empfinden wie Osnabrück und Oldenburg, schätzen ihre „heile Welt“. In Osnabrück wird auf Bielefeld verwiesen, wo „alles den Bach runter gehe“ (OS). Kämpft man in Osnabrück zwar damit, eine Stadt des Mittelmaßes zu sein, die es nicht zu wirklicher Progressivität schaffe, sei es vor Ort doch immer noch besser als das „super konservative“ Münster. Ostdeutschland wird in wenigen Gruppen bisweilen als stereotypes Schreckensbild über die Klischees von „Geisterstädten“ und einem verbreiteten Rassismus aufgerufen und in größtmöglichen Kontrast zur

**48** Hier und im Folgenden geben wir gelegentlich Ortskürzel an, um lokale Differenzen zu markieren oder – wenn mehrere Zitate unterschiedlicher geographischer Herkunft aufeinander folgen – um breite Übereinstimmung zwischen den verschiedenen Fokusgruppen zu illustrieren. Direktzitate, bei denen uns der Faktor des Lokalen nebensächlich erschien oder bei denen sich der städtische Hintergrund aus dem Kontext ergibt, sind nicht mit Ortskürzeln versehen. Für die Kürzel gilt: OL=Oldenburg, OS=Osnabrück, BS=Braunschweig, SZ=Salzgitter.

eigenen Stadt gestellt. Mit „dem Osten“ assoziiert man „Hassbotschaften“ (OL); ein Lehrer erzählt, er fahre mit seinen Schülern nicht nach Dresden oder Leipzig, weil Mädchen mit Kopftuch – so höre man – dort bespuckt würden.

Zum anderen offenbart diese Wahrnehmung der Großstadt als solche, ihre Imagination als Sündenpfehl, als Sodom und Gomorrha, eine anachronistische Sichtweise, welche grundsätzlich an Überzeugungen des Bürgertums seit dem Kaiserreich anschließt und eine vehemente Modernisierungskritik in sich birgt. Die anonyme Großstadt, der „Moloch“, zerstöre nicht nur die Individualität und führe zu einer Vermassung, sondern destruiere in ihrer hektischen, fortschrittsgetriebenen Nervosität auch die eigene Innerlichkeit.

Mit diesem Motiv wird folglich eine historisch verwurzelte Ambivalenz aufgegriffen, die seit der vorletzten Jahrhundertwende an Rasanz gewann. Der Historiker Ulrich Herbert beschreibt die Begleitumstände der damaligen „Neuerfindung der Welt“<sup>49</sup>, als Deutschland zu einer führenden Industrienation aufstieg, einerseits als begeistertes Begrüßen des Fortschritts, welcher sich jedoch andererseits rasch mit Klagen über unerwünschte Begleiterscheinungen der neuen Zeit verband: soziale Widersprüche, kulturelle Spannungen – und ein stetes Schwanken zwischen Selbstüberschätzung und Minderwertigkeitsgefühl. Das Tempo der neuen Zeit verursachte „gefährliche Vibrationen“.<sup>50</sup> Die Metropole war *das* Symbol der forcierten Veränderungsdynamik:<sup>51</sup> Zeitgenössische Schilderungen betonen nicht nur den durch Autos und elektrisches Licht

geprägten Alltag, sondern vor allem das Tempo, den Rhythmus – kurzum: den Durchbruch der Moderne. Gerade literarische Annäherungen à la *Berlin Alexanderplatz* spiegeln eindringlich die gleichzeitige Faszination und die Skepsis diesem symbolischen Raum der Großstadt gegenüber.

Zum Prozess der Modernisierung und der damit zusammenhängenden Kritik an der Großstadt bemerkt der Literaturwissenschaftler Helmut Kiesel in Bezug auf die deutsche Zwischenkriegszeit: „Sie [die Modernisierungskritik, Anm. d. Verf.] beobachtete die gesellschaftlichen Verhältnisse und diagnostizierte: soziale Entwurzelung, unnatürliche Gleichmacherei, Vermassung, Verwahrlosung. Sie fasste die Wirtschaft ins Auge und sah: ungehemmte kapitalistische Profitgier und menschenfeindliche Rationalisierung. Sie blickte auf die Politik und bemerkte: Herrschaft der Massen und der ‚Minderwertigen‘ (Edgar J. Jung). Sie untersuchte den Geist oder Charakter der Moderne und befand: undeutsch. Sie warf einen vergleichenden Blick auf die Natur und attestierte der Moderne: unorganisch. Sie fasste den Bereich der Kultur ins Auge und stellte fest: so niveaulos wie traditionslos; so seelenlos wie gottlos, materialistisch und rationalistisch, so naturfremd und menschenfeindlich wie technikbasiert; so heimatlos wie großstädtisch.“<sup>52</sup>

Diese drastische Kritik erscheint in ihren Grundzügen durchaus adaptionsfähig für unsere Gesprächsrunden: Denn unser Material offenbart in seiner Gegenüberstellung von heimischer Provinz und verabscheuungswürdiger Metropole einen Streit auch um die kulturelle Orientierung und wurzelt in einer deutlich älteren Stadt-Land-Debatte, die ebenfalls ein Produkt der klassischen Moderne ist. Bereits für den Publizisten Helmut Riehl waren „die ‚monströsen‘ Großstädte Quellen und Symbole der modernen sozialen Übel: der ungesunden sozialen Dynamik und des unorganischen Lebens, der nivellierenden und uniformierenden Vermassung, des Verlusts [...] der Individualität [...] und pro-

49 Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 30ff.

50 Radkau, Joachim: Die wilhelminische Ära als nervöses Zeitalter, oder: Die Nerven als Netz zwischen Tempo- und Körpergeschichte, in: Geschichte und Gesellschaft H. 20/1994, S. 211–241, hier S. 230. Radkau untersucht die zeitspezifische Mentalität in ihrer Wechselwirkung mit dem Krankheitsbild der Neurasthenie.

51 Vgl. Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 42 ff. Räumliche Mobilität wurde, begünstigt durch das Automobil, ein bedeutsamer Faktor; zusätzlich setzte der große Bevölkerungszuwachs einen Prozess der Urbanisierung in Gang, dessen Ausfluss die Großstadt

mitsamt der Durchsetzung eines für die Jahrhundertwende typischen städtischen Lebensstils war.

52 Kiesel, Helmut: Geschichte der deutschsprachigen Literatur 1918–1933, München 2017, S. 87.

gressiven Dekadenz.“<sup>53</sup> Dabei wurde eine solche Kritik bemerkenswerter Weise auch vom städtischen Bürgertum selbst artikuliert. „Die Motive lagen zum einen in den massiven sozialen Verunsicherungen und Problemen, die sich aus dem Prozess der Industrialisierung und Urbanisierung ergaben, zum anderen aber auch im Fortwirken romantisch-biedermeierlicher Vorstellungen von einem behaglichen Leben in einem überschaubaren kleinstädtisch-ländlichen Raum.“<sup>54</sup> Da es natürlich auch damals schon Verteidiger des Großstädtischen gab, gipfelte die Debatte in wechselseitigen Ressentiments zwischen „heller“ Metropole und „dunkler“ Provinz.<sup>55</sup>

Freilich: Diese Kritik ist hundert Jahre alt. Doch scheint sie, ersetzt man etwa Industrialisierung durch Globalisierung, doch erstaunlich aktuell, ebenso wie die Diagnose des Historikers Joachim Radkau: „Die Gleichzeitigkeit der Neuerungen, die die Spannung, Geschwindigkeit und Komplexität erhöhten, ist so frappant, dass sich der innere Zusammenhang mit dem Nervenalarm jener Zeit von selbst zu ergeben scheint.“<sup>56</sup> Denn in den Lärm der Fortschrittsbegeisterung mischten sich leise Untertöne von Orientierungslosigkeit. Während man einerseits daran glaubte, durch den unbegrenzten technischen Fortschritt höhere Kulturstufen erreichen zu können, verdichtete sich die veränderte Wahrnehmung von Zeit und Raum, sinnbildlich in den Großstädten erfahrbar, zu einer gewissen Nervosität. Kulturpessimismus und Verunsicherungserfahrungen, mit der Zeit und den selbst geschaffenen Neuerungen nicht mehr Schritt halten zu können, „wuchsen sich um die Jahrhundertwende zu einer manifesten Orientierungskrise aus, die zum Kennzeichen der Epoche aufstieg und dessen lautester Kritiker das Bildungsbürgertum war. Es gehörte zu den Paradoxien der Zeit, dass in einer Phase, als in Deutschland die kapitalistische Wirtschaft und

die moderne Wissenschaft, mithin die hervorragenden Betätigungsfelder des Bürgertums, eine nie gekannte Blüte erreichten, dieses Bürgertum in tiefe Selbstzweifel verfiel und zu den kulturellen Auswirkungen der eigenen Erfolge immer stärkere Distanz fand.“<sup>57</sup> Auf der Suche nach der „ungeschriebenen Verfassung“ der Niedersachsen sind gerade solche Aspekte, die Orientierung versprechen, zentral. Spinnt man also die anachronistische Analogie weiter, setzen die von uns befragten Niedersachsen der Verunsicherung durch die (Post-)Moderne dann bestimmte Deutungen oder Verhaltensweisen entgegen?

Anfang des 20. Jahrhunderts fand die beschriebene Stimmungslage ihre personalisierte Bündelung in Kultfiguren wie beispielsweise Stefan George, dessen radikale Kritik an der „neuen Welt“ das Gegenbekenntnis zu einem „harmonischen“ und „organischen“ Leben beinhaltete, eines „nicht entfremdeten, von Marktbeziehungen, Nützlichkeitsdenken und Pragmatismus freien Lebens, das freilich von einem starken, autoritären Staat abgesichert werden müsste – ‚machtgeschützte Innerlichkeit‘ nannte Thomas Mann das später.“<sup>58</sup> Historische Vergleiche sind oftmals schief und sollten nicht überstrapaziert werden: Doch ist zumindest der Wunsch, eine Form der Innerlichkeit gegen unüberschaubare und unkontrollierbare Entwicklungen zu schützen und zu bewahren, ein Aspekt, der für die Betrachtung unserer niedersächsischen Diskutierenden im Hinterkopf behalten werden sollte. Um die Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert trugen derlei Klagen indes nicht nur deutliche antiliberale Tendenzen, sie stellten vor allem den Wert der Gemeinschaft gegenüber der Gesellschaft in den Vordergrund. Der Nationalismus als eine der großen Voraussetzungskomponenten für die Stimmungslage beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges bündelte diverse bestehende Verärgertigkeiten: „Das Leiden an sozialer Zerrissenheit und politischer Auseinandersetzung, die Verklärung der Einheit vor der Vielfalt, die Resignation vor der Kompliziertheit der modernen Welt und

<sup>53</sup> Zitiert nach Kiesel: Geschichte der deutschsprachigen Literatur, S.131.

<sup>54</sup> Ebd., S. 131.

<sup>55</sup> Vgl. dazu Kiesel: Geschichte der deutschsprachigen Literatur, S. 137 ff.

<sup>56</sup> Radkau: Die wilhelminische Ära, S. 228.

<sup>57</sup> Vgl. Herbert: Geschichte Deutschlands, S. 45.

<sup>58</sup> Herbert: Geschichte Deutschlands, S. 55, bezugnehmend auf Thomas Manns Betrachtungen eines Unpolitischen, Berlin 1920.

die Sehnsucht nach einfachen Erklärungen, die Angst vor den Anarchismen der Freiheit, die Suche nach Erlösungsperspektiven und quasi-religiösem Halt<sup>59</sup> – diese Diagnose scheint doch eine erhebliche Aktualität zu besitzen, auch wenn ihr damaliger Fluchtpunkt, ein erstarken der Nationalismus, der einen Ausweg aus dem Leiden an den Auswirkungen von urbaner Zivilisation und Moderne bot und es ermöglichte, die Beeinträchtigung des Identitätsgefühls, Orientierungsverlust und Zukunftsängste zu kompensieren<sup>60</sup>, in den Fokusgruppen keine Gültigkeit besitzen mag, denn: Die historische Situation ist fraglos eine gänzlich andere.

### Vom kuscheligen Wohlfühlort zu „Salzghetto“: Die eigene Stadt als Bezugs- und Identifikationsgröße

Die positive Wahrnehmung der eigenen Stadt ist nirgendwo sonst so ausgeprägt wie in Oldenburg. Der Oldenburger liebt seine Stadt, identifiziert sich stark mit ihr und beschreibt sie als grüne „Wahlheimat“, in der Wert auf Nachhaltigkeit gelegt werde und in der man alles habe, was man sich wünsche. In der „kleinen Großstadt“ sei die Infrastruktur im Großen und Ganzen gut, das üppige Freizeitangebot sei – das ist wichtig – mit dem Rad erreichbar, bezahlbares Wohnen (in Braunschweig ein großes Problem) mache das Leben in kleinen Wohneinheiten lebenswert. Denn „der Oldenburger liebt dieses Siedlungsleben“ (OL) und hat das Ziel, mit der „Familie im Grünen ein bisschen gut zu leben“ (OL). Stolz wird darauf verwiesen, man sei „Lebensqualitätsstadt Nummer 1“. Der genügsame Oldenburger schätzt, was er vor Ort hat; die Attribute „schön“, „friedlich“, „sozial“ sind charakteristisch, entsprechend selbstbewusst und zufrieden tritt man auf und kondensiert diese Haltung in dem augenzwinkernden, doch durchaus ernstgemeinten Ausspruch: „Ich glaube, man

kann festhalten, der Oldenburger ist stolz auf seine Stadt und hat es voll raus.“ (OL)

Ähnlich verbunden mit ihrer Stadt sind die Salzgitteraner, doch auf eine gänzlich andere Art und Weise. Direkt im ersten Statement sagt eine Teilnehmerin ungefragt, dass sie Salzgitter „und mein Land liebt“ (SZ). Es zeigt sich auch im Folgenden: Zu Salzgitter hat man eine Extrembeziehung, man liebt oder man hasst es. Besagte Teilnehmerin liebt es, weil hier ihre Familie ist, weil sie vernetzt ist – „das füllt mich aus“ (SZ). Ihr geht es weniger um die Stadt und deren Merkmale als solche, als vielmehr um ihr individuelles Gefühl von sozialer Eingebundenheit, denn im „Kiez“ fühlt man sich „zu Hause“ (SZ).<sup>61</sup> Erst später kommen die Stadt betreffende Argumente hinzu, die sich gegenüber der zuvor artikulierten emotionalen Verbundenheit fast blutleer ausnehmen und sich in Plattitüden verlieren: „kinderfreundlichste Stadt Deutschlands“ (SZ), kostenlose Naherholungsräume (Salzgittersee) ... Vor allem aber (und hier kehren wir von der Stadtmarketingperspektive zur Lebensrealität der Teilnehmenden zurück): Arbeitsplätze, hohe Einkommen und bezahlbarer Wohnraum. Es gilt die salzgitterspezifische und in keiner anderen Stadt sonst so zulässig zu verkürzende Formel: Leben = Arbeit bzw. Arbeit = Leben. Die Tatsache vorhandener Jobaussichten wird als direkte Begründung für ein „gutes Leben“ angeführt. Ebenso wie mit der Stadt identifiziert man sich mit den „big five“<sup>62</sup>, die den „Erhalt der Struktur der Stadt“ (SZ) sichern müssten – denn: In Zukunft werde sich der Arbeitsmarkt wandeln und sukzessive die Jobs für Leute „ohne große Bildung“ (SZ) auflösen. Die „big five“ seien – ein Charakteristikum von Salzgitter – auch dafür verantwortlich, dass sich Jugendliche direkt ein teures Auto leisten könnten, wenn sie nach der Realschule zu diesen Arbeitgebern wechselten, noch zu Hause wohnten und

<sup>59</sup> Herbert: Geschichte Deutschlands, S. 59.

<sup>60</sup> Vgl. ebd., S. 60.

<sup>61</sup> Hier muss reflektierend angemerkt werden, dass sich die Teilnehmenden der ersten Diskussionsrunde mehrheitlich bereits persönlich kannten, da viele von ihnen auf private oder berufliche Weise mit einem im Ortsteil bekannten Engagierten verbunden waren.

<sup>62</sup> Gemeint sind die größten in Salzgitter ansässigen Unternehmen, Salzgitter AG, Volkswagen AG, MAN, Bosch und Alstom.

in Statussymbole investieren könnten. Eine solche Erzählung wäre in Oldenburg und Osnabrück, ja vermutlich selbst in der Technikstadt Braunschweig undenkbar. Doch für Salzgitter gilt: Wer hier „drei Schrauben in einen Motor drehen kann“ (SZ), verdiene gutes Geld, da sei es verständlich, dass man, wenn man sich und seine Familie versorgen könne, nicht mehr vom Leben erwarte und auch keinen Aufstieg auf der Bildungsleiter anstrebe. In dieser Sichtweise zeigt sich eine Haltung, die wohl charakteristisch für solche Städte ist, die man gemeinhin als „Arbeiterstadt“ bezeichnet, die jedenfalls keine typischen Universitätsstädte sind. Derlei Aussagen sind vielleicht deshalb in Salzgitter erwartbarer als in den anderen von uns untersuchten Städten, da es in der Industrieenklave eben kein dominierendes Bürgertum gab und gibt, welches den akademisch gefärbten Bildungsethos vehement vertreten würde, sondern man sich eher über (handwerklich-industrielle) Arbeit definiert. Allerdings wird auch in Salzgitter dieser Logik vereinzelt, doch sehr emotional widersprochen: Eine junge Mutter, die sich aufgrund des Migrantenanteils in Salzgitter nicht sicher fühlt und betont, dass sie – anders als die Neuankömmlinge, so suggeriert sie – hart für ihr kleines Geld arbeite, findet es „traurig und beschämend“ (SZ) vom Leben nicht mehr zu erwarten als die Absicherung der individuellen Bedürfnisse. Für sie ist ein Thema, das in Oldenburg vermutlich unter der Frage, ob das Budget ein kleines Reihenhaus hergebe, verhandelt wird, eine Frage des „menschliche[n] Stolz[es]“ (SZ), der von einem gänzlich anderen Arbeitsethos und einer anderen Sicht auf das Leben gespeist wird.

Eine weitere Besonderheit Salzgitters besteht darin, dass man das schlechte Image seiner Stadt kennt und sich dezidiert dagegen abgrenzt: Routinierte Gegenargumente („Das gab es schon immer“ und „das gibt es anderswo auch“ (SZ), wenn der wachsende Anteil migrantischer Bevölkerungsteile thematisiert wird), Treuebekennnisse („Ich gehe hier nicht mehr weg“ (SZ)) und ein auch äußerlich zur Schau gestellter Stolz auf die eigene Stadt (besonders augenfällig durch eine Tätowierung des Schriftzuges „Salzghetto“, die als Zeichen des Zusammenhalts fungiere und auf die integrativen Fähigkeiten der Stadt hinweise) werden selbstsicher und mit Nachdruck

vorgetragen. Gerade in dem selbstironischen Label „Salzghetto“ verdichtet sich der Lokalstolz. Es wird in beiden Diskussionsrunden früh eingebracht – „Salzgitter ist besser als sein Ruf“ (SZ) – und mit einem für die Stadt angeblich typischen „guten Miteinander“ verknüpft. In erprobter Verteidigungshaltung wird denjenigen, die das Klischee bemühen, der Zusammenhalt der Stadt entgegengesetzt. Interessanterweise wird die Fähigkeit zur Solidarität, welche man auch 2015 den „neuen Bewohnern“ entgegen gebracht habe, aus dem Bezugspunkt „Arbeiterstadt“ geschöpft: Da man in den Industriebetrieben eine gemeinschaftliche Organisation eingeübt habe, ließe sich diese auch in die Gesellschaft transferieren, eben Arbeit = Leben. Dass man sich am Gemeinwohl der Stadt beteiligen wolle, ist eine Kategorie, die in den anderen Städten hingegen kaum zum Tragen kommt. Etwas skurril wird diese Perspektive von einem Gesprächsteilnehmer aufgegriffen, der in therapeutischer Manier formuliert:

„Salzgitter ist für mich eine einzige Herausforderung. Ich halte das für eine höchst interessante Stadt. Ein höchst interessantes Gemeinwesen. [...] Es gibt, wo man hinguckt, gibt es eigentlich Baustellen, die einen Riesenaufwand erfordern. Aber das macht auch den – für mich – den Reiz dieser Stadt aus, weil es auch viele, sagen wir viele Möglichkeiten zum Experimentieren gibt. Also wie so ein soziales Laboratorium kommt mir das hier vor.“ (SZ)

Die einzige nach Salzgitter Zugezogene bleibt folglich mit ihrer Kritik, die sie sich kaum zu artikulieren traue, in einer Außenseiterposition: Ihrem Geständnis, ihre Ankunft in Salzgitter sei wie ein „kleiner Kulturschock“ gewesen, man sei in den Bus gestiegen und niemand habe deutsch gesprochen, was sie „aus dem Norden nicht gewohnt“ gewesen sei, wird eher mit verständnislosem Kopfschütteln begegnet und zwar nicht, weil man der Erfahrung ihren Realitätsgehalt abspricht, sondern eher, weil man nicht versteht, warum das Erlebnis eine Entfremdungserfahrung für die Betroffene bedeutet habe.

Osnabrücker und Braunschweiger lassen sich in der Beschreibung ihrer selbst insofern verglei-



chen, als, wie eingangs angesprochen, der städtische Identifikationsfaktor hier deutlich geringer ausgeprägt ist als in Oldenburg und Salzgitter. Zwar könne man sich in Braunschweig wohlfühlen, „zufrieden sein“, doch erscheint die Stadt sehr stromlinienförmig und wenig individuell, Typisches wird kaum benannt. Es sind auch deutlich weniger Einheimische in den Gruppen, sondern überwiegend Menschen, die aus wegen der Arbeit nach Braunschweig gekommen sind, so dass Beruf und Besitz als stärkste Bezugsgrößen auftreten. Überhaupt: Die berufliche Prägung fällt nirgends so auf wie in der ersten Braunschweiger Gruppe, wo die Diskussionshoheit von Maschinenbauern und Automobilexperten an sich gezogen wird. Die Universität und der Forschungsstandort werden hervorgehoben, folglich hat Bildung – im Gegensatz zu Salzgitter – in dieser Diskussion einen enorm hohen Stellenwert.<sup>63</sup>

Das einzige, was typisch an Braunschweig sei, wird auch gleich als das Kritikwürdige bezeichnet: Es sei schwer, wirklich gute Freunde zu finden, in Braunschweig aufgenommen zu werden; die Braunschweiger seien eine eingeschworene Gruppe, die zwar freundlich, aber reserviert auf nicht gebürtige Braunschweiger reagiere. Ein Teilnehmer erklärt, dass der Braunschweiger, bevor er eine tiefe Freundschaft eingehe, „sehr vorsichtig“ sei.

„Es gibt ja auch so diesen Spruch irgendwie, man muss mindestens 30 Jahre in Braunschweig gelebt haben, um überhaupt eine Chance zu haben, als Braunschweiger angesehen zu werden. Da habe ich letztens erst mit jemandem drüber gesprochen. Und die meinte dann: ‚Na, na, na, na. Nicht mal 30 Jahre reichen.‘“ (BS)

Die Erklärung, es handele sich weniger um eine Braunschweiger Besonderheit, sondern eher um einen „allgemeinen Zeitgeist“ – man schotte sich immer mehr voneinander ab, zöge sich zunehmend auf sich selbst zurück; in der Leistungsgesellschaft baue man nach außen Barrikaden auf – wird insofern auch in Osnabrück

aufgegriffen, als auch hier der fortschreitende „Individualismus“ moniert wird. Die Frage, ob man sich über die Stadt hinaus Gedanken über das Zusammenleben mache, erzeugt Ratlosigkeit und Unverständnis. Nach längerem Schweigen erfolgt eine vage Ablehnung, man beschäftige sich mit seinem Alltag, „das unter einen Hut zu bringen“ (OS), da kämen solche abstrakten und übergeordneten Fragen kaum auf. Das Auf-sich-selbst-Schauen läge am „Individualismus“, der, so bemerken die Älteren, heute stärker um sich greife als früher. Hinzu käme, so ein Student, dass man sich nur noch an seinen kleinen subkulturellen Gruppen orientiere, „dann ist die Außenwelt quasi eher nur so ‘nen Konstrukt, was halt existiert, wo man dann aber nicht wirklich dran partizipiert“ (OS). In der Wahrnehmung eines etwa Mitte fünfzigjährigen Diskussionspartners betreffe die Vereinzelung vor allem die Kinder, die aufgrund ihrer Sozialisation (ganztägige Schule, etliche Verpflichtungen) gar keine freie Zeit mehr mit Freunden „auf der Straße“ oder „draußen im Wald“ (OS) verbringen könnten. Was, so wirft eine Teilnehmerin ein, auch daran läge, dass heutzutage „alle Kinder unbedingt Abitur machen“ (OS) müssten. Dass aber heute jemand mit 15 Jahren von der Schule abginge, um eine Ausbildung zu machen, „das gibt es ja gar nicht mehr“. Hier wird von einer akademischen Warte beklagt, worauf man in Salzgitter stolz und was dort eher der Normalfall ist – Berührungspunkte zwischen den Sphären scheint es kaum zu geben, in Osnabrück bleibt man abstrakt, bei den großen Strukturen. Denn das Beraubtsein an Individualität wurzele in gesellschaftlichen Entwicklungen: Der Arbeitsmarkt sei so strukturiert, dass man über Zeitarbeit, Headhunter etc. als Arbeitnehmer nur noch eine „verschiebbare Masse“ (OS) sei. Deshalb wird auch die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen von vielen Osnabrückern vehement unterstützt.

Ähnlich wie in Salzgitter und Oldenburg sind auch in Osnabrück fast nur Einheimische und Rückkehrer unsere Diskussionspartner, wenn auch mit Ausnahme einiger, die nur zum Studieren in die Stadt gezogen sind. Osnabrück – so ist man sich bis auf kleine Abweichungen einig – hat „alles, was ich brauche“ (OS), doch – und das ist auffällig – ist der Identifikations- und Wohlfühl-

<sup>63</sup> Vgl. zum Stellenwert von Bildung vor allem die Ausführungen in Kapitel 5.

faktor deutlich geringer als in Oldenburg. Etwas Typisches für ihre Stadt zu benennen, damit tun sich die Osnabrücker ebenso wie die Braunschweiger schwer. Genannt werden die erwartbaren Punkte einer guten Infrastruktur, von Freizeit- und Familienangeboten bis zur Möglichkeit, sich zu engagieren. Ein Teilnehmer nennt zudem das Osnabrücker Springbrötchen, welches aber – bezeichnenderweise – nur noch von wenigen traditionellen Bäckern hergestellt werde. Viele, die neu in die Stadt kämen (und das zeigt sich auch unter den jüngeren Studierenden der Gruppe), würden das Gebäck gar nicht mehr kennen, Typisches ginge mit der Zeit immer mehr verloren. Doch allgemein herrscht eher Ratlosigkeit, wenn es darum geht, für Osnabrück Charakteristisches zu benennen; zögerlich werden dann Sperrungen bestimmter Plätze und die damit verbundenen Probleme mit öffentlicher Verkehrsanbindung erwähnt. So findet das Statement einer Studentin („Das sind so Themen, mit denen ich mich einfach hier befasse und mehr ist für mich Osnabrück gar nicht, weil ich ansonsten hier nichts zu tun hab, so nach dem Motto: Nicht genug zu tun damit“ (OS)) mindestens bei denjenigen, die sich auch nur zu Studienzwecken in Osnabrück befinden, zustimmendes Kopfnicken.

Im Prinzip ist die Beschreibung Osnabrücks ähnlich wie die von Oldenburg, nur der Wohlfühlfaktor ist deutlich kleiner, die Bindung loser, die Emotionalität gedrosselter. Alles ist Mittelmaß, es ist normal, in Osnabrück zu wohnen, doch nicht besonders schön oder ein Ort, den man nicht mehr verlassen möchte. Auch ist die Selbstwahrnehmung gespalten: Während in der einen Gruppe der Osnabrücker als ruhiger, lockerer, freundlicher als der Münsteraner beschrieben wird (und der „Wohlfühlfaktor“ über das definiert wird, was es nicht gibt, nämlich schlecht gelaunte Münsteraner, „die nur um sich kreisen“ (OS)), konstatiert die zweite Gruppe (und hier vor allem die Studierenden), in Osnabrück sei man „stur“ und „überhaupt nicht aufgeschlossen“ (OS); gehe man in anderen Großstädten in eine Kneipe, lerne man rasch Leute kennen – nicht so in Osnabrück, hier herrsche eine „große Anonymität“ und ein „Schweigen“ (OS); dieses Verhalten wird aber weniger kritisiert, als vielmehr durch Sätze wie die „Urosnabrücker sind ein putziges Völkchen“ und das sei „ein Ding, das hat der Norden

halt so an sich“ (OS), achselzuckend zur Kenntnis genommen.

### Die Stadt als Dorf und die „gute Mischung“ in der „Mitte“

Ein tragender Topos in allen Orten ist – beziehungsweise auf den Faktor Lokales – die durchweg präsente Assoziation der eigenen städtischen Umgebung mit Dörflichkeit und Familiarität: Die Menschen scheinen dort, wo sie sind – in Abgrenzung zu der bereits beschriebenen verhassten Großstadtmetropole – mehrheitlich Lebensqualität zu empfinden, da – so eine mögliche Lesart – ihnen der Rückzug in ihre kleinbürgerliche Innerlichkeit in den niedersächsischen Mittelstädten überwiegend vergönnt ist. Während die Themenkonjunkturen und der wahrgenommene lokale wie gesellschaftliche Problemdruck je nach Gruppe variieren, ähneln sich die Diskussionen über Infrastruktur und Mobilität stark. Auch typische Elemente der Sehnsucht nach dem Dörflichen (man kennt und grüßt sich, die angenehme Übersichtlichkeit der eigenen Stadt, die doch vorwiegend herrschende Eintracht im direkten Zusammenleben und die Einschätzung, dass mit der Abwesenheit von Konflikten ein idealer Zustand der Koexistenz erreicht sei) sind als Wunsch den eigenen Nahraum betreffend in alle Diskussionen eingewoben. Die mit der Ablehnung der Metropole einhergehende, zufriedene artikuliert Kleinbürgerlichkeit scheint für die Diskutierenden ein alltägliches und lebensnotwendiges Elixier zu sein, um den eigenen, übersichtlichen Referenzrahmen bequem auszupolieren. Selbst junge Menschen betonen, etwa in Osnabrück, den „Dorfcharakter“, den sie aber als „ganz schön“ (OS) empfinden, weil man sich treffe und kenne (der Nachteil sei: Jeder wisse Bescheid, wenn man etwas ausgefressen habe). Auch Braunschweig wird als sehr übersichtlich, als begrenzter Rahmen beschrieben, der nicht so stressig wie etwa Berlin oder Hannover sei, auf „eine gewisse Art und Weise [sei es] immer ruhig“ (BS), was man zu schätzen wisse. Man sehe immer die gleichen Gesichter wieder, man kenne sich und komme gut miteinander zurecht.



In Salzgitter wiederum ist zu hören, dass man das Gefühl habe, eigentlich noch auf dem Dorf zu leben (was auch durch die Parzellierung der Stadt in zahlreiche Stadtteile begünstigt sein mag); Städte wie Braunschweig – so wird hier wiederum postuliert – würden einen „verschlucken“ (SZ).

Ein weiteres übergreifendes Element ist die Präferenz „der guten Mischung“, die sich direkt an die positive Konnotation der Dörflichkeit anzuschließen scheint. Das Zusammenleben sei in Oldenburg durch Herzlichkeit und Offenheit geprägt: Und „die Mischung hier [ist] total klasse, muss ich ehrlich sagen. Also ich würde hier auch nicht wieder weg wollen. Und meiner Frau geht's genauso, die kommt auch nicht aus Oldenburg, aber ist auch hier gelandet, ne? Und findet das auch klasse.“ (OL) Es gebe zwar auch das Klischee das wortkargen Norddeutschen (s. oben), aber: „Wenn man will, ist alles ziemlich offen eigentlich“, warm, „kuscheliger als anderswo“ (OL). Man grüße sich meistens, auch, wenn man sich nicht kenne und treffe sich auf Stadtfesten, die einen hohen Stellenwert besitzen: „Es hat einfach Tradition“ (OL), die man gerne pflegt. Auch in Braunschweig kommt dieses Motiv auf: „Also diese Offenheit und diese Freundlichkeit und dieses schöne Mischmasch, sag' ich mal, aus Großstadtfeeling und kleinem, dörflichem Flair kann ich total unterstreichen.“ (BS) In Osnabrück wird in fast identischer Wortwahl darauf verwiesen, dass sie als Mittelstadt zwar kaum Typisches habe, aber eine ausgewogene „gute Mischung“ (auch hier: in Abgrenzung zu zu großen Städten), ein „recht homogener Rahmen“ (OS) sei, der überwiegend als angenehme Komfortzone empfunden wird. Die Homogenität wird in Osnabrück gleichfalls als Argument dafür angeführt, dass vor Ort keine Polarisierung oder gar schwindender Zusammenhalt zu spüren sei. Dieses Thema nehme man zwar als medial vermitteltes wahr und es besitze für andere Regionen auch Gültigkeit, nicht aber für die Friedensstadt. Widerspruch leisten zaghaft diejenigen, die sich selbst nicht in dieser Mitte verorten: „Entweder man ist sehr Mainstream und dann ist man gut abgedeckt oder alles andere fällt ein bisschen hinten runter.“ (OS) Vielfalt fehle, man habe aber genug von den „Standardsachen“. Das Mittige und Ausgeglichenere wird gleichfalls sinnbildlich illustriert

durch die Nähe der evangelischen und der katholischen Kirche, die beide eine starke Träger-schaft in Osnabrück besäßen und zum Engagement auch nicht streng Gläubiger einluden. Die Kirche als ausgleichendes Moment wird an der Stelle in die Diskussion eingebracht, als es darum geht, dass rechte Akteure in der Stadt stets chancenlos gewesen seien. Diese Erzählung wird eigenständig und früh eingeführt und wurzelt vermutlich in der Tatsache, dass das katholische Milieu im Raum Osnabrück lange als Polster gegen Rechtsradikalismus wirkte.<sup>64</sup> Eine weiterführende Erklärung für diesen Bollwerkcharakter liefern die Teilnehmenden der Diskussion nicht etwa durch eine Selbstverortung als politisch links, sondern es werde weder links noch rechts etwas geduldet, „was vom Mittelmaß abweicht.“ (OS) Das höre sich zwar negativ an, sei aber eigentlich positiv zu beurteilen, so eine Diskutantin. Man schätzt die eigene Mittigkeit (mithin die eigene Vorstellung von Ordnung), aus der ausbrechen die jungen Teilnehmenden zwar kokettieren, aber auch nur im gemäßigten Rahmen: So verdeutlicht eine Studierende in der Abschlussrunde, dass sie hoffe, dass sich alles zum Guten wenden, Politiker „mehr radikaleres Handeln“ an den Tag legen würden, aber: „natürlich nicht extrem radikal“. (OS) Diese Haltung zeigt sich auch in der Schilderung, dass, wer nach links von der Mitte abweiche, nicht verurteilt werde, man begegne ihm „erst einmal offen“, man mache sich Gedanken, wie man mit „bunten Vögeln“ (OS) politisch korrekt umgehe. Diese vor allem in Osnabrück besonders explizit in Erscheinung tretende wohlwollende Phalanx des Otto Normalbürgers, der nicht gestört werden möchte, verbalisiert sich in dem Ausspruch einer Teilnehmerin: „Die Osnabrücker kriegen alles so in den Griff, sagen wir mal so. Aber es regt auch niemanden so richtig etwas auf.“ (OS)

Dass dieses Mittige im Begriff ist, verlustig zu gehen, schimmert in Oldenburg, Osnabrück und Braunschweig immer wieder durch: Man sorgt sich in unterschiedlicher Vehemenz um den Zusammenhalt, befürchtet ein Erodieren der Mitte, einen Verlust von Status, Privile-

64 Vgl. Finkbeiner, Florian/Trittel, Katharina: Traditionslinien, S. 30.

gien und Etabliertenvorrechten.<sup>65</sup> Diejenigen, so meint man, die etwas haben, hätten Angst, es zu verlieren. Diese Ängste werden von den anderen Diskutierenden überwiegend als begründet angesehen, beobachtet man doch ein Sterben der Mittelschicht und eine zunehmende Neidkultur. Dennoch zeigt die Abschlussrunde, in der ein Blick in die persönliche und gesellschaftliche Zukunft gewagt wurde, dass man in Oldenburg von gänzlich apokalyptischen Zukunftsszenarien noch recht weit entfernt ist. Hier beginnt jeder Satz mit: „Ich hoffe“ (OL). Während in der ersten Braunschweiger Gruppe eine (vorsichtig positive) Sprachlosigkeit, was die Zukunft angeht, geäußert wurde bzw. die Sehnsucht nach dem Mitte-Ideal bei den Sprachlosen zum Ausdruck kam, weitete die erste Abschlussrunde in Osnabrück die Perspektive und war erfüllt von der Hoffnung auf die unbestimmte politische Veränderung, dass mehr Leute aktiv würden (auch, wenn dafür erst „irgendwas Hartes kommen muss“ (OS)); es wirkt fast so, als wollten die Osnabrücker durch ein apokalyptisches Szenario aus ihrer vorher als geschätzt beschriebenen Mittelmäßigkeit erweckt werden, so dass sie zu radikalem Handeln gezwungen würden. Mit Verve und etwas kokettierend formuliert eine Teilnehmerin, nun sei doch der Zeitpunkt in der Geschichte, an dem gehandelt werden müsse, gekommen, sonst würde man sich später fragen, warum man ihn verpasst habe und feststellen: „Es war doch so offensichtlich. Es wurde sogar darüber geredet, dass es so offensichtlich ist. Aber es wurde nichts gemacht.“ (OS) Diese Äußerung tätigend fällt weder ihr noch der Runde auf, dass sie sich selbst so verhält, wie zuvor die Stadt von der Gruppe charakterisiert worden war: Resignativ bis privatisistisch orientiert regt sich keiner so sehr auf, dass er handeln müsse. An das Radikale anknüpfend, aber alle Hoffnung fahren lassend, wurde indes in der zweiten Braunschweiger Gruppe in einem extrem pessimistischen Ausblick der Kollaps der bürgerlichen Ordnung phantasiert: Soziale Konflikte, so befürchteten nicht wenige, würden

künftig die Welt in Richtung von Bürgerkriegen erschüttern.

### Lokale Problemwahrnehmung und Vorstellungen öffentlicher Ordnung

Wie in Kapitel 3 noch ausführlicher erörtert wird, wurden die noch im NDM 2019 als besonders relevant erachteten gesellschaftlichen Probleme (soziale Ungerechtigkeit, Migration und gesellschaftlicher Zusammenhalt<sup>66</sup>) in den Fokusgruppen unterschiedlich prioritär verhandelt, oftmals sogar erst durch die Moderation eingebracht und alsdann in sehr unterschiedlicher und stadtspezifischer Intensität diskutiert. Fast immer werden diese großen Problemlagen jedoch zunächst überlagert durch den eigenen Nahraum betreffende (meist Infrastruktur im weitesten Sinne), anhand derer sich Vorstellungen bezüglich der öffentlichen Ordnung ableiten lassen. Hier werden die Diskutierenden aktiviert, ein Redebedürfnis bricht sich Bahn, mehr noch: Diese Vorstellungen korrelieren oftmals mit eingeübten Sprachmustern, die allerdings zwischen den Städten differieren. Bemerkenswerter Weise wird dort, wo die Erfahrung mit Konfliktivität am stärksten ausgeprägt ist, nämlich in Salzgitter, nur äußerst selten auf Sprachschablonen zurückgegriffen. Vielmehr werden eindruckliche Alltagsbeispiele vorgetragen, welche den Problemdruck greifbar machen und von einer ausgeprägten Ambiguitätstoleranz zeugen. Probleme werden hier am wenigsten abstrahiert und deshalb auch weniger abgewehrt, sondern vielmehr zupackend geschildert. Dieser Modus lässt sich möglicherweise – zumindest ließe sich so thesenhaft spekulieren – durch das bereits beschriebene Arbeitermilieu erklären, welches sicherlich nicht mehr vollends intakt ist und in mythischer Überhöhung teils persifliert wird, allerdings durch die Tradition der Stadt inklusive ihrer Gastarbeitergeschichte als Referenzpunkt nach wie vor angerufen werden kann.

<sup>65</sup> Vgl. dazu allgemein auch Nachtwey, Oliver: Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin 2016, ebenso wie die Ausführungen in Kapitel 3.

<sup>66</sup> Marg et. al: NDM 2019, S. 20.

Doch nun ganz konkret: Wo drückt der Schuh in den unterschiedlichen niedersächsischen Städten? Wie blicken die Einwohner auf die Schattenseiten ihrer Stadt und welche Konfliktthemen bringen sie auch jenseits des Leitfadens in die Diskussionen ein? Beginnen wir wieder in Oldenburg, dann sehen wir – insbesondere in der ersten Diskussionsrunde, in der Nachhaltigkeit und das schöne Leben vor Ort die dominanten Themen waren –, dass keinerlei stadt-spezifischer Problemdruck deutlich wurde. Es war in unserer langjährigen Forschungspraxis wohl die zufriedenste Gruppe, die wir je moderierten. Diese Beobachtung lässt die vorsichtige Schlussfolgerung zu, dass, sobald das lokale Zusammenleben als harmonisch und intakt geschildert wird, kein emotional-affektiver Problemdruck empfunden wird, was jedoch nicht bedeutet, dass die Diskutierenden keine Problemwahrnehmung offenbart hätten. Konkret heißt das: Gefragt nach gesellschaftlichen Problemen, schweigen die Teilnehmenden. Kommt das Gespräch jedoch durch die Moderation gesteuert auf die Aspekte, die etwa im NDM 2019 bereits als gesellschaftliche Herausforderungen identifiziert worden waren, äußern sich auch die sonst so zufriedenen und freundlichen Oldenburger im affektiv-reflexhaften Meckermodus – „schlimm, ganz schlimm“ (OL). Doch werden, anders als in Salzgitter, die Probleme kaum personalisiert oder mit Alltagsbeispielen illustriert, was den Eindruck eines Reflexes verstärkt. Denn im Prinzip gilt, wie ein Diskutierender es zusammenfasst: In Oldenburg nimmt man das Privileg zur Kenntnis, dass es einem aufgrund der Tatsache, dort leben zu dürfen „sau-, saugut“ (OL) gehe; man müsse auf das Positive blicken und nicht immer nur auf die Probleme.

In Osnabrück liegen die Missstände zwar deutlich schneller auf dem Tisch, allerdings werden sie im Laufe des Gespräches relativiert und die Frage nach gesamtgesellschaftlichen Problemen direkt wieder auf den städtischen Rahmen rückbezogen. Insgesamt habe sich Osnabrück, so wird lobend erwähnt, mittlerweile „gemauert“, was hier gleichbedeutend zu sein scheint mit der Tatsache, Probleme in den Griff bekommen zu haben. Gibt es doch etwas zu kritisieren, dann ist das wie in vielen anderen Orten vor allem (fehlende) Mobilität und (fehlende) Infra-

struktur. Während der Blick auf die eigene Rolle als Einwohner Osnabrücks eingangs noch die Mittigkeit in allem eher positiv hervorhob, wird sie den lokalen Politikern tendenziell vorgehalten: Kritisiert wird das „Geschacher“ in der Politik, das dadurch ermöglicht werde, dass alles etwas „dörflicher“ und weniger „staatsmännisch“ (OS) sei. Die Politiker, so der Tenor, nutzten also die wohlthuende Dörflichkeit aus, um sich im Klüngel des Man-kennt-sich selbst einen Vorteil zu verschaffen und repräsentieren somit die Kehrseite des eigentlich Goutierten. Hinzu käme, dass die Parteien in Osnabrück alle sehr gemäßigt seien, mithin auch keine „richtigen“ (im Sinne von echten) Entscheidungen trafen, sich ängstlich und konfliktscheu präsentierten, „risikoavers“ „da so durch schlingern“ (OS) würden und damit politische Debatten per se konfliktarm blieben. Das drücke sich auch darin aus, dass das Stadtmarketing stets bemüht sei, der Stadt „schöne Titel“ (OS) zu verleihen, etwa „Friedensstadt“ in Anlehnung an den Westfälischen Frieden von 1648.

### Die Themen Migration und Müll als Ausverhandlung öffentlicher Ordnung

Es gibt zwei Themen, die, wiederum in unterschiedlicher Relevanz und Vehemenz, als Stellvertreterthemen bezeichnet werden können, wenn es um die Frage geht, wie Vorstellungen einer guten Ordnung in den jeweiligen Städten verhandelt werden. Beide – nämlich Migration und Müll im öffentlichen Raum – stehen in einem aussagekräftigen Zusammenhang. Ein selbst im wohlfühlorientierten Oldenburg (wenn auch insgesamt nicht so prominent) auftauchender Topos ist die Feststellung, dass „das Bunte“ tagsüber ja schön, aber „nachts nicht witzig“ (OL) sei. Allerdings entzündet sich an dieser Feststellung keine emotionale Debatte mit besonderer Dringlichkeit. Gleichwohl zeigt sie bereits an, dass Migration insgesamt ein Thema der öffentlichen Ordnung ist – ein Eindruck, der sich durch die anderen Gruppen erhärtet. Wurde das Thema in Oldenburg noch relativ unaufgeregt und einhellig besprochen, zeigt sich in Osnabrück bereits eine Am-

bivalenz, zum Teil auch konträre Beurteilungen (ähnlich wie in Braunschweig, wie sogleich ausgeführt werden wird). Zwar ist es weitgehend Konsens in Osnabrück, dass man den Rechtspopulisten „generationenübergreifend“ „keinen Millimeter“ (OS) überlasse, doch rührt sich Widerspruch bei den Jüngeren. Ein Schüler wirft ein, auch einige Osnabrücker Stadtteile wiesen hohe Zustimmungsraten zur AfD auf; er wird jedoch von einem älteren Diskutierenden in typisch externalisierender Manier darauf hingewiesen, dass diese Ortsteile, in denen die AfD gewählt werde, nicht mehr zu Osnabrück gehörten. An den Stolz, sich auch in der Geschichte immer schon geschlossen gegen Rechtsradikale gestellt zu haben, schließt sich eine für Osnabrücker Verhältnisse schon sehr kontroverse Diskussion über Alltagsrassismus an, den eine Fraktion vehement bestreitet, eine andere, kleinere hingegen als städtisches Problem benannt wissen will. Eine Teilnehmerin, die mit einem Nicht-Deutschen verheiratet ist, berichtet davon, dass Nicht-Weiße Probleme hätten, Einlass in Clubs zu erhalten, sogar in solche, die sich eher „links“ verorten würden. Dieser Klage steht die Äußerung einer etwa gleichaltrigen Weißen gegenüber, die sagt: „Für mich ist das überhaupt nirgendwo ein Thema“ (OS), weder in Osnabrück noch in den Städten, in denen sie zuvor gelebt habe. Sekundiert wird sie von einem älteren Teilnehmer, der eingangs für sich proklamiert hatte, zum Thema Alltagsrassismus deswegen Aussagen treffen zu können, weil seine Kinder das Spektrum „von cappuccinofarben bis picke-pack-braun“ (OS) abdeckten. Doch ausgerechnet dieser Vater einer multikulturellen Familie will von Alltagsrassismus in Osnabrück nichts wissen. Sogleich wird die Diskussion von einer weiteren Teilnehmerin umgedreht, indem sie behauptet, dass sie, wenn sie feiern ginge, oft „sexuelle Belästigung“, aber „immer nur von Ausländern“ (OS) erlebe, was außerhalb von Osnabrück nicht der Fall gewesen sei, wo – so offenbar ihre Deutung – der gesellschaftliche Zusammenhalt<sup>67</sup> ein stärkeres Bindemittel sei:

„Vielleicht hab’ ich hier in Osnabrück öfter das erlebt, weil [...] das hier einfach nicht so selbstverständlich ist, dass man einfach hier eine Gesellschaft ist mit allen Menschen, sondern dass da sich teilweise ausländische Mitbürger irgendwie ohnehin von vornherein ausgeschlossen fühlen und sich deshalb vielleicht auch krass danebenbenehmen.“ (OS)

Zusammengenommen: Migration war in den Gruppen in Braunschweig und Salzgitter ein größeres (und stärker mit Problemen behaftetes) Thema als in Oldenburg und Osnabrück. Dabei müssen jedoch zwei Einschränkungen geltend gemacht werden: Die soeben beschriebene Diskussion in Osnabrück sowie die Tatsache, dass das Thema in Braunschweig in einer Gruppe sehr intensiv, in der anderen jedoch gar nicht (nicht einmal auf Nachfrage) diskutiert wurde. Dennoch war Migration in der zweiten Gruppe in Braunschweig deutlich präsenter als in Oldenburg und Osnabrück und wurde vor allem in einem weniger abstrakten, akademische Bildung atmenden Duktus, als vielmehr in einer hemdsärmeligen Weise diskutiert, indem eine vermeintliche „deutsche Lebensart“ in Abgrenzung zu Gewohnheiten und Lebensweisen von Zugezogenen spezifiziert wurde. Die unmittelbarste und direkteste Ausverhandlung war in Salzgitter zu beobachten, wo – wie bereits erwähnt – gesellschaftliche Probleme stets an plastischen Alltagsbeispielen festgemacht und veranschaulicht wurden. Das Thema Migration erscheint als ein vor Ort permanent schwelender Grundkonflikt, was mit Blick auf die Zahlen, wie viele Geflüchtete Salzgitter seit 2015 aufgenommen hat und im Hinblick auf die multikulturell geprägte Geschichte der Stadt auf den ersten Blick wenig überraschend ist.

Ein zweites Thema, welches bisweilen mit Migration in Verbindung gebracht wird, ist Müll. Abfall wird in mehreren Städten – jedoch unter grundsätzlich verschiedenen Vorzeichen – als besonderes Thema der öffentlichen Ordnung angesprochen. Das ansonsten nahezu problemfrei wirkende Oldenburg hat – allerdings erst auf Nachfrage – ein „Müllproblem“. Doch zeigt sich rasch, dass man hier auf einem gänzlich anderen Niveau klagt als in Salzgitter, wo Müll eben-

<sup>67</sup> Zur verbreiteten Sorge um einen schwindenden gesellschaftlichen Zusammenhalt vgl. auch Kapitel 3 dieser Studie.

falls ein sehr dominantes Thema ist. Denn in Oldenburg bedeutet das, dass einige Teilnehmende sich mehr Mülleimer in Parks wünschen würden, damit alles noch ein bisschen ordentlicher sein könne. In Braunschweig wird Müll nur über seine Kehrseite, über Sauberkeit, thematisiert: Auch, wenn „jetzt immer mehr von außen reinkommen“, wie ein Teilnehmer formuliert, sei Braunschweig eine „aufgeräumte“, eine sehr „bürgerliche Stadt“, in der es – so kritisiert sogar ein Teilnehmer – immer „ordentlich“ (BS) aussehen müsse.<sup>68</sup> In einer reichlich abgedrehten Bezugnahme spricht er in diesem Kontext das städtische Grünflächenamt an, welches er in infantiler Ironie konsequent als „Braunflächenamt“ bezeichnet, welches die öffentliche Bepflanzung in den Parks stets zu akkurat stutze, so dass Bienen keine Möglichkeit hätten, in den Grünflächen der Welfenstadt heimisch zu werden. Das Stadtbild ist überhaupt sehr wichtig, nicht nur in Bezug auf die Kritik am Grünflächenamt, sondern auch durch den Neubau des Schlosses, schwindende Parkflächen, den Schwund „deutscher Läden“ (BS) in der Fußgängerzone und die Tatsache, dass der Charakter ursprünglicher Viertel durch Neubauten zerstört werde. Kleine Läden müssten größeren Discountern weichen, in denen es „keine persönliche Nähe mehr“ gebe, was „sehr schade“ (BS) sei.

Blickt man schließlich nach Salzgitter, zeigt sich, dass sich im Vergleich mit Oldenburg zwei komplett unterschiedliche Grundvoraussetzungen gegenüberstehen: Während Oldenburg eben gerne noch ein bisschen ordentlicher sein könnte, erscheint Salzgitter in dominanten Erzählstrecken als vollkommen verdreckt. Das Thema Müll wird insbesondere in der zweiten Diskussionsrunde in eine allgemeine Verfallserzählung eingewoben, die eine besondere Emotionalität in dem Statement eines Teilnehmers erhält, der fast schon verzweifelt berichtet, im Laufe der Jahre sei fast alles kaputt gemacht worden: Discos und Räume für junge Menschen gebe es nicht mehr, Kriminalität herrsche überall und „Integration sei die Vernichtung der Grundbevölkerung“

(SZ). Auch wenn offensichtlich wird, dass er hier seine persönliche Verfallsgeschichte mit der, die er angeblich in der Stadt beobachtet, amalgamiert und ihm von anderen Diskutierenden auch widersprochen wird, bleibt die Narration des Zerfalls und der Unordnung doch insgesamt über einen thematischen Umweg bestehen, indem eine Teilnehmerin die Verfallsgeschichte („alles kaputt“ (SZ)) aufgreift und in Verbindung mit Müll bringt („Müllstadt“ (SZ)), was bei den Teilnehmenden unisono Zustimmung erfährt. Hatten in der anderen Salzgitter-Gruppe noch einige zumindest für die Bezirke jenseits des Stadtteils Lebenstedt konstatiert, dass „da keiner [ist], der da langgeht und irgendwo an eine Ausfahrt pinkelt“ (SZ), waren sich doch alle einig, dass sowas in Lebenstedt ganz üblich sei. Obwohl dieser Konsens noch garniert wird mit der Behauptung einer jungen Frau, dort schon – sogar in Gegenwart ihres Mannes – „betatscht“ (SZ) worden zu sein, münden all diese Feststellungen en gros nicht in einer konsensualen Verurteilung des Stadtteils, sondern vielmehr in einer nahezu geifernden Verurteilung der Müllverursacher. Eine – man kann es mit Fug und Recht so bezeichnen – „Mülltirade“, welche die Moderation für mindestens 15 Minuten nahezu interventionschancenlos verstummen ließ, offenbarte in einer unvermuteten Eklatanz die mit den Themen Migration und Müll verknüpften Ordnungsvorstellungen und Strafbedürfnisse. Die (immer wieder durch zustimmende Einschübe angefeuerte) Ouvertüre lieferte eine nach Salzgitter Zugezogene, die sich seit ihrer Ankunft bereits unwohl fühlt, denn:

„Überall liegt Müll [...] Ich kann mit meinem Hund nirgendwo spazieren gehen. Überall liegt Glas... Kaputt. Weiß ich nicht, also die geben mir hier auch keine Chance, wirklich so, [...] aber die hätten ja auch noch ein bisschen mehr Möglichkeiten<sup>69</sup> geben können.“

<sup>68</sup> Vgl. zu Braunschweigs Sauberkeit ebenso Finkbeiner, Florian/Trittel, Katharina/Geiges, Lars: Rechtsradikalismus in Niedersachsen. Akteure, Entwicklungen und lokaler Umgang, Bielefeld 2019, S. 194ff.

<sup>69</sup> Gemeint ist vermutlich die Gestaltung der Stadt, da die Teilnehmerin moniert, von ihrem Wohnort aus nirgends einen Ort erreichen zu können, wo sie mit ihrem Hund spazieren gehen könne, ohne durch Müll belästigt und gefährdet zu werden.



Zwar wird die vergebene Etikettierung als „Müllstadt“ anfangs noch nach Stadtteilen differenziert (Salzgitter-Bad sei etwas sauberer als Lebenstedt), doch insgesamt ist man sich einig: „Müll hat sich ganz gewaltig verbreitet“ (SZ), jeder scheint persönlich betroffen, indem der Müll das angreift, was vormals im persönlichen Nahraum immer gut gewesen war:

„Ich hab' meine Schwierigkeiten. Meine Gegend war früher mal wunderbar, wo ich wohne. Das ist jetzt zum großen Abfallplatz geworden. Und ich kann machen, was ich will. Bei mir wird ewig abgeladen. Die haben sogar meine Teichanlage, die ich mit meinem Vater hatte, wo schöne Kois drinne waren, haben sie ihren Abfall hingestellt, damit ich das entsorge. Man kriegt so'n Hals.“ (SZ)

Ehe man sich versieht, gelangt die Diskussion zu der Frage, ob „Ausländer dreckiger“ (SZ) seien. Ein pensionierter Lehrer erprobt anfangs noch die Gegenrede und erreicht zunächst eine Einigung, dass es „überall schwarze Schafe gebe“ (SZ), doch bleibt das Problem trotzdem bestehen: Denn „diese schwarzen Schafe vermüllen alles“ (SZ) und seien – so das vorgeschobene Argument eher rhetorischer Natur – insgesamt verurteilenswert, da sie sich nicht an die Regeln hielten. Rigoros ist man sich einig: Wer die Stadt verunreinige, Müll im öffentlichen Raum abstelle, die Mülltrennung nicht beherrsche (ein Vorwurf, der häufig gegen Geflüchtete erhoben wird<sup>70</sup>), wird gnadenlos beim Ordnungsamt denunziert. Ein Teilnehmer erzählt in sichtbar stolzer Blockwartmanier, dass er solches Fehlverhalten mit der Handykamera dokumentiere. Sein Wortschwall, dass ganze Zimmereinrichtungen einfach mitten in Salzgitter auf der Straße herumlägen, auch mitten in den „schönen Feldern“, die dadurch verunreinigt würden, gerät zu einer unkontrollierten Ereiferung. Doch: Er habe sogar „schon ein paar erwischt!“ (SZ) Und, so der Umkehrschluss und die Folie der Beurteilung, man selbst halte sich schließlich

an die Regeln. Wer falsch parke, müsse schließlich auch bezahlen; wer mit dem Hund rausgehe, nehme schließlich eine Tüte mit, denn:

„Ich versuche, mich immer vorbildlich zu verhalten, obwohl: Jeder macht Fehler. Aber sie können's nicht, sie machen es einfach extrem. Sie steigen aus dem Auto aus und kippen ihren Aschenbecher auf der Straße. Dann geh ich dahin, fang an mit dem zu diskutieren, dann will er mich verhauen.“ (SZ)

Die Klimax der Diskussion ist erreicht, als es nicht mehr um Sperrmüll, sondern um Hundekot geht. Zwar möchte der bereits erwähnte Lehrer mit dem Thema eigentlich deutlich machen, dass es eben in jeder Gruppe, auch in der der Hundebesitzer, „schwarze Schafe“ (SZ) gebe, doch gerinnt auch der Austausch über Fäkalien rasch zu einem des Ordners und Strafens.

„Weil überall Hundekot liegt usw. und so fort. Und, wenn du dann noch was sagst, wirst du auch noch dafür bestraft, dass du demjenigen Hundebesitzer gesagt hast: ‚Mensch, dann heb doch mal die Notdurft deines Hundes auf‘ [Einwurf: ‚Das ist ne Ordnungswidrigkeit‘]. Äh, ja natürlich sind das Ordnungswidrigkeiten, aber da geht doch keiner hinterher, im Gegenteil [Einwurf: ‚Und doch!‘]. Du wirst doch noch ... Ich habe [Einwurf: ‚Wir sind nicht in Berlin‘].“ (SZ)

Man selbst werde durch das Ordnungsamt zu rechtgewiesen, wenn man seinen Hund frei laufen ließe, andererseits: „Du hast Leute, die lassen vor der Eingangstür ihren Hund koten“ (SZ), ohne dass jemand ordnend bzw. strafend eingreife. Es sei denn, man tut dies, wie der Diskutant, selbst: „Ja, nicht bei mir, dann geh ich dahin und lauf mit 'ner Kackatüte hinterher“ (SZ), so dass der Betreffende gezwungen werde, sein Vergehen zu korrigieren.

Auf der Suche nach jemandem, der zuständig sei, das Problem zu lösen, treffen zwei – tendenziell auch generationelle – Perspektiven aufeinander. Ein Schüler äußert: „Man kann ja nicht 24/7 irgendwie um den Block 'rumlaufen lassen

<sup>70</sup> Auch anhand eines Fallbeispiels beschreiben in Finkbeiner/Trittel/Geiges, S. 135.

und aufpassen, dass alle Leute sich verhalten.“ (SZ) Ein der öffentlichen Ordnung entsprechenden Betragen liege an den Leuten selbst, weil eine dauerhafte Kontrolle durch den Staat nicht zu leisten sei und „Überwachungsmethoden“ (SZ) dann auch schnell auf andere Bereiche ausgreifen würden. Völlig konträr zu dieser Einschätzung pocht der mit der Handykamera Fehlverhalten Dokumentierende darauf, dass es Gesetze gebe, doch sei die Polizei nicht mehr im Stande, diese überall durchzusetzen. Er zeichnet Salzgitter damit (partiell) als rechts- und somit auch ordnungsfreien Raum, der für ihn nur persönliche Nachteile mit sich bringe:

„Ich halt mich dran als Bürger und die anderen halten sich nicht dran, die werden aber nicht bestraft. Warum nicht? Da kannst du die Gesetze in die Tonne schmeißen, genau wie unser Grundgesetz. Ab damit, Tonne auf, Grundgesetz rein, Tonne zu.“ (SZ)

Nur wenn er die Lösung des Problems in die eigene Hand nehme, dort, wo der Staat, der eigentlich zuständig sei, versage, könne die verletzte Ordnung wiederhergestellt werden. Im Kontrast dazu: In Oldenburg oder Osnabrück ruft man die Lokalpolitik an, bringt sich in diese auch teilweise ein, um besseren Gewissens an die Verantwortung aller als ordentliche Staatsbürger appellieren zu können.

Dem Salzgitteraner Eiferer ist bewusst oder er spürt zumindest, dass seine verbale Eskapade, die Artikulation solch vehement autoritärer Ordnungs- und Strafvorstellungen, ihn in den Augen der Anwesenden (vor allem der Moderierenden) in ein für ihn nachteiliges Licht rücken könnte, so dass er sein Statement mit den Worten beschließt: „Und ich bin keiner, der irgendwie rechts ist.“ (SZ) Und tatsächlich: Jenseits einer politischen Verortung scheinen seine Aussagen insgesamt eher eine Art potenzierte Kleinbürgerlichkeit zum Ausdruck zu bringen, die wir in vielen Diskussionen identifizieren konnten und die konsensual geteilt wurde. Auch die unverhohlenen verbalisierte Straflust scheint relativ akzeptiert zu sein. Dazu passt, dass der ebenfalls bereits erwähnte Lehrer insistiert, dass das Problem in seiner Wahrnehmung nichts mit Migration zu tun habe, sondern „mit Anstand und Erziehung“ (SZ),

mit den „Charaktereigenschaften“ des Einzelnen und mit dem Vorbildcharakter der Eltern. Doch liegen Welten zwischen dem, was „Erziehung“ für den pensionierten Lehrer und dem, was sie für den ehemaligen Sonderschüler bedeuten. Denn der bleibt dabei:

„Also meine Kinder sind weder Alkoholiker noch rauchen die [Lehrer: „Nein, ich sag ja nur mal“]. Ich rauche auch nicht. Wie ich es vorlebe [Lehrer: „Ja!“], also ich muss schon bisschen was vorleben [Lehrer: „Ja, ja, natürlich!“]. Das ist schon richtig. Aber...“ (SZ)

Erst als der Wortbeitrag beendet ist, erläutert der Pädagoge seine Perspektive, dass für das Allgemeinwohl alle zuständig seien:

„So, und deswegen kann man nicht jetzt sagen, die Polizei und dies und jenes und das, sondern wir müssen in unserem Gemeinwohl was machen, ja, und müssen mal wieder lernen, uns Konflikte ... auch mal in Konflikte einzulassen, auch vielleicht mit Kindern, denn das heißt Erziehung.“ (SZ)

Allgemeinwohl schaffe man also in seiner Wahrnehmung dadurch, dass man Kinder durch Erziehung zu Konfliktfähigkeit und zum Ausverhandeln von Regeln befähige. Doch dies ist, auch für ihn, in erster Linie Aufgabe der Familie und nicht der institutionellen Bildung.

Bezüglich der lokalen Wahrnehmung kann als Basis für die Überlegungen der kommenden Kapitel stichpunktartig Folgendes resümiert werden: Oldenburg und Salzgitter sind die beiden Städte mit der stärksten lokalen Identifikation ihrer Bewohner. Während Oldenburg richtiggehend als Wohlfühlort schlechthin schillert, in dem es – überspitzt gesprochen – kaum Probleme gibt, weiß man in Salzgitter um das schlechte Image der Stadt, was entweder (selten) zu einer starken Verurteilung oder (deutlich häufiger) zu einer (Über-)Identifikation führt. Diese Beobachtung liefert erste Hinweise für eine Differenz zwischen den Großregionen Weser/Ems und Raum Braunschweig, die erst im Diskussionsprozess deutlich wurde: Die Sicht auf öffentliche Angelegenheiten zerfällt im Nordwesten (Oldenburg/Osnabrück) in konservative und tendenziell zu zivil-

gesellschaftlichem Engagement verpflichtende Institutionenfreundlichkeit, im Südosten (Braunschweig/Salzgitter) hingegen tendenziell in einen eigenwillig paradoxen, zwar eher kontemplativen, aber zum Teil auch rigorosen gesellschaftskritischen Privatismus.

Schnittmengen wiederum liegen in der überwiegend kleinbürgerlichen Mentalität der Niedersachsen, welche sich nicht nur darin äußert, dass das Dörfliche am eigenen Ort ganz überwiegend als etwas Positives imaginiert wird, sondern die auch in einer emphatischen Ablehnung der Großstadt kulminiert, in einer – mit Ausnahme von Salzgitter – als berechtigt wahrgenommenen Sorge um die eigene „Mitte“ und deren Privilegien. Sie wird besonders augenfällig in der Stellvertreterdiskussion, inwiefern das Thema Müll und solche, welche den Müll verursachend den eigenen Ordnungsvorstellungen zuwider laufen, Strafbedürfnisse evozieren, die in der eigenen Gewissheit, sich stets an die Regeln zu halten, damit aber den Kürzeren zu ziehen, gründen.



# 3

## Das Panorama politischer Problemlagen

**W**ie stehen die Niedersachsen allgemein zur Sphäre der Politik und zu politischen Problemen? Gewiss ist diese Frage prinzipieller Natur, aber keineswegs nebensächlich: Das Verhältnis zur Politik kann zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen bisweilen beträchtlich differieren. So führte beispielsweise die starke mentale Fixierung vieler Jugendlicher und junger Erwachsener auf ihren unmittelbaren sozialen Nahbereich bis vor kurzer Zeit häufig zu einer tiefsitzenden und beinahe kalten Distanz zum ihnen fern und abstrakt, jedenfalls weit abseits der persönlichen Einflussphäre sich abspielenden, „großen“ gesellschaftspolitischen Geschehen, etwa gegenüber Parteien und Parteipolitik, Regierungspraxis und Oppositionshandeln, oder den Komplexitäten weltpolitischer Zusammenhänge.<sup>71</sup> Andererseits haben gerade die politisch sehr unterschiedlich gefärbten Bürgerproteste der 2010er Jahre – ob um Stuttgart 21, PEGIDA und NoPegida, Stopp TTIP oder auch die jungbürgerliche Klimabewegung „Fridays for Future“ (FFF) – eindrücklich demonstriert, dass die lange Zeit als Kernadressat gemäßigter christ- oder sozialdemokratischer Politik ausgemachte bürgerliche „Mitte“ sich zunehmend

unter dem Zeichen des Misstrauens gegenüber den herrschenden Eliten politisiert,<sup>72</sup> ja polarisiert und das einstige „bürgerliche Lager“ offenbar – dafür sprechen die jüngeren Wahlerfolge der AfD als spätes Indiz – tief zerrüttet.<sup>73</sup> Vor der Auswertung der Diskussionspassagen zu konkreten politischen Problemwahrnehmungen ist es daher lohnenswert, den allgemeinen Stellenwert von Politik in unserem Fokusgruppensample zu resümieren.

<sup>71</sup> Vgl. Schenke, Julian et al: PEGIDA-Effekte? Jugend zwischen Polarisierung und politischer Unberührtheit, Bielefeld 2018, S. 186–192.

<sup>72</sup> Vgl. Walter, Franz: Bürgerlichkeit und Protest in der Misstrauensgesellschaft, in: Marg, Stine et al. (Hrsg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?, Reinbek 2013, S. 301–344 sowie Butzlaff, Felix: Die neuen Bürgerproteste in Deutschland. Organisatoren – Erwartungen – Demokratiebilder, Bielefeld 2015.

<sup>73</sup> Vgl. Walter, Franz: Zeiten des Umbruchs? Analysen zur Politik, Stuttgart 2018, S. 141–158. Wie wenig wissenschaftliche Aufmerksamkeit diesem Zusammenhang bisher, auch mit Blick auf Niedersachsen, gezollt worden ist, betonen Finkbeiner, Florian/Schröder, Niklas: Die AfD und ihre Wähler in Niedersachsen. Eine Fallanalyse zum Sozialprofil der Wählerschaft und ihrer politischen Einstellungen am Beispiel von Niedersachsen. FoDEX-Studie Rechtsradikalismus Nr. 4, Göttingen 2020, S. 20.

## Zum politischen Interesse der Niedersachsen

Daher zunächst allgemein: Wendet sich das Gespräch politischen Themen und Problemstellungen zu, offenbaren die Niedersachsen unseres Samples – von singulären Ausnahmen abgesehen – eine ausgeprägte Diskussionsfreude, wenn nicht eine Neigung zum munteren Parlieren. Die informierte Anteilnahme am politischen und weltpolitischen Geschehen gehört zum guten Ton, wie nicht zuletzt an der ausgesprochenen Seltenheit des expliziten Gegenteils abzulesen ist. Nur fünf der 60 Fokusgruppenteilnehmer merken in einer Demonstration privatisistischen Desinteresses an, dass Politik sie „ehrlich gesagt so im Grunde gar nicht“ interessiere oder dass die Auseinandersetzung mit aktuellen Themen ihnen „eigentlich nur Zeit [...] klaue“, ja sie aufgrund der emotionalen Belastungen durch „schlimme Nachrichten aus der Welt“ versuchen, „das nicht an mich ranzulassen“ – womit sie in den Diskussionsrunden wohlgerne weitestgehend auf Verständnis stoßen. Etwa zwei Drittel unserer Fokusgruppenteilnehmer beanspruchen als Maxime ihres Handelns, sich regelmäßig und intermedial zu informieren. Einige verstehen schon die Teilnahme an unserer Diskussion als Einmischung ins politische Handgemenge. Und auch wenn die Diskutierenden bisweilen anmelden, durch das mediale Angebot überfordert zu sein (erscheint es ihnen doch, wie sich im Folgenden immer wieder zeigen wird, oft hypertroph und überzeichnet, unentwegt rauschend oder gar rabulistisch angekurbelt), ergibt sich als ein wesentlicher Grundpfeiler der Gruppenmoral in sämtlichen Gesprächen doch letztlich dies: Als demokratischer Bürger ist man zu politischer Informiertheit und Medienkompetenz verpflichtet. Natürlich wird das nicht genau so deklamiert, aber es spricht doch aus einer Reihe von kollektiv gestützten Einwüfen dieser Art:

„Also, ich glaube, so finde ich es gut so, versuche ich es auch zu machen, sich bei verschiedenen Sachen zu informieren. Ich glaube, es machen nicht alle, das ist auch ein Problem.“ (BS)

„Also ich habe das Gefühl, dass es sehr wichtig ist und auch dass man informiert ist – also dann ist es fast schon peinlich, wenn man nicht weiß was gerade – keine Ahnung – im Irak abgeht oder sonstiges.“ (OS)

„Ich finde, dass in Deutschland oder gerade auch bei Kindern die Medienkompetenz nicht vorhanden ist. Es gibt ja sehr viele einfache Sachen: Wer sagt was, in welchem Umfeld sagt jemand etwas, das sind ja ganz viele Themen, die da mit reinspielen.“ (SZ)

„[Bildung] ist natürlich ein sehr, sehr wichtiger Grundstein für die Gesellschaft. Und ich glaube, auch eine Sache, die eine gute Bildung ausmacht, ist nicht wirklich, was man jetzt wirklich gelernt hat, sondern dass man auch hinterfragt. Dass man nicht alles abkauft. Und das ist eigentlich eine wichtige Sache, auch, wenn man wählen geht.“ (BS)

„Und Meinungsmache über digitale Medien ist halt auch noch so eine Sache. Dadurch wird ja die Demokratie wieder angreifbar.“ (OS)

Nicht selten stimmen gerade auch solche Personen das Loblied der politischen Informiertheit an, die sich zugleich darüber beklagen, dass „Panik verkauft“, dass man angesichts des alltäglichen (sozial-) medialen Alarmismus schon sehr genau hinsehen, „dann also wirklich schon unterscheiden muss, ist das jetzt aus einer sicheren Quelle“, um nicht den Deutungsofferten der aktuell „ganz extrem“ sichtbaren Spaltung zwischen „Links und Rechts“ zum Opfer zu fallen. Aufgeklärter Medienkonsum und nüchterne Auslese von Quellen werden hier als essenzielle Bürgertugend identifiziert. Die Diskussionsteilnehmer beanspruchen für sich selbst durchweg eine hohe Medienkompetenz. Nicht zuletzt um auszuweisen, dass man selbst zu den Besonnenen, Reflektierten und Kritischen gehört, führen manche daher bisweilen die eigenen Referenzmedien (etwa die *Süddeutsche Zeitung* und die *Tagesschau*) auch ungefragt an. Zwei Braun-

schweiger Diskutierende sprechen die darin liegende latent elitäre Attitüde offen aus, wenn sie konstatieren:

„Wir alle sitzen hier, weil wir interessiert sind [... und] diskutieren wollen. Damit sind wir ja schon viel, viel weiter als ganz viele andere. [...] Wenn ich mir überlege, dass die BILD-Zeitung am Tag 30 Millionen Mal gelesen wird [...]“

„Ich denke, dass in der eigenen Blase gefangen zu sein, dass das eher eine Frage von Bildungsschichten ist. Ich denke, ab einem gewissen Bildungsgrad ist Medien, medienkritisches Denken und Hinterfragen des eigenen Medienkonsums irgendwo gegeben. [...] Ich für mich nutze mehrere Browser, um unterschiedliche Informationen abzurufen, um eben in der Lage zu sein... nicht alles durch Cookies gesteuert [...] sodass ich wenn ich nach bestimmten Themen google, nicht nur die Redaktionen, die ich üblicherweise in einem Browser lese, vorgeschlagen bekomme, sondern auch mal andere.“

Auch dass die detaillierte Informiertheit auf der Basis wissenschaftlicher Faktenkenntnis im klimasensiblen Jahr 2019 besonders hoch im Kurs stand, wirkte sich auf die Gespräche aus: Inmitten einer Diskussion über nachhaltige Konsumstile tadelt eine Diskutantin aus Oldenburg einen deutlich jüngeren Gesprächsteilnehmer dafür, nicht hinreichend über Mikropartikel in Zahnreinigungsmitteln informiert zu sein.

Man darf also grundsätzlich feststellen: Im Sinne tagespolitischer Informiertheit ist Politik wichtig, sie verpflichtet. Die Niedersachsen aus sehen sich nicht als passive Zeugen ihrer Zeit, sondern sprechen sich für den bewussten Mitvollzug des Tagesgeschehens aus. Dies vorangestellt, soll nun eine zentrale Frage dieser Studie beantwortet werden: Welche politischen Problemlagen und gesellschaftlichen Entwicklungen beschäftigen die Niedersachsen am stärksten?

## Eine Relevanzhierarchie politischer Problemlagen

Nicht jeder Bürger einer Demokratie befasst sich so intensiv und regelmäßig mit gesellschaftspolitischen Problemen, dass er täglich ihren Problemdruck spüren würde und *ad hoc* entsprechende Kernthemen nennen könnte, die ihm tiefe Sorgenfalten bescherten. Insofern muss sorgfältig unterschieden werden zwischen Aspekten, auf die die Diskutierenden (meist im späteren Verlauf der Diskussion) von sich aus zu sprechen kamen, und jenen, die wir durch unsere Moderation einbrachten. Die initiale Frage nach gesellschaftlichen Problemen provoziert häufig zunächst Achselzucken und arbiträre Antworten; sichtbar begeben sich manche Teilnehmende innerlich auf die Suche nach Stichworten und aktuellen Konjunkturthemen. Oft ist nicht mit letzter Gewissheit zu entscheiden, welche Themen tatsächlich die persönliche Erfahrungswelt der Diskutierenden berühren, und welche ihnen nur durch die tagespolitische Berichterstattung bekannt sind. Schon die Nennung des – oftmals eine Fülle von Konnotationen mit sich führenden – Stichworts „Politik“ hemmt den Gesprächsfluss merklich. Es tritt hier der Effekt des „unsichtbaren Politikprogramms“ zu Tage, der in der Forschung bereits bezüglich „bildungsferner“ Jugendlicher beschrieben wurde.<sup>74</sup> Hin und wieder diskutieren Gesprächsteilnehmer durchaus engagiert hochpolitische Fragen, ohne sie aber zwangsläufig unter dem Aspekt der „großen“ Sphäre der Politik zu verhandeln – etwa indem sie sie stattdessen als Fragen ihres Berufslebens, ihrer privaten Lebensplanung, ihrer Bildungskarriere o. Ä. auffassen. Und nicht zuletzt ist die für den durchschnittlichen Bürger ungewohnte Gesprächssituation einer Fokusgruppe selbst in Rechnung zu stellen: Hier sind häufig Hemmungen zu beobachten, sich vorschnell zu outen oder zu exponieren, gar gegen unausgesprochene gruppeninterne Normen zu verstoßen.

<sup>74</sup> Vgl. Kohl, Wiebke/Seibring, Anne (Hg.): „Unsichtbares“ Politikprogramm? Themenwelten und politisches Interesse von „bildungsfernen“ Jugendlichen, Bonn 2012.

Um trotz dieser Komplikationen – sie überhaupt zu erkennen, ist ein Vorteil des qualitativen Vorgehens – zu einer vorsichtigen Relevanzhierarchie der politischen Probleme im Empfinden und Denken der Niedersachsen und damit zu einer Identifikation wesentlicher Mentalitätstrends zu kommen, ist es dienlich, konzeptuellen Rat bei der Cleavage-Forschung einzuholen. Die Autoren des „Struggle over Borders“ differenzieren im Zuge ihrer international vergleichenden Kartografierung politischer Konfliktlinien zwischen der sogenannten Salienz politischer Themen (d. h. ihre allgemeine Präsenz im Bewusstsein der Diskutierenden und ihr Auftreten im Gespräch) einerseits und ihrer Polarisierungswirkung andererseits.<sup>75</sup> Ein Schema, das sich hier nicht unmittelbar adaptieren lässt, denn agonale oder gar aggressive Frontenbildungen entwickelten sich in unseren Gruppengesprächen nur sehr selten; die Suche nach Polarisierungsdynamiken fiel entsprechend wenig ergiebig aus. Nehmen wir jedoch den zugrundeliegenden Gedanken dieser Differenzierung auf, so liegt es nahe, auf eine Zählung genannter Themen zu verzichten und die Relevanzstrukturen der Niedersachsen an Momenten der *argumentativen Aktivierung* zu messen: Wichtig ist uns nicht, wie häufig oder selten Probleme genannt werden, sondern welche von ihnen – unabhängig davon, ob sie von den Moderatoren oder von den Diskutierenden selbst eingeführt wurden – am stärksten das Mitteilungsbedürfnis und den Positionierungsdrang der Diskutierenden provozieren. Die so eruierten prominentesten Themenkomplexe sind

- gesellschaftliche Desintegrationstendenzen und ein zerrinnender Zusammenhalt (verursacht durch wachsende soziale Ungleichheiten bei den individuellen Lebenschancen, medial angetriebene politische Polarisierungsdynamiken und begleitet von einer allgemeinen Verrohung des zwischenmenschlichen Klimas),
- die Migrations- und Integrationspolitik

<sup>75</sup> Vgl. de Wilde, Pieter: Mapping Policy and Polity Contestation about Globalization: Issue Linkage in the News, in: de Wilde et al (Hrsg.): The Struggle over Borders. Cosmopolitanism and Communitarianism, Cambridge 2019, S. 89–115, hier S. 90.

- sowie, mit etwas Abstand, der Komplex Klimawandel und Nachhaltigkeit.

### Tiefe Besorgnis über gesellschaftliche Desintegration und ihre Ursachen

Zunächst zum perzipierten Zusammenhaltsverlust. Die Niedersachsen fühlen sich offenbar in vielerlei Hinsicht und über sämtliche Alters- und Berufsgruppen hinweg – manche von ihnen auf entsetzlich rabiate Weise – von ihrer einst gewohnten Lebenswelt entfremdet. Ob migrationspolitische Auseinandersetzungen, rechtspopulistische Wahlerfolge oder die alten „Standardprobleme“ der Sozialpolitik: Seit etwa 2015 scheinen die Schatten des Chaos und der Niedertracht ihre Kreise zu ziehen; es ist, als ob der Weltlauf eine stetig wachsende Zahl konfliktträchtiger Themen über die Erde spülte. Eine „Ellenbogen-Gesellschaft“ setze sich durch, eine „Hassgesellschaft“ und eine „Hasskultur“, in der wir „für den anderen kein Verständnis mehr“ haben, sondern „immer mehr auf dem Weg“ sind, „dass wir uns gleich angegriffen fühlen und meinen, wir müssten gleich loshauen“ (BS), habe sich hergestellt, sowohl im Straßenverkehr als auch im politischen Diskurs. „Das wird immer schlimmer.“ (SZ) Im Gewitter der sozialen Polarisierungen und der verhärteten Fronten versage schließlich auch die Möglichkeit aufgeklärter Kommunikation zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen vollends. „Ganz auffällig“ sei, dass „aktuell oder jetzt schon seit einigen Jahren die gesellschaftliche Spaltung, und nicht nur in Niedersachsen und Deutschland, sondern eigentlich global“ zunehme, dass „sehr politisierte Themen“ (OS) die Diskursräume aufheizten. „Wir reden viel übereinander, aber nicht mehr miteinander.“ Anstatt gemeinsam an politischen Visionen zu arbeiten, ergäben sich die Menschen dem „Ausspielen der gesellschaftlichen Schichten gegeneinander“. (BS) Man bemerke im Alltag häufig „diese Verhärtungen, so, zwischen diesen politischen Sachen.“ (SZ) Eine hervorgehobene Rolle spielt hier die Wahrnehmung einer neuen rechtsradikalen Welle mit tendenziell demokratiegefährdenden Folgen.

Entsprechende Sorgen werden sehr häufig geäußert, gleichviel ob man aus dem sächsischen Bekanntenkreis des Ehepartners berichtet, dass „die [...] so eine radikale Einstellung, rechts, dass es schon wirklich nicht mehr schön ist“, hätten, oder auf Online-hate-speech verweist. Ein Oldenburger Diskutierender ist sich der allgemein desorientierten Bewusstseinslage so sicher, dass er, nach Problemen befragt, die ihm „unter den Nägeln brennen“, nach einem kurzen Rekurs auf den Diskurs zu Migration und AfD – darin unterstützt von einem Mitdiskutierenden – bekennt:

„Darüber redet jeder, finde ich. [...] Und ich muss auch sagen, ich liege teilweise wirklich nachts noch im Bett und denke so: Was ist eigentlich los hier [...] mittlerweile? [...] Also, was mir ganz extrem eben auffällt, ist, wenn man in den sozialen Medien irgendwie unterwegs ist, was es da mittlerweile für Hass gibt. Was es da mittlerweile für 'ne Radikalisierung gibt [...]“ (OL)

In wenigen Situationen regt sich hier diametral gegenläufige Kritik an der herrschenden Diskurspraxis, wenn etwa ein (ebenfalls Oldenburger) Diskutierender über Ausführungen zu fremdenfeindlichen No-Go-Areas im bundesrepublikanischen Osten mit dem Argument interveniert, dass etwa manche Schülerinnen mit Migrationshintergrund bisweilen „ihren Vorteil auch mal voll“ ausnutzten, „ihre Karte bewusst ausspielen“, indem sie auf Zurechtweisungen mit Rassismuskritik reagierten und sich so wiederum ihre gruppenspezifischen Privilegien sicherten. Doch abgesehen davon, ob nun Rassismus oder Antirassismus als primäre Quelle des Unfriedens identifiziert werden: In der Diagnose der zwischenmenschlichen Verrohung, der zerrinnenden Empathiefähigkeit und des Kommunikationsabbruchs konvergieren beide Perspektiven. Das gilt auch unabhängig von den durchaus unterschiedlichen Bewertungen der sonst übereinstimmenden Berichte über eine politisierte Erfahrungswelt etwa als neutrale Beobachtung, als Freude über wachsendes Engagement oder aber auch als Klage über politische Polarisierung.

Beim Blick auf die Zukunft geben sich daher viele als kritische Zweifler, die von ihrem analogen oder digitalen Umfeld mit politischen Etikettierungen malträtiert werden<sup>76</sup> – was sie nicht davon abhält, sich vehement von (weitgehend anonymen) Personen und Gruppen zu distanzieren, die sie als „radikal“ oder „extrem“ rubrizieren.<sup>77</sup> Überhaupt reüssiert, wie bereits gezeigt, die Vorstellung einer politisch gemäßigten „Mitte“, auch ohne Bindung an konkrete inhaltliche Dimensionen und Themen, als einander Orientierungs- und Identifikationsanker. Das wird spätestens dann deutlich, wenn die Diskussion um potenzielle Bedrohungen von rechts durch die Frage nach möglicherweise ebenso erstarkenden linksradikalen Kräften konterkariert wird. Zwar sind hier und da leichte Sympathien für eine Prise linker Ideale im politischen Diskurs zu vernehmen, etwa wenn ein Diskutierender spontan die Antwort „Den [Linksradikalismus, Anm. d. Verf.] vermiss' ich so'n bisschen“ (SZ) gibt. Je länger jedoch das Gespräch und je intensiver der Wortwechsel, desto sicherer einigen sich die Fokusgruppenteilnehmer schließlich auf die Ablehnung von Radikalität und Gewalt – in Salzgitter als „wahres Gesicht“ des Linksradikalismus identifiziert, welches „mehr totgeschwiegen“ werde als im Falle „rechtsradikaler oder rechter Gewalt“ – und legen sich letztlich sogar dort, wo sie gesellschaftspolitische Veränderungen ersehnen, auf das möglichst Mittige, Moderate, Ausgleichende und Friedliche fest. Angesichts der aus der Sicht der Niedersachsen allenthalben drohenden Instabilität gesellschaftlicher Strukturen kann das kaum überraschen. Denn dass sich die Befürchtungen sozialer Desintegration zu veritablen Katastrophenvisionen auswachsen können, demonstrieren mehrere Diskutierenden im abschließenden Blick auf die Zukunft:

„Ich erwarte ein Zunehmen von politischer Polarisierung und ein Anwachsen von

<sup>76</sup> „Offiziell darf jeder seine Meinung sagen, würde aber jeder seine Meinung sagen, [...] dann kommt halt wieder die Nazikeule.“ (SZ); „Entweder bin ich links oder rechts, es gibt keine Mitte.“ (SZ)

<sup>77</sup> Weitere Ausführungen zu diesen Einordnungen finden sich in Kapitel 5.

Konflikten innerhalb der Zivilgesellschaft.“ (SZ)

„Es ist nicht so, dass man zusammenhalten muss, weil das Geld zum Brot kaufen fehlt, ne? [... Aber] ich glaube, das wird echt noch wieder anders werden.“ (OL)

„Es wird sowieso krachen hier.“ (SZ)

„Also, ich glaube wir sind jetzt wieder einmal an einem dieser Punkte, die in der Geschichte gelegentlich vorkommen, wo Entscheidungen getroffen werden, die gravierende Auswirkungen haben werden. Und meine Sorge ist, dass wir in 10, 20 Jahren zurück gucken und wie schon so häufig in der Geschichte [...] uns denken: ‚Warum? Es war doch so offensichtlich. Es wurde sogar darüber geredet, dass es so offensichtlich ist. Aber sie haben es einfach nicht gemacht.‘“ (OS)

Das lebhafteste Beispiel apokalyptischer Phantasie stellt dabei sicher der folgende Dialog einer Braunschweiger Fokusgruppe dar, in welchem die Diskutierenden einen vollständigen Kollaps des Wirtschaftssystems mitsamt fundamentaler Richtungsentscheidung im Stile von Rosa Luxemburgs Parole „Sozialismus oder Barbarei“ auf die bundesrepublikanische Gesellschaft zukommen sehen:

Teilnehmer 1: „Radikale Erhöhung der Umverteilung im Land oder wir werden, ich gehe davon aus, am Ende gewalttätige soziale Konflikte haben.“

Teilnehmer 2: „Ja, das mit den gewalttätigen sozialen Konflikten will ich auch nicht ausschließen. Vielleicht noch nicht gleich Bürgerkrieg, aber auf kurz oder lang wird es, fürchte ich, auf sowas hinauslaufen.“

Teilnehmer 3: „Ich glaube auch, dass die Radikalisierung in diese Richtung gehen kann und zwar in allen Lagern.“

Teilnehmerin 4: „Ich glaube – also es passt irgendwie ein bisschen so zu den drei Vor-

rednern –, dass der Kapitalismus sich auf kurz oder lang selber zerstören wird. Also klar, es wird irgendwann zu diesen Ausschreitungen kommen, aber was kommt danach? Und das wird dann wahrscheinlich nach den zehn, 15 Jahren sein.“

Die Zukunftssicht der Niedersachsen erhärtet also den Eindruck, dass die gesellschaftlichen Integrationskräfte auf breiter Front zu schwinden scheinen, ja dass die Gesellschaft „auseinanderbricht“. Bei dieser Diagnose scheint es sich um das vordringlichste gesellschaftspolitische Problem von allen zu handeln, Dissens ist unter den Fokusgruppenteilnehmern zunächst nicht zu vernehmen. Unterschiede erwachsen aber bei der Auswahl der wesentlichen Indikatoren dieser Verfallstendenzen sowie bei der Beurteilung ihrer Ursachen. Aus Sicht vieler Gesprächspartner beginnt die Kaskade der sich gegenwärtig überlappenden Problemlagen – die im Ergebnis auch Einfluss auf die AfD-Erfolge zu haben scheinen<sup>78</sup> – bei einer nach wie vor unbewältigten, ja sich regelrecht verschärfenden sozialen Ungleichheit. Im alten und zum Teil vererbten sozialen Elend, ferner in den Effekten der Deindustrialisierung, der Bildungsexpansion und in der damit zusammenhängenden Erosion der alten Mittelstandsgesellschaft erblicken sie die entscheidenden Ursachen der asymmetrischen Distribution von Lebenschancen, erst recht im Hinblick auf den Nachwuchs. Ansteigende Mietspiegel, höhere Lebenshaltungskosten und Schwierigkeiten bei der Vermögensbildung stünden einem späten Berufseinstieg, unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und geringeren Aufstiegsaussichten gegenüber. Während die einen „für’s zweite Auto arbeiten“, täteten es andere „für’s Leben und für die Wohnung“, nicht zuletzt, weil die Wohnpreise stetig im Steigen begriffen seien und

<sup>78</sup> Uneinigkeit besteht häufig darüber, ob der Aufstieg der AfD auf sozioökonomische Ungleichheiten zurückzuführen sei. Viele zweifeln an einer derart monokausalen Deutung und machen stärker Verlustängste derjenigen, „die durchaus in gewissem Wohlstand irgendwo leben“, als tatsächliche Einbußen im Lebensstandard verantwortlich. Vgl. dazu die Ausführungen in Kapitel 5.



somit die Innenstädte sozial ausgesiebt würden. Insbesondere in Braunschweig käme man „als Ex- oder als Neuzugekommener [...] wieder schwer an diese Wohnungen, weil das die Braunschweiger unter sich alle irgendwie so zuschustern.“ (BS) Die Vernachlässigung des sozialen Wohnungsbaus sei „ein Versäumnis der letzten Jahrzehnte“. Dass ein Schulabsolvent vor Beginn seiner Ausbildung ein Praktikum absolviert, kommentiert eine mittelalte Osnabrückerin mokant: „Dafür musst du die Eltern auch haben, ne? Die das zahlen können.“ (OS) Und überhaupt erkenne man im Alltag die Armut anderer nur selten, „wenn man viel hat“. Gemeint sind etwa Sozialhilfeempfänger, Analphabeten, sprachunkundige Migranten, Beschäftigte im Niedriglohnsektor. Schon in der Schule mangle es an Empathie für „die Aufstocker“, die „Putzfrauen“, „die Friseurin oder ganz viele Berufe, die von dem Gehalt nicht leben“ können, wenn es etwa um die Finanzierung von Ausflügen geht. Auch Paketboten lebten von „Hungerlöhnen und Mindestlöhnen“. Gerade „für die Kinder“ täten einem diese sozialen Disparitäten „in der Seele leid“. Durchaus wird hier auf Erfahrungsmaterial rekurriert. Ein Salzgitteraner verweist auf „15.000 Hartz-IVler“ nebst „anderen“, „die irgendwelche Zuschüsse, Aufstockungen“ erhalten, vor Ort, um die Drastik ökonomischer Disparitäten zu illustrieren; ein anderer auf die Lebensverhältnisse einiger von ihm betreuter Obdachloser. Ein Osnabrücker, der zum Zeitpunkt der Diskussion als Zeitarbeiter seinen Unterhalt verdiente, berichtet, wie „schwierig“ es sei, „da wieder raus zu kommen, also man geht da quasi in die freiwillige Knechtschaft über.“ Hilflosigkeit macht sich in Salzgitter angesichts des Faktums breit, dass „einige“ sich in „diesem Bewertungsnetz Hartz-IV“ „verheddern“. Und eine verrentete Braunschweigerin, die jahrelang „über Zeitarbeitsfirmen im Niedriglohnsektor gearbeitet und dementsprechend wenig Rente“ hat und sich von ihrer einstigen Milieurepräsentanz, der SPD und den Gewerkschaften, verraten und verkauft fühlt, erscheint wie eine lebende Verkörperung der oft zitierten sozial Marginalisierten. Ein Diskutierender mit einem starken, ins Straflustige neigenden, Gerechtigkeitssinn konstatiert apodiktisch: „Wer den besseren Anwalt hat, wer mehr Kohle hat,

der hat hier auch mehr Recht.“ Demgegenüber liefert nur ein einziger der 60 Fokusgruppenteilnehmer – ein pensionierter Beamter – eine prinzipielle Rechtfertigung sozialer Ungleichheit, indem er sie zum universalhistorischen Gesetz erhebt und jede Vorstellung von der Abschaffung des Mangels ins Reich der philosophischen Ideale verbannt: „Wir haben auf der ganzen Welt soziale Ungleichheit, und das haben wir schon seit Jahrtausenden und das werden wir auch nicht ändern können. [...] Da kannst du machen, was du willst, das werden wir nicht ändern können. Da gibt es keine Philosophie. Es gibt ‘ne Philosophie in der Theorie, aber in der Praxis lässt sich das nicht durchführen.“ Im Übrigen scheint soziales Elend den Braunschweigern und Salzgitteranern geläufiger zu sein und anschaulicher vor Augen zu stehen als den Oldenburgern und Osnabrückern. Vermutlich lässt sich hier entweder ein Hinweis auf die Strukturstärke bzw. -schwäche oder auf den Urbanitätsgrad der lokalen Erfahrungswelten erkennen.

Stärkere Unruhe aber als das weithin bekannte – man könnte sagen: klassische – Elend des sozialen Unten stiften verschiedene Beobachtungen aktueller postindustriell-klassengesellschaftlicher Tendenzen. Die klassische Mittelschicht mitsamt des zugehörigen Lebensstils, so vor allem der sorgenvolle Blick einiger (mittel-)alter und berufstätiger Diskutierenden auf die Zukunftschancen der nachfolgenden Generationen, gerate in die Zange neuer Klassenspaltungen. Mittlerweile stünde in Deutschland ein „Riesenanteil der Superreichen“ einem „Riesenanteil der Superarmen“ gegenüber, so ist man sich oft intuitiv einig:

Teilnehmer 1: „Schere geht immer weiter auseinander.“

Teilnehmer 2: „Die Mittelschicht stirbt auf jeden Fall.“ (OL)

Teilnehmerin 1: „Also, ich denke schon, dass es immer mehr klafft zwischen Reichtum und Armut. [...] Und was mir da immer sehr am Herzen liegt, sind wirklich die Kinder, die also diese Chancen einfach nicht haben, wie sie zum Beispiel [...] Akademi-

kerfamilien [...] ganz andere Möglichkeiten haben.“

Teilnehmerin 2: „Absolut, da kann ich auch nur zustimmen. Ich finde, das spaltet auch die Gesellschaft.“ (BS)

Die Konsequenzen des seit den späten 1990er Jahren rückgebauten Sozialstaates werden von einem älteren Industriebeschäftigten gegenüber zwei Schülern in die Formel gegossen, dass „die beiden jungen Herren da drüben [...] in ein paar Jahren mal richtig die Arschkarte“ zögen, „wenn das so weiter geht“. Dementsprechend steht auch die aktuelle Bildungspolitik immer wieder im Fokus der Debatte, besonders die Zukunftsfähigkeit der Schulen und Fragen der Chancengerechtigkeit. Das System der Zuteilung von Positionen auf der Basis von Hochschulzertifikaten einerseits und Ausbildungsabschlüssen andererseits scheint aus den Fugen. Akademisierung und Bildungsexpansion, so ist hier und da herauszuhören, erfassen die Berufswelt, und mit ihr der immer spätere Berufseintritt junger Menschen sowie die Entwertung von Schulabschlüssen durch den Wegfall niedrig qualifizierter Erwerbsmöglichkeiten:

„Aber das Thema bei den jungen Leuten ist halt auch, ich habe ja nun selber Kinder in dem Alter, ein bisschen jünger, sie machen lange Schule, sie machen dann ein Auslandsjahr, ein FSJ, und dann finden sie sich nochmal selber, bis sie dann irgendwann studieren und dann nochmal studieren, weil das Thema denen nicht zugesagt hat. Bis letztendlich junge Leute in die Rentenkasse einzahlen, dann sind alle bald 30 Jahre alt. Und dann ist es klar, dass sie bis 75 arbeiten müssen, weil das Geld ja irgendwo herkommen muss.“ (OL)

„Wenn die [Leute] so Anfang 20 sind, dass die sich bei VW ans Band stellen und drei Schrauben reinschrauben den ganzen Tag, das könnte man ja vielleicht noch hinbekommen, aber diese Art der Tätigkeit bleibt ja aus. Das wird es ja irgendwann nicht mehr geben. Sondern es läuft ja hin auf den tertiären, äh quartären Sektor,

also anspruchsvolle Dienstleistungen und Projektmanagement und das kann man so nicht realisieren und schon gar nicht mit dem Bildungssystem, das wir haben.“ (SZ)

Zwar werden hier und da Ausflüge in eine eher konservative Form der Gesellschaftskritik unternommen – etwa wenn der Jugend das Fehlen „lebenspraktischer“, d. h. handwerklicher Fähigkeiten attestiert wird –, aber es ist doch unverkennbar, dass insbesondere die „Sozialpolitik der letzten Jahrzehnte“ als Gegenstand der vordringlichsten gesamtgesellschaftlichen Reformbedürfnisse perzipiert wird. Dass all diese Entwicklungen von alltäglich erfahrbarer Realität sind, kann kaum bezweifelt werden. Dafür spricht nicht nur der Nuancenreichtum der Äußerungen, sondern auch die enge Übereinstimmung mit sozialgeschichtlichen und soziologischen Studien. Es macht sich, etwas pathetisch gesprochen, die Signatur der Zeit geltend. Vieles von dem, was hier in den niedersächsischen Fokusgruppen als Verlust einstiger Stabilitätsfaktoren der Lebensplanung diskutiert wird, haben etwa der Historiker Lutz Raphael 2018 in *Jenseits von Kohle und Stahl*<sup>79</sup> als auch der Wirtschaftswissenschaftler Oliver Nachtwey 2016 in *Die Abstiegs-gesellschaft*<sup>80</sup> beschrieben. Zwischen 1970 und 2000, so Raphael, hätten die „Strukturbrüche [...] nach dem Boom“ auch in der Bundesrepublik Arbeitsleben und Berufskarrieren umgestülpt, jedes Jahrzehnt ca. 13 Prozent der industriellen Arbeitsplätze abgetragen und die einst vollbeschäftigte Arbeiterschaft in Umschulungsschleifen und Phasen der Erwerbslosigkeit gestürzt; im Ergebnis entstand eine deindustrialisierte und dienstleistungsba-sierte Berufswelt, die den einstigen „Fahrstuhleffekt“ aussetzte und großen Teilen der Gesellschaft neue Erwerbsunsicherheiten, Einkommensspreizungen, Vermögenslosigkeiten sowie einen spürbar gesunkenen Lebensstandard beschert habe, kurzum: „ein neues Zeitalter der

79 Vgl. Raphael, Lutz: *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2018. Bpb Lizenzausgabe, Bonn 2019.

80 Vgl. Nachtwey: *Abstiegsgesellschaft*.



Prekarität“.<sup>81</sup> Nachtwey resümiert in ähnlicher Weise, aber unter Einbezug der 2000er und frühen 2010er Jahre und unter Einschluss des gebildeten Bürgertums, die Auswirkungen dieser sozialstrukturellen Umwälzungen auf Biografieverläufe. Nicht einmal höhere Bildung, so schreibt er, garantiere den sozialen Aufstieg; gerade die zunehmende Wichtigkeit weicher Faktoren wie des familiär vermittelten sozialen und kulturellen Kapitals – „Geschmack, Benehmen, Kultur“ – sei Indiz verschärfter Konkurrenzsituationen unterhalb der statusvererbenden „Eliten“.<sup>82</sup> Das „Heer flexibler Lehrer“<sup>83</sup>, kaum mehr vergleichbar mit den einstigen abgesicherten Beamten, spräche Bände – ganz zu schweigen von den Aufstiegshürden für Kinder aus Arbeiterfamilien. In der Tat prägen sich also seit Jahren wachsende klassengesellschaftliche Strukturen aus, die für viele die ganz manifeste Drohung des sozialen Abstiegs bedeuten.<sup>84</sup> Insofern wird der in den Fokusgruppen

häufig (wenn auch nicht immer) am Gegenstand verödeter ostdeutscher Regionen verhandelt, aber in seiner gesamtgesellschaftlichen Geltung unverkennbare massenhafte Verlust von Klassen- und Milieuzugehörigkeit, von planbaren Lebensläufen und klaren Zukunftsperspektiven<sup>85</sup> also sehr klar gesehen. Das Schielen auf die Sicherung von Privilegien, so ließe sich auf Grundlage der Gespräche argumentieren, stellt ein passfähiges psychodynamisches Abbild der Gefahr – wohlgerne: schon der Gefahr – von Abstieg und Statusverlust dar:

Teilnehmer 1: „Weil die Ausgangsfrage war ja, [woran der] mangelnde [...] Zusammenhalt irgendwie liegt. Ich hab' immer das Gefühl, es ist so ein bisschen Angst. Angst, seinen Besitzstand wahren zu wollen. Und irgendwie Angst davor ...“

Teilnehmer 2: „Was zu verlieren.“

Teilnehmer 1: „Gewisser Neid auch irgendwo und Angst davor, irgendwas abgeben zu müssen und jemand anderes könnte es ... dem könnte mehr ‚geschenkt werden‘ – in Anführungszeichen – als mir. Also das ist irgendwie so ein Thema, was immer wieder vorkommt, finde ich.“ (OL)

Nur wenige üben sich indes im Kontext der Diskussion um Verteilungskonflikte und Partizipationschancen in demonstrativer Zufriedenheit; wohl auch, um damit dem eingetrübten Gesprächsklima etwas entgegenzusetzen. Und nur ganz vereinzelt ist die Bereitschaft zu erkennen, nach zupackenden Lösungen zu suchen,

„wie zum Beispiel ein bedingungsloses Grundeinkommen. Wenn man sich darauf einigen würde: ‚Ja klar, 2030 machen wir das, fertig Punkt! Bis dahin überlegen wir uns, wie wir das finanzieren.‘ – Dann wäre

<sup>81</sup> Vgl. Raphael: Jenseits von Kohle und Stahl, S. 297, 327, 334 und 468. Unterstützt insbesondere das Kondensat ebd., S. 467f.: „[...] denn von den neuen Dienstleistungsjobs gab es bei weitem nicht genug, außerdem waren sie häufig schlecht bezahlt, boten keine Beschäftigungssicherheit und nicht immer das, was man eine halbwegs zufriedenstellende Arbeits- und Berufserfahrung nennen könnte.“

<sup>82</sup> Vgl. Nachtwey: Abstiegsgesellschaft, S. 154f. Vgl. auch Wolter, André: Eigendynamik und Irreversibilität der Hochschulexpansion: Die Entwicklung der Beteiligung an Hochschulbildung in Deutschland, in: Banscheraus, Ulf et al. (Hrsg.): Übergänge im Spannungsfeld von Expansion und Exklusion. Eine Analyse der Schnittstellen im deutschen Hochschulsystem, Bielefeld 2014, S. 19–38, hier S. 29 und 35.

<sup>83</sup> Nachtwey: Abstiegsgesellschaft, S. 155.

<sup>84</sup> „Die Abstiegsgesellschaft führt in eine *neue* Klassengesellschaft. Die Oberklasse lebt in einer ständischen Welt, in der man sozial abgeschottet ist. Die Mittelklasse koproduziert sich durch die zunehmende Praxis sozialer Schließungen und kultureller Distinktionen. Die Melange aus sozialstaatlicher Kontrolle und Disziplinierung, prekären Jobs oder Sozialleistungen konstruiert eine neue Unterklasse.“ Ebd., S. 169 (Herv. i. O.) Vgl. auch Hartmann, Martin: Deutsche Eliten: Die wahre Parallelgesellschaft?, in: bpb.de, 01.04.2014, URL: <https://www.bpb.de/>

[apuz/181764/deutsche-eliten-die-wahre-parallelgesellschaft?p=all](https://www.apuz.de/181764/deutsche-eliten-die-wahre-parallelgesellschaft?p=all) [eingesehen am 01.08.2020]

<sup>85</sup> Vgl. zum Kollektivitätsverlust der Arbeiterschaft noch einmal Raphael: Jenseits von Kohle und Stahl, S. 138–142 sowie S. 458–466.

das schon mal sehr hilfreich, um da irgendwie weiteren Zukunftsängsten irgendwie vorzubeugen.“ (BS)

Man weiß nicht weiter. Immer wieder wird in diesem Kontext auch die Ablösung politischer Repräsentation von den Kernproblemen der Zeit moniert. Denn auch dass den Parteien die Kontur fehlt, scheint das allgemeine Orientierungsdefizit zu intensivieren:

„Arm und Reich bricht auseinander, [...] Alt und Jung bricht auseinander, also so ein bisschen wenigstens. [...] AfD-Wähler bedienen das ja auch, Links und Rechts. Aber es kommt eben auch, weil man nicht mehr weiß, wofür die politischen Parteien eigentlich stehen. [...] Die Mitte hat sich eben selbst so ausgeknockt.“ (OL)

„Aber diese [Wahl-]Ergebnisse, die sind ein Zeichen dafür, dass die Sprache der Politiker nicht mehr alle erreicht. Dass es sich einfach zu sehr entfernt hat von vielen – also von was weiß ich, 80 Millionen – dass die nicht mehr alle getroffen werden, dass sie sich nicht verkörpert und nicht vertreten fühlen. Und ackern ohne Ende und vom Geld bleibt nichts da.“ (OS)

Das aber bedeutet auch: Es sind nicht oder nicht nur die politischen Themenkonjunkturen der letzten Jahre (Migration, Rechtspopulismus, Klimawandel), die den Niedersachsen sprichwörtlich am ehesten an die Nieren gehen, sondern grundsätzliche Fragen der Verteilung von Gütern und Berufschancen, mithin die Aussichten zukünftiger Generationen auf einen zufriedenstellenden und glücksermöglichenden Lebensstandard.<sup>86</sup>

<sup>86</sup> Was nicht zwangsläufig auf Forderungen nach stärkerer Umverteilung hinausläuft. Im Gegenteil sind hin und wieder Ansätze einer konservativen Gesellschaftskritik zu hören. So führt ausgerechnet eine Oldenburgerin, die grundsätzlich eine Ära intensiver und destabilisierender Verteilungskonflikte heraufdämmern sieht, die gegenwärtig geringe zwischenmenschliche Solidarität auf ein *Zuwenig* an materieller Verelendung zurück: „Das ist aber, glaube ich, dem

Andere Diskutierenden führen das breit geteilte Unwohlsein und die massenhafte mentale Verhärtung allerdings nicht oder nicht nur auf sozialstrukturelle Umwälzungen zurück. Materielle Disparitäten und Unzufriedenheiten sehen auch sie, jedoch fassen sie in erster Linie Informationsverzerrungen durch Presse, Fernsehen, Blogger, *Facebook*- bzw. *Instagram*-Kommentare und *YouTube*-Videos sowie den Rückzug in Chatgruppen und Filterblasen als gefährliche Brandbeschleuniger von aktuellen gesellschaftlichen Desintegrationstendenzen auf. Erschreckend sei zudem der rauere Tonfall der klassischen Medien. Der häufig angemerkte mediale Dramatisierungstango, das Aufbauschen von Themen, die tendenziösen Halbwahrheiten, aber auch die blanken Lügen demagogisch agierender Gruppen seien es, die die rationale Auseinandersetzung über gesellschaftliche Fragen unterminieren und den fragilen Konsens vernünftiger Demokraten zerrieben:

„Wohnungsbau, sozialer Wohnungsbau, Absicherung der Renten und all das verschwindet aus der öffentlichen Wahrnehmung durch [...] eine Medienpolitik halt, die halt falsch ist in meinen Augen. Die sich wirklich nur auf das eine Thema stürzt und alle stürzen sich drauf, wir wissen, dass Journalisten gerne voneinander abschreiben, auch Themen übernehmen, weil sie immer im Trend liegen möchten. Und das sind halt solche Mechanismen, wie *Facebook* auch anzusprechen, was diese Mechanismen noch fördert“

Natürlich sei „jede Nachricht, die irgendwo veröffentlicht wird, [...] auch irgendwo subjektiv gefärbt“, und selbstverständlich würden gesellschaftspolitische Entwicklungen von der einen oder anderen „Seite“ stets „extrem instrumentalisiert“. Den Diskutierenden ist „dieses Aufpushen“ dementsprechend ein alter Hut, dass also etwa die *BILD*-Zeitung „gewaltig“ beeinflusst „am Tag so einer Wahl“, wenn sie eine ent-

geschuldet, dass es uns einfach ziemlich gut geht. Ich glaube, je besser es einer Gesellschaft geht, desto weniger halten sie irgendwie zusammen [...]“. (OL)

sprechende „Titelseite ‘rausbringt.“ Altbekannte „Meinungsmache“ eben. Aber es scheint sich eine neue Qualität der Überforderung durchzusetzen. In Oldenburg wird darüber berichtet, wie sehr die Beschäftigten des örtlichen Krankenhauses selbst 2019 noch unter der schlechten Presse litten, die der „Massenmörder“ Niels Högel verursacht habe. Das Ausmaß der Wirklichkeitsverzerrung der tatsächlichen örtlichen Pflegeverhältnisse mitsamt der anhaltenden Belastung Unbeteiligter verursacht hier vielfaches Kopfschütteln. Nicht ganz so empört, aber doch misstrauisch wird in den meisten Fokusgruppen über die Berichterstattung zur Flüchtlingsfrage diskutiert. Während die einen hier gezielte Dramatisierungen wittern, vermuten andere (wenige), dass insbesondere bei diesem Thema unpopuläre Geschehnisse unter Verschluss gehalten werden. Das Phänomen scheint kein genuin deutsches zu sein: Auch im Falle des Brexits seien die Briten „natürlich auch beeinflusst“ worden, nicht etwa in „objektiv anständiger Weise“ informiert. Mehr noch: Offenbar hegen die Niedersachsen ganz grundsätzliche Zweifel, ob nicht doch mächtige und sinistre Interessengruppen – ob vonseiten der politischen Eliten, der wirtschaftsnahen Lobbyisten oder woanders her, wird in diesen raunenden Ausführungen keiner abschließenden Klärung zugeführt – regelmäßig Meldungen und deren Bewertung subtil steuern könnten.<sup>87</sup> Nicht zuletzt steht eine deutliche Mehrheit Volksentscheiden gerade deshalb zutiefst skeptisch gegenüber, weil „bei sowas“ „dann halt auch irgendwie die Presse [die] Meinung, das Ergebnis“ diktieren.<sup>88</sup> Es schwindet der Glaube, noch über so etwas wie einen intersubjektiv geteilten Informations- und Beurteilungsstandard zu verfügen.

Teilnehmer 1: „Aber ich finde es auch schwer, da richtig ‘ne eigene Position zu beziehen, weil die Frage ist: Was glaube ich

<sup>87</sup> Vgl. zur argumentativen Funktionalität dieser Motive Kapitel 4 dieser Studie.

<sup>88</sup> Vgl. zum Orientierungspfeiler der Lobby- und Medienkritik sowie zur Vorstellung leicht beeinflussbarer Massen auch bei der Diskussion direktdemokratischer Entscheidungsprozesse Kapitel 4 und 5 dieser Studie.

denn überhaupt noch? Also ‚Lügenpresse‘ ist ein böses Wort jetzt so, aber ich denke mal schon, dass bestimmte Sachen auch tatsächlich immer noch gefiltert werden, auch in Deutschland gefiltert werden. Ob das alles richtig ist, was da ARD oder ZDF oder der Deutschlandfunk oder sonst was sagt, weiß ich nicht. [...] Ich meine, man erfährt ja auch von Bekannten teilweise, ich habe einen Bekannten, der ist Polizist, und wenn der so Geschichten erzählt, das kommt nicht in die Presse! Was der erlebt an Fällen, wo ganz, ganz häufig Migranten beteiligt sind, das wird nicht publik gemacht. Da wird dann einfach geschwiegen.“

Teilnehmerin 2: „Ja, dass das dann gesteuert wird.“

Teilnehmer 1: „Ja. Und der ist Polizist und dem glaube ich. Der lügt mich nicht an, wir kennen uns seit Jahren.“ (OL)

Die bundesdeutsche Gesellschaft, so scheint es, verlernt das Diskutieren. Ein Problem, welches – wenn auch inhaltlich anders gelagert – nach einhelligem Urteil durch die sozialen Medien auf bedenkliche Weise verschärft werde. Quelle großen Übels und wesentliche Ursache des Dialogverlusts sei der verstärkte Rückzug in den confirmation bias der Filterblasen oder auch filter bubbles (ein sehr häufig verwendeter Begriff):

„Also ich habe generell das Gefühl, wir reden irgendwie weniger miteinander und auch durch die sozialen Medien, dass jeder so ein bisschen in seiner, ich sag mal bubble, in seiner Blase irgendwie, ist und jeder das auch machen kann, weil, gerade in den sozialen Medien kann man sich das ja sehr einfach schaffen. [...] Wir reden viel übereinander, aber nicht mehr miteinander und das dadurch, wie wir irgendwie auch schon gesagt haben, dass so dieser gesellschaftliche Zusammenhalt nicht mehr so da ist. Also das erlebe ich auch so.“ (BS)

Ob nun aber der verschärfte Konkurrenzkampf um Qualifikationen und Einkommen oder kom-

munikative Eskalationsspiralen verantwortlich sind: In jedem Fall schwinde die Eintracht, auch in sittlicher und mentaler Hinsicht. Eine allgemeine Verrohung, ja Bereitschaft zur Dehumanisierung grassiere. Gerade am Zustrom an Flüchtlingen sei der Siegeszug einer neuen restriktiven Mentalität ablesbar: „Wir differenzieren nicht mehr Menschen, sondern wir stecken die Menschen in Schubladen rein. Wir sagen: ‚Da sind die Syrer, da sind die Deutschen!‘“ (OL) „Ja, ich habe auch diese Erfahrung [des „Neids auf Flüchtlinge“, Anm. d. Verf.] gemacht, dass Menschen da missgünstig werden, und ich kann überhaupt nicht verstehen, wo es herkommt.“ (BS) Da blickt manch einer entweder sehnsüchtig in Richtung der sozialmoralisch „homogeneren“ skandinavischen Länder oder aber rückversichernd in Richtung der unwidersprochen als Negativkontrast fungierenden US-Gesellschaft. Als weiteres Zeichen dieser moralischen Desintegration wird hin und wieder zudem der bereits erwähnte wachsende Individualismus<sup>89</sup> und Wohlstandschauvinismus<sup>90</sup> ausgemacht. Zwar eruiert man, wie gezeigt, hier immer wieder in relativistischer Absicht auch konstante (nord-)deutsche Spezifika sozialer Distanziertheit (etwa einen grundsätzlichen kühlen Kommunikationsstil gegenüber Fremden), macht aber doch eine klare Tendenz aus:

„Die Leute schotten sich mehr ab. [...] Ja, die Leute ziehen sich immer mehr auf sich selbst zurück. [...] Das sieht man doch

89 „[...] Das gesellschaftliche Leben hat sich dahingehend schon mal geändert, dass es viel mehr Individualismus mittlerweile gibt.“ (OS) Ähnlich die Anzeichen von Kollektivitätssehnsüchten beim Blick auf das Kontrastbild arabischer Familien: „Die werden nicht verraten [...], weil die Strukturen eben so sind, dass die Familie das Fundament der Gesellschaft bildet.“ (OL)

90 Die politische Trägheit und Apathie vieler Menschen wird von einem Osnabrücker Diskutierenden auf deren materielle Sättigung zurückgeführt: „Also, man muss immer wieder von vorne anspornen, wenn man wirklich was erreichen will, um dann vielleicht wirklich überhaupt mal wirklich ein paar Leute mit ins Boot zu kriegen. [...] Weil's denen einfach noch zu gut geht.“ (OS)

schon an jeder Bushaltestelle. [...] Es guckt sich ja keiner mehr um [...]“ (BS)

Teilnehmerin 1: „Wenn man sich das überlegt, was in den Sechzigern war...“

Teilnehmerin 2: „Ja, das war ein großer Unterschied zu dem, was heute ist. Heute guckt jeder, dass er selber vorankommt.“

Teilnehmerin 1: „Und schirmt das schön ab, was er hat.“ (OL)

### Notorisch, doch normalisiert: Fragen der Migration und Integration

Auch Fragen der Migration und Integration – ob durch die Moderation eingebracht oder selbstständig erwähnt – beschäftigen die Fokusgruppenteilnehmer. Doch der Umgang mit ihnen trägt mehr Züge nachhallender Auseinandersetzungen als solche aktivierender und emotionalisierender Aktualität. Viele diesbezügliche Beiträge wirken wie in früheren Gesprächen und Auseinandersetzungen erprobt, ja als Ausfluss einer gewissen Routine. Nach der bundesweit stark polarisierenden Diskussion der Jahre 2015ff. scheint sich hier bereits so etwas wie ein common ground hergestellt zu haben, gleichsam ein Toleranzraum des zulässigen Meinungsspektrums mit Platz für kosmopolitische wie auch für nationalkonservative Argumente: So wird es möglich, im Rahmen der Gesprächsrunden einerseits auf die Notwendigkeit humanitärer Aufnahmepraxis, die klaffende Beschäftigungslücke bei Fachkräften und auf gelungene Praxisbeispiele zu verweisen, andererseits den Problemdruck mit Verweis auf Dramatisierungen und Ablenkungsmanöver zu relativieren, ferner Zweifel an der kulturellen Kompatibilität von migrierenden und autochthonen Bevölkerungsgruppen zu äußern – inklusive der vereinzelt Bemerkung, dass Dönerläden und türkische Restaurants „deutsche Läden“ verdrängen, „die sich auch nur mühsam über Wasser halten“ – oder, schließlich, den Vorwurf einer makelbehafteten oder gar verfehlten Integrationspolitik zu erheben. Vor nicht ganz langer Zeit immer-

hin eine außerordentlich rigorose Frontstellung, können diese Auffassungen nun koexistieren: Verständigung und wechselseitige Empathie sind möglich, z. T. verwenden Einzelpersonen sogar Argumente beider Stränge. So kommt es nur sehr selten zu emotionaler Beteiligung oder polarisierter Auseinandersetzung, vielmehr klingen die Beiträge beinahe agnostisch tolerant:

„Ich nehme Kultur als Bereicherung wahr und andere nehmen die Kultur auch als Bedrohung wahr.“ (OL)

„Jeder pickt sich das 'raus, was er kennt, ist doch logisch.“ (BS)

Oft wird das Thema mit einer kritischen Selbstdistanzierung eröffnet. Für viele Diskutierende liegt das Problem nicht bei den immigrierenden Personen – häufig als Träger einer kulturellen „Bereicherung“ verhandelt – selbst, sondern aufseiten der Empathielosigkeit, des Chauvinismus und des Sozialneids autochthoner (besonders ostdeutscher) Bevölkerungsteile:

„[...] 'ne Wahnsinnsintoleranz gegenüber anderen Einstellungen, anderen Meinungen auch. Ich erwische mich selber auch manchmal dabei, dass ich so einige Sachen..., dass mir da auch die Toleranz dann vielleicht fehlt.“ (OL)

„Also und das finde ich, ist 'ne Sache, dass man mehr Möglichkeiten auch schafft, die Leute auch bewusst zu engagieren oder bewusst zu den Flüchtlingslagern gehen und die Leute zu anderen Veranstaltungen zum Beispiel einladen.“ (BS)

„Brandenburg ist ja das schlimmste Bundesland momentan, ne? Ich meine, da gibt es Dörfer [...], da hast du ja wirklich Hassbotschaften, wenn du da langfährst, ne?“ (OL)

Sie weisen darauf hin, dass persönliche Kontakte mit Geflüchteten der Aufklärung über die tatsächlichen Schicksale und damit auch dem wechselseitigen Verständnis zuträglich sind; sie

blicken weniger kritisch auf die Integrationsbereitschaft beispielsweise von Syrern – die sie als hoch einschätzen – als auf die tatsächlichen Integrationsangebote (Sprachkurse, Wohnverhältnisse, Kontaktmöglichkeiten) auf deutscher Seite. Eine Oldenburger Diskutantin bringt ihren Kosmopolitismus als Läuterungs- und Offenbarungserzählung vor:

„Also vorher hab' ich auch die Meinung tatsächlich vertreten, dass ich Angst hatte vor größeren Männergruppen. Und als die dann alle hier in Schulen oder so untergebracht waren, da dachte ich, jetzt gehst du da mal hin, jetzt guckst du dir den Laden an. Jetzt will ich wirklich gucken, ob die alle ganz schrecklich sind oder mir was antun. Und dann habe ich mal all meinen Mut zusammengefasst und hab den Kulturschock meines Lebens bekommen, als ich da Zeit verbracht habe. Und dann wurde ich da so herzlich empfangen, das habe ich mein Leben noch nicht bei keinem Deutschen erlebt. Wir wurden versorgt und bekocht und die Kinder waren herzlich und reizend und wir haben auch jetzt nach drei Jahren noch herzliche Freundschaften.“

Aber auch jenseits derartiger best practice-Berichte stehen Humanismus und Toleranz durchweg hoch im Kurs und werden immer wieder als erstrebenswerte Tugenden vorgestellt; niemand möchte zu den „Pauschalisierenden“, Uninformierten, Vorurteilsbehafteten oder gar Fremdenfeindlichen zählen.

Auf der anderen Seite sehen die Niedersachsen unseres Fokusgruppensamples in diesem Bereich im Grunde einstimmig eine langfristige politische Herausforderung. Auch vonseiten der erklärten Kosmopoliten sind kritische Töne über die Integrationspolitik seit 2015 zu vernehmen. Die Diagnose: Planlosigkeit und Kommunikationsstau seitens der Regierung<sup>91</sup>, Ghettoisie-

91 „Und das ist für mich also so 'ne Sache, wo ich denke, da hat man zu spät reagiert, oftmals zu spät reagiert, denke ich, in vielen Bereichen. Und da müsste dringend was geändert werden, ne?“ (BS)  
Teilnehmer 1: „Ja, vielleicht kann man's so sagen: Da ist das Kind in den Brunnen gefallen, aber



rung und Segregation der Unterkünfte<sup>92</sup> unter Nichtachtung zwischenethnischer Konflikte<sup>93</sup> und krimineller Clanstrukturen, damit zusammenhängende reduzierte öffentliche Sicherheit oder Sauberkeit im eigenen Wohngebiet<sup>94</sup>, willkürliche Abschiebepaxis<sup>95</sup> und langsam mahlende bürokratische Mühlen, Aufmerksamkeitsverlust seitens der Bevölkerung, zum Teil Bevorzugung bestimmter Migrantengruppen bei der Belastung

---

jetzt nützt es nichts, da zu schimpfen..." Teilnehmer 2: „Das Ding ist jetzt durch.“ Teilnehmer 1: „... und da zu demonstrieren und hin und her.“ (SZ)

92 „Ich finde eher das Problem, dass es halt kein Problem mehr ist. [...] Und jetzt gibt es die Flüchtlinge noch – nicht mehr so viele – aber weiß nicht, die sieht man jetzt gar nicht mehr. Die wurden total eingekerkert, sage ich mal. Die sind zum Beispiel auf einem Klinikgelände, und da kommt man nur rein, wenn man eine bestimmte Impfung oder so braucht. Sonst darf man als normaler Bürger da gar nicht so rein. Und das ist so, das wirkt einfach so wie ein total großes Gefängnis – da kommt niemand rein und niemand raus. Es gibt keinen Austausch.“ (OS)

93 „Da kommen Leute, die auf beiden Seiten gestanden haben, hier in das Land und hauen sich hier die Köpfe weiter ein. Und die Araber hassen die Türken und die Türken hassen die Araber. Und zusammen hassen die die Kurden. Und dann hassen die auf jeden Fall noch die Afrikaner, weil die sind ja total schmutzig. Und dann hast du diesen Rassenhass untereinander bei den Flüchtlingen, die du alle zusammen auf einen Haufen tust. Und dann hast du ein riesiges Problem.“ (OS)

94 „Ich bin 's gewohnt, als Kind hier auch immer Fahrrad zu fahren. Ich wohnte immer in Stadtnähe und ich bin immer alles abends auch immer mit dem Fahrrad gefahren. Man hört immer irgendwelche Geschichten. So. Ich glaube schon, dass auch geschickt einiges gedrosselt wird und dann immer gar nicht so viel hochkommt. Aber trotzdem, also [...] nachts das Bunte ist nicht witzig.“ (OL); „Wenn die mal Party gemacht haben, sozusagen, und du machst mal die Mülltonne auf, da wird es Dir ganz anders.“ (SZ)

95 „Die sind integriert, leben hier, sprechen die Sprache, machen eine Ausbildung, sind Teil des Systems geworden, werden dann aber abgeschoben. Das ist auch sinnlos!“ (OL)

der Sozialkassen<sup>96</sup>, anwachsende Frustration auf beiden Seiten. Ein dezidiertes Linkspartei-Wähler aus Salzgitter bündelt seine Kritik an der „unkontrollierten Immigration“ wie folgt:

„In Deutschland ist es meiner Ansicht nach deswegen ein großes Problem, weil wir uns die Migranten nicht aussuchen konnten, wie's ja in anderen Ländern ist. In Kanada zum Beispiel, die suchen sich ja ihre Migranten aus, Flüchtlinge nicht, das ist ein Unterschied, und so seh' ich das und viele in Deutschland sehen's auch so, dass Frau Merkel aufgrund eines nicht berechtigten Vorgehens 2015 eine unbestimmte Zahl von Leuten nach Deutschland hat einreisen lassen. Und wir wissen nicht, was das für Leute sind, wo die herkommen, was die für'n Bildungsstand haben, und diese ganzen Themen, und das belastet die Leute und ich finde es auch nicht in Ordnung [...]“ (SZ)

Von einer geringen Zahl von Diskutierenden wird, auch im Kontext der oben erwähnten „Angst vor größeren Männergruppen“, über Empfindungen gesunkener öffentlicher Sicherheit berichtet. Ein eher wortkarger Salzgitteraner bekundet dementsprechend und unmittelbar auf die Frage nach politischen Problemen antwortend: „Problem, ja, meine Frau, die traut sich zum Beispiel abends, wenn es dunkler ist, gar nicht mehr hier 'raus.“ (SZ) Hier sind dann auch bisweilen – vor allem, aber nicht nur in Salzgitter – Beschuldigungen vermeintlich integrationsunwilliger Migranten und Entfremdungserfahrungen zu vernehmen.<sup>97</sup> Im Rahmen zweier seltener Ausnahmen zum beschriebenen

---

96 „Die einen brauchen nur die Hand heben, dann ist alles auf einmal da: machen wir schon. Und die anderen, die müssen sich ein Bein ausreißen, um dann überhaupt irgendwas zu kriegen.“ (OS)

97 „Es werden aber auch Plätze ungerecht verteilt. Wir haben's gerade bei uns im Haus, wohnt eine Türkin, die ist seit über 20 Jahren hier in Deutschland, und die weigert sich partout, Deutsch zu lernen.“ (SZ); „Also Bremen, Bremerhaven, Delmenhorst, da geht alles in die gleiche Schublade. [...] Das Publikum ist da halt ein bisschen anstrengend, ne?“ (OL)



verständigungsfähigen Patt gerieten überdies Einzelpersonen mit dem Rest der Gruppe aneinander. So im Falle eines älteren Braunschweigers, der auf langjährige persönliche Kontakte mit einem türkischen Kollegen und dessen „Riesenclan“ sowie auf Erfahrungen früherer Türkei-Aufenthalte verweist, um zu begründen, dass „die“ auch nach langer Zeit lieber „in sich bleiben“ bzw. „das nicht mit uns wollen“ (BS), und wird dabei von mehreren Mitdiskutierenden zugleich perforiert, offenkundig provoziert von seiner bloßen Sturheit. In solchen Passagen ertönen wenig überraschend auch rohe und bis ins stereotyp Fremdenfeindliche reichende Äußerungen.

In Oldenburg, Osnabrück und Braunschweig jedoch setzt sich als hegemoniale Gruppendeutung durch, dass der tatsächliche Problemdruck mitunter künstlich vergrößert werde, etwa durch den Hinweis, dass Einzelfälle von Kriminalität heutzutage „durch die Digitalisierung“ eher auffielen. Für viele handelt es sich um vorgeschobenen Alarmismus zur Ablenkung von grundsätzlicheren Problemen:

„Also ich glaube auch, dass es eher aufgebauscht und vorgeschoben wird, um andere Sachen, die augenscheinlich schwieriger zu lösen wären, [ein] bisschen in den Hintergrund zu schieben.“ (BS; auf Rückfrage nannte der Diskutierende eine überholungsbedürftige „Sozialpolitik der letzten Jahrzehnte“.)

Andere wiederum üben sich beim Blick auf die multiethnische Nachbarschaft schlicht in Achselzucken und desinteressierter Zufriedenheit.<sup>98</sup> Insgesamt scheint der Problemdruck bezüglich der Migrationsthematik – jedenfalls verglichen

mit den Daten des NDM 2019 – abgenommen zu haben.<sup>99</sup>

### Klimawandel und Nachhaltigkeit: Kernproblem oder Konjunkturthema?

Selbstverständlich werden auch die globalen Umweltverheerungen als politisches Problem verhandelt. Doch der Stellenwert des Themas fällt in den Gruppendiskussionen vergleichsweise gering aus, wenn man bedenkt, in welcher Extensität die Themen „Klimawandel“ und „Nachhaltigkeit“ in den Jahren 2018 und 2019 die öffentliche Aufmerksamkeit gebunden haben. Zwar sind auch die Niedersachsen im Erhebungszeitraum des Winters 2019/2020 durch zwei Hitzesommer, eine lange Kette von besorgniserregenden wissenschaftlichen Meldungen und nicht zuletzt auch durch die „Fridays for Future“-Proteste für dieses Problem sensibilisiert. Dass hier gehandelt werden muss, konzedieren die meisten – jedoch weitgehend leidenschaftslos. Das volle Ausmaß der Verheerungen wird auf eine ferne Zukunft projiziert – „die Auswirkungen werde ich persönlich jetzt auch nicht mehr so erleben, denke ich“ –, während die damit verbundene soziale Konfliktivität sich schon hier und jetzt entlädt: „[Die klimapolitische Spaltung, Anm.d.Verf.] wird, glaube ich, auch noch stärker werden. Und das macht mir persönlich Angst. Also, vielleicht mehr als der Klimawandel selbst.“ Dass die moralisch breit unterstützten<sup>100</sup> Proteste von Thunberg et al. vergleichsweise geringe politische Konsequenzen zeitigten, fällt auf, doch es enragiert nicht.<sup>101</sup>

98 „Ich wohne jetzt auch direkt um die Ecke [...] Und [es ist auch] auch kulturell durchaus divers. Also, das ist nicht nur: alles deutsche Einfamilienhäuser, sondern da ist alles bunt. Und trotzdem fühle ich mich da nicht unwohl, irgendwie [zuckt mit den Schultern].“ (OL); „Also, ich hab’ jetzt, also als Beispiel Integration [...] kann ich jetzt weder von Erfolgsgeschichten oder irgendwelchen Negativgeschichten erzählen. [...] Ich erfasse das gar nicht bei mir, muss ich einfach mal so sagen. Ich glaube, dass das vielleicht noch mehr Menschen so geht, nicht nur mir, tatsächlich.“ (BS)

99 Vgl. Marg et al.: NDM 2019, S. 20.

100 „Und wenn die halt alle nach Hannover fahren zur Großdemonstration und legen da die Stadt lahm, dann wird es auch mal bei der Tagesschau gebracht. Aber ob es was nützt, das ist eine ganz andere Frage. Erst mal die Form ist auf jeden Fall richtig. Gewaltlos, gewaltfrei, das finde ich sehr wichtig.“ (BS)

101 „Und deswegen gehen sie halt auf die Straßen und sagen: ‚Hey, so kann das aber nicht weitergehen!‘ Und

Wohl auch, weil die Frage nach der Sozialverträglichkeit radikaler Reformen so unzureichend geklärt ist, und auch, weil hier die Involvierung mächtiger wirtschaftsnaher Lobbyisten gewittert wird. Zudem trägt man die Verantwortung letztlich nicht selbst, sondern möchte sie – hier stimmt man mit den FFF-Aktivist\*innen überein – von den amtierenden Eliten wahrgenommen wissen: „Also, so einfach ist das nicht. Da muss die Politik schon gut überlegen.“ Nur einzelne Personen schreiben dem Klimawandel ein ähnlich apokalyptisches Potenzial zu wie der ökonomischen, sozialen und mentalen Desintegration. Tauchen dahingehende Bemerkungen auf, setzen sie sich auch semantisch von den oben genannten Katastrophenvisionen ab. Sie sind durchzogen von einem ästhetisierend anmutenden Wunsch nach dem Kollaps, oder präziser: Sie präsentieren eine eigenartige Mischung aus Besorgnis und destruktiver Sehnsucht, die die ersehnte klimapolitische tabula rasa herbeiführt:

„Ich wünsche mir, dass das umwelttechnisch richtig knallt! Weil die Leute müssen einfach wirklich mit dem Kopp irgendwo vor knallen. Das geht leider immer auch zu Lasten der Schwächeren. Das würde ich mir wünschen. Ob das wirklich passiert? Vielleicht brauchen wir noch mehr Greta Thunbergs.“ (OL)

„Ich befürchte, aber ich erhoffe auch, dass irgendetwas Schlimmes passiert – also ich befürchte es natürlich mehr. Aber dass man darauf dann [...] relativ radikal reagieren muss, also vor allem in Sachen Umwelt. Weil ich glaube, sonst passiert auf die Schnelle nichts.“ (OS)

Nochmals: Nur wenige wünschen sich den großen klimapolitischen „Knall“. Wird die Thematik eruiert, dominiert in der Regel eine zwar breit geteilte, aber doch auf eine eher ferne Zukunft gerichtete Sorge vor den langfristigen Umweltschäden, denen man am besten durch die (moderate) Umstellung auf ein möglichst nachhal-

gefühlt ist trotzdem seitdem nicht viel passiert.“ (OL)

tiges Konsumverhalten begegnet: „Jeder muss bei sich selber anfangen.“ Oder: „Ja, das Klima. Also, das geht uns alle an. [...] Da müssen wir alle dran arbeiten.“ So soll die sukzessive Abkehr von fossilen Brennstoffen und CO<sub>2</sub>-Emissionen, von Plastikmüll, Textilverramsung und individueller Dekadenz der Wegwerfgesellschaft<sup>102</sup> ermöglicht werden. Beispielsweise darf das nächste Auto „ein bisschen kleiner“ sein und „ein bisschen weniger Sprit“ erfordern, „weil ich eigentlich ein bisschen öko bin.“ Dass man sich hier bereits auf dem Pfad der Tugend befindet, ist manchen, die ein entsprechendes Verhalten dann auch von ihren Mitmenschen verlangen, wichtig zu betonen. Insbesondere die im Alltag beobachtete aktive oder passive Verleugnung des langfristigen Problemdrucks durch die Mitmenschen konsterniert viele Niedersachsen.<sup>103</sup> Mit weitreichenden technologischen Revolutionen wie der Elektromobilität hingegen fremdeln die Niedersachsen; diese Thematik wird – wie in der Öffentlichkeit, so auch in den Fokusgruppen – kontrovers diskutiert. Jedoch reduzieren nicht alle den Problemzusammenhang des Klimawandels auf die Dimension des individuellen kritischen Konsums. Sie denken entweder laut und zerknirscht darüber nach, inwiefern hier eigentlich globale Produktionsketten und die Wirtschaftsordnung im Allgemeinen eigentlich Primärursachen der diskutierten Umweltschäden sind:

102 „Wir haben jetzt im Bereich der Fast-Fashion-Mode 52 Mikro-Trends. Das bedeutet, jede Woche wird ein neuer Trend in die Läden geschifft, quasi. Jede Hose wandert im Schnitt zwei Mal um die ganze Welt. Das sind riesengroße Emissionen, die dabei entstehen. Es wird nur aufgebaut, damit der Mensch möglichst viel konsumiert, ne?“ (BS)

103 „Ja, [beim] Klimawandel ist es [...] generell in der Gesellschaft, wenn man mit Leuten spricht und so weiter, glaube ich, schon sehr gespalten. Dass viele Leute das noch relativ gekonnt ignorieren oder das auch relativieren. Und da wir hier herum auch so viel Industrie haben, auch in Osnabrück, dass da viele aus der Richtung kommen und sagen ‚Ja, Wirtschaftlichkeit geht dann doch vor‘, und so weiter, vor dem Klimawandel [...] Ja, es wird halt viel klein geredet, finde ich, habe ich das Gefühl. Da fehlt es noch ein bisschen.“ (OS)

„Klar geht’s uns gut, aber dafür geht es halt anderen umso schlechter. Dass wir dann halt [deren Produkte mit Zöllen belegen], die aus Afrika..., oder dass wir denen unsere ganzen Abfälle dahin bringen.“ (OL)

Oder sie konstatieren in technokratischer Manier eine potenziell destruktive gesellschaftspolitische Irrationalität:

„Die Natur kann ohne den Menschen existieren, aber der Mensch nicht ohne die Natur. Das heißt, wir haben eine Fehlinterpretation der Prioritäten, finde ich. Und darum sage ich, dass die Wirtschaft oder der Kapitalismus nicht über alles zu stellen ist, weil der Mensch Konsequenzen daraus erfährt in seinem Leben, jeden Tag in jeder Minute, ne?“ (BS)

Insgesamt: Über den Klimawandel nachzudenken, ist unangenehm. Das schlechte Gewissen, womöglich nicht genügend Engagement in kollektive Verbesserungen zu investieren, nagt an vielen. Manche, insbesondere jüngere Personen, äußern sich regelrecht defätistisch. Doch aus all dem folgt eigenartig wenig, was über den Wunsch nach einem allgemeinen Problembewusstsein hinausginge. Es entsteht der Eindruck, dass die Niedersachsen vor möglichen Einbußen beim eigenen Lebensstandard zurückschrecken, die sich ihrer individuellen Verantwortung entziehen.<sup>104</sup> Auf der anderen Seite waren keine Diskussionseinwürfe zu vernehmen, die den Einfluss des Menschen auf die beschleunigten Klimaveränderungen in Zweifel zögen. Ob derartige Motive in unserer Fokusgruppensample fehlten oder angesichts der

Gruppenmoral schlicht beschwiegen wurden, ist nicht zu klären.<sup>105</sup>

Abseits dieser drei als Kernthemen identifizierten Komplexe tauchten im Verlauf der Gruppendiskussionen weitere Einzelprobleme auf, die die Gesprächsteilnehmer einbrachten. Manche von ihnen ließen sich mit etwas hermeneutischer Gewalt womöglich den bereits referierten übergeordneten Zusammenhängen zuordnen, häufig aber fehlte hier die Tiefe einer ausgiebigeren Diskussion. Wir haben uns dazu entschieden, diese eher marginalen<sup>106</sup> Themen, die sich zwar einerseits nicht ohne weiteres den bisher genannten Komplexen subsumieren lassen, andererseits aber auch nicht im Sinne einer tieferreichenden Aktivierung oder einer gesteigerten Aufmerksamkeit der Gesamtgruppe verfangen – viele schwiegen hier oder verhielten sich passiv –, schlicht aufzulisten. Sie umfassen

- die Arbeitsbedingungen, Personalmangel und Profitorientierung im Pflege- und Gesundheitssektor
- die allgemeine Schwerfälligkeit von Bürokratie und Verwaltung
- die kommunale Verschuldung
- den (juvenilen) Drogenkonsum
- die Verwicklung der Bundesrepublik in Kriege, Waffenlieferungen, und in Abkommen mit Autokraten
- die globale Verflechtung von Problemzusammenhängen.

<sup>104</sup> Eine Diskutantin spricht es aus: „Die meisten sagen halt ganz klar, wir vertrauen der Wissenschaft. Aber trotzdem, sobald ‘s um ... um das eigene Portemonnaie geht oder darauf ... darum, wirklich auf irgendwas zu verzichten, ne, da fangen dann die Schwierigkeiten an und das spaltet tatsächlich, glaube ich, die Gesellschaft.“ (OL)

<sup>105</sup> Zwei Hinweise auf latente diesbezügliche Orientierungen sind immerhin zu nennen: In einer Braunschweiger Diskussion bezweifelte ein ehemaliger Kfz-Mechaniker in agonaler Diskussion mit einem Maschinenbau-Doktoranden vehement, dass elektronische Batterien für Autos eine günstigere Klimabilanz hätten als Dieselmotoren. Und in Oldenburg äußerte jemand, begleitet von Gelächter seitens der Gruppe, die folgende Entdeckung: „Andere sagen, der Diesel reinigt die Luft.“

<sup>106</sup> „Marginal“ bedeutet hier: vergleichsweise unwichtig im Hinblick auf die Gesamtgruppe. Selbstverständlich können bestimmte Themen für einige hier involvierte Einzelpersonen von größter Wichtigkeit sein.

## Welchen gesellschaftspolitischen Problemdruck empfinden die Niedersachsen?

Treten wir noch einmal einen Schritt zurück: Sind den Niedersachsen die Problemlagen tatsächlich persönlich *wichtig*, über die wir mit ihnen in den Fokusgruppen sprachen? Schließlich wurde auch deswegen so ausgiebig über politische Missstände diskutiert, weil wir die Teilnehmenden unserer Gesprächsrunden explizit danach befragten. Zunächst können wir auf diese Frage antworten: Es ist unwahrscheinlich, dass die hier besprochenen Themen für die Menschen ein ungewohnter Denkgegenstand wären. Zu intensiv waren die resümierten Eindrücke und Urteile etwa zum Verlust gesellschaftlichen Zusammenhalts, zu reichhaltig die Diskussionsbeiträge. Überraschen sollte das nicht, denn in der Tat ist schon vor der heute manifesten Corona-Krise eine Häufung von ökonomischen und politischen Krisen- und Konfliktszenarien auch in internationaler Hinsicht schlichtweg unverkennbar gewesen. Die Menschen tragen sich mit dem Gefühl, dass die Welt von gestern verschwindet, wenn auch aus nachvollziehbaren strukturellen Gründen. Das überfordert und besorgt sie – auch wenn es nicht bedeutet, dass unter den Exponenten dieser Beobachtungen jederzeit eklatante Nervosität grassieren würde. Im Gegenteil: Die weichen, optimistischen und herzlich auftretenden Stimmen beschließen die Diskussion zum Thema gerade nicht mit fatalistischem Achselzucken, sondern mit einer nüchternen Hoffnung: „Ich würde mir mehr Offenheit für Deutschland wünschen und weniger Misstrauen.“ Auch wenn ihnen diese Haltung – so scheint es – schwerer fällt als früher.

Das Panorama der politischen Problemlagen erlaubt darüber hinaus einige abschließende, vorsichtigere Interpretationen zum Umgang der niedersächsischen Durchschnittsbevölkerung mit politischen Themen. *Erstens*: Die Aussicht, sich ein zufriedenstellendes Einkommen erarbeiten zu können (und die dafür notwendige Bildung bereitgestellt zu bekommen), lässt sich als gesellschaftskritische Minimalforderung sämtlicher Fokusgruppen bezeichnen. Der Faktor soziale Ungleichheit etwa, wie er derzeit noch immer (und wohl in steigendem Maße) Lebenschancen

und Erwerbsbiografien bestimmt, wirkt auf viele empörend. Als wichtiges Resultat lässt sich daher festhalten, dass sich die Niedersachsen in erster Linie stabile gesellschaftliche Strukturen und Bedingungen wünschen, dass sie die Planbarkeit individueller Biografien ebenso einfordern wie die damit verbundene Möglichkeit, auf der Grundlage persönlicher Anstrengungen ein materiell abgesichertes und zufriedenstellendes, damit auch sozial zivilisierendes Leben zu führen; kurzum: Sie bauen auf die Gültigkeit meritokratischer Prinzipien.

*Zweitens*: Der im Kontext verschiedenster Themenkomplexe, am eindrucklichsten wohl aber am Gegenstand der AfD, des Rechtspopulismus und des Rechtsradikalismus<sup>107</sup> augenfällige kosmopolitische Überhang bei der Beurteilung gesellschaftspolitischer Probleme deckt sich mit einem wesentlichen Ergebnis der jüngeren Forschung zur Frage des neuen Cleavages für den gesamtdeutschen Raum: Folgt man den Autoren des Bandes „The Struggle over Borders“, sind kommunitaristische und nationalprotektionistische Orientierungen in Deutschland verglichen mit anderen europäischen Ländern – und zwar unabhängig vom formellen Bildungsgrad – statistisch gesehen rar gesät.<sup>108</sup> Und tatsächlich findet sich auch im hier ausgewerteten Fokusgruppensample kein darüber hinausgehender auffälliger Gebildetenbias. Interessant sind daher auch die in einer Osnabrücker Fokusgruppe geäußerten Zweifel an der vielfach lancierten Polarisierungsthese:

„Aber ich weiß nicht, ob das aus der Gesellschaft selbst kommt, oder ob das auch aus den Medien kommt. Weil wir arbeiten bei Fridays for Future halt auch mit Marktanalysen, Meinungsanalysen und so weiter und die gesellschaftliche Meinung ist teilweise einfach gar nicht so gespalten, aber wenn man sich dann die Titelüberschriften anguckt oder die zitierten Personen, in Artikeln in Zeitungen und Zeitschriften, dann

<sup>107</sup> Vgl. dazu ausführlich die Überlegungen in Kapitel 5.

<sup>108</sup> Strijbis, Oliver et al.: Why are Elites More Cosmopolitan than Masses?, S. 56.

[...] ist es oft in fifty-fifty gespalten oder sogar, ähm 60/40, also, dass die Kritiker 60 Prozent Anteil bekommen, an zitierten Personen oder an Headlines oder so [...] Ähm, aber wenn man dann wirklich Meinungsumfragen oder so hat, ist meistens so 80% ist ungefähr derselben Meinung. Bei sehr vielen verschiedenen Themen, jetzt also gerade bei Fridays for Future bei Klima- und Gerechtigkeitsthemen ... bezogen, aber ich glaube, da ist sehr viel mediengemacht so und viel der Spaltung ist empfunden.“ (OS)

Könnte es also sein, dass die politische Kultur Niedersachsens und Deutschlands gar nicht so zerklüftet ist, wie in den Fokusgruppen so ubiquitär behauptet wurde? Dass die Aspekte weltanschaulicher Homogenität vielleicht sogar überwiegen? Was würde uns dann die so vielfach geäußerte Sorge über Zusammenhaltsverlust und Polarisierung über die niedersächsische Sicht auf Gesellschaft und Demokratie verraten? Wir wollen hier nicht vorgreifen, sondern in Kapitel 6 einen abschließenden Interpretationsversuch wagen.

Zuletzt ist *drittens* auffällig, dass sich die Niedersachsen unseres Samples ungern auf konkrete politische Urteile festlegen, ja hin und wieder regelrechte Ausweichbewegungen vollziehen. Diese in der Gesamtschau auffällige Aversion bringt ein Osnabrücker Diskutierender infolge von Alltagsbeobachtungen selbst auf den Punkt:

„Ich glaube, im Alltag fehlen [...] vielleicht auch vielen in der Gesellschaft so die Eier, sage ich mal, auch seine eigene Meinung zu sagen. Ich glaube, viele haben eine eigene Meinung, aber trauen sich dann nicht wirklich, die im Alltag mal zum Vorschein zu bringen. Ich glaube auch nicht, dass alle etwas dagegen sagen würden, wenn jemand jetzt irgendwo eine rechte Äußerung bringt – auch wenn sie jetzt ganz deutlich etwas dagegen haben. Ich glaube, viele trauen sich auch einfach nicht und viele würden dann mit dem Strom schwimmen und sich dann der Gesamtmeinung angeschlossen, anstatt wirklich mal die eigene

Meinung zu sagen, die dann vielleicht dem Großen und Ganzen auch mal widerspricht, ne?“ (OS)

Als subtile Form der Urteilsenthaltung wird hier immer wieder der Weg gewählt, thematisch einschlägige mediale Meinungslandschaften zu skizzieren, zu denen man kritische Distanz hält. Dass die Auswahl, Aufbereitung und immer wieder auch die essayistische respektive feuilletonistische Zuspitzung von Informationen zum Normalbetrieb der Presseberichterstattung – sowohl in digitaler als auch gedruckter Form – gehört, ist schließlich in einem demokratischen Rechtsstaat täglich erfahrbar. Auch, dass sich im Zuge dieser Praxis stets weltanschauliche Aggregate geltend machen, sodass sich die Zeitungs- und Fernsehlandschaft zumindest näherungsweise in linke, linksliberale, wirtschaftsliberale und konservative bzw. rechte Formate sortieren lässt, ist ein fraglos zutreffender Gemeinplatz. Insofern können dahingehende, auch gelangweilte oder abwinkende Bemerkungen vonseiten der niedersächsischen Bevölkerung nicht überraschen. Doch was hier gern als kritisches Bewusstsein auftritt, kann auch Ergebnis starrer Denkschablonen sein. Ein eindrückliches Beispiel mag das verdeutlichen: Ironischerweise wird in einem Osnabrücker Gespräch ausgerechnet die – im Februar 2020 noch fern erscheinende – Ausbreitung des Sars-CoV-2-Virus als Paradebeispiel, wenn nicht Schulfall einer künstlich dramatisierten Thematik angeführt:

Teilnehmer 1: „Dieses Aufpushen, sage ich mal, wird übertrieben oder kommt viel aus den Medien. Haben wir jetzt aktuell ja mit dem Coronavirus, wo also auch viel reingesetzt wird in den Medien, die einfach nur auf Panikmache beruhen. [...] Und viele fallen natürlich auf diese Geschichte auch drauf rein.“

Teilnehmer 2: „Ja, aber Panik verkauft.“

Teilnehmerin: „Absolut. [...] Wir haben jedes Jahr so und so viel [...] Grippetote. Von denen spricht keiner mehr.“ (OS)

Gewiss verbietet sich hier der überlegene Hochmut des besser informierten Rückblicks. Wohl aber stützt dieses seltene Exempel eines nachweislichen Fehlurteils die Vermutung, dass die in sämtlichen Fokusgruppen dominante Kritik des Nachrichtengewitters nicht oder nicht nur Ergebnis reflektierten Medienkonsums sein muss, sondern auch eine Denk- und Orientierungsschablone sein kann, welche einerseits Unsicherheiten moderiert, andererseits der Abwehr einer inhaltlichen Auseinandersetzung am Gegenstand dient.<sup>109</sup> So betrachtet spricht aus den Transkripten hin und wieder auch eine gewisse materielle wie lebensweltliche Sättigung, die der Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Problemen immer wieder etwas Experimentelles, Unverbindliches, ja eigentlich Läppisches verleiht. Dazu passt, dass die Zukunftssicht von einer eigenwilligen Mischung aus Skepsis bis Fatalismus einerseits und weitgehender Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation andererseits geprägt ist. Dass man die gesellschaftliche Zukunft eingetrübt imaginiert, während die persönliche Zukunft als günstig eingeschätzt wird – ein häufiges Resultat sozialwissenschaftlicher Studien –, ließe sich als weiteres Indiz der Selbstdistanzierung von Politik und Gesellschaft lesen. Auf der anderen Seite: Wer wie viele Salzgitteraner auf persönliche Erfahrungen sozialer Konfliktivität – zerrüttete Familien, jugendliche Respektlosigkeit und Gewalttätigkeit, Drogenkonsum, innerstädtische Vermüllung – verweisen kann, diskutiert häufig nuancenreicher, differenzierter, weniger prinzipiell und plakativ. In Kapitel 5 wird erörtert, inwiefern die Niedersachsen unseres Samples Praxisperspektiven zur Behebung der aufgeführten Problemlagen aufzeigen.

---

**109** Eine detailliertere Analyse der argumentativen Funktionalität dieses „Outsourcings“ der Verantwortung für die politische Urteilsbildung an die defizitäre Informationslage findet sich in Kapitel 4.



# 4

## Medien, Lobbys, Machtgruppen und politische Einflussnahme:

### Elemente eines gemeinsamen Kommunikationsmodus

#### Alles Verschwörungstheoretiker? – Über geheime Organisationen und bedrohliche Massen

**E**in spezifisches Ergebnis des NDM 2019 führte, nicht ganz unberechtigt, zu großer Verwunderung: Fast ein Viertel der Niedersachsen, so legt es die Auswertung nah, scheint an Verschwörungstheorien zu glauben – und das noch vor Ausbruch der Corona-Pandemie.<sup>110</sup> Ermittelt wurden diese Ergebnisse über die Zustimmungswerte der Befragten zu drei verschiede-

nen Aussagen: Während 25% von einer staatlichen Überwachung aller Bürger ausgehen, vermuten 30% geheime Aktivitäten hinter vermeintlich nicht miteinander in Verbindung stehenden Ereignissen. Der dritten Aussage, dass politische Entscheidungen hintergründig von geheimen Organisationen beeinflusst werden, stimmen sogar ganze 43% der Befragten zu.<sup>111</sup>

Die vorliegende qualitative Studie ermöglicht es, die Überzeugungen hinter dem vermeintlichen Verschwörungsglauben tiefergehend zu analysieren: Denn Diskussionen aus allen vier Städten und allen acht Gruppen geben Aufschluss darüber, welche geheimen Organisationen es sein könnten, denen gegenüber die Befragten im NDM noch Misstrauen äußerten. Vor allem zwei Machtgruppen werden immer wieder verantwortlich gemacht für die Beeinflussung politischer Entscheidungen im Hintergrund und folglich auf verschiedenste Weise scharf kritisiert: „Die Lobby“ und „die Medien“. „Die Medien“, häufig ohne eine genauere Spezifikation hinsichtlich der gängigen Unterscheidung von öffentlich-rechtlichen, privaten und social me-

<sup>110</sup> Berger, Michael B.: Forscher: Jeder vierte Niedersachse glaubt an Verschwörungstheorien, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 01.06.2019, URL: <https://www.haz.de/Nachrichten/Der-Norden/Jeder-vierte-Niedersachse-glaubt-an-Verschwoerungstheorien> [eingesehen am 09.09.2020]; Studie: Viele Niedersachsen glauben an Verschwörungstheorien, in: WELT, 29.05.2019, URL: <https://www.welt.de/regionales/niedersachsen/article194394861/Studie-Viele-Niedersachsen-glauben-an-Verschwoerungstheorien.html> [eingesehen am 09.09.2020]; Diehl, Alexander: „Nicht verhandelbare Kernpunkte“, in: taz, 11.06.2019, URL: <https://taz.de/Soziologe-ueber-Niedersachsens-Demokratie/15599617/> [eingesehen am 09.09.2020].

<sup>111</sup> Marg et. al: NDM 2019, S. 31–37.

dia-Kanälen, werden von zahlreichen Diskutierenden als hinderlich und gefährlich für eine faktenbasierte Aufklärung und politische Bildung, ja gar als Bedrohung für die Demokratie wahrgenommen; „die Lobby“ wiederum gilt als Inbegriff heimlicher Strippenzieher hinter politischen Entscheidungen, welche mit ihrer Übermacht eine politische Einflussnahme des Bürgers verhindern. Das größte Misstrauen gilt jedoch denjenigen, die in den Augen der Diskutierenden überhaupt erst Gefahr laufen, sich von den Medien lenken zu lassen: „den anderen“, den Menschen, von denen die Diskutierenden sich sicher sind, dass sie auf eine naive Weise einseitigen Mediendarstellungen vertrauen, mit gefährlichem Halbwissen wählen gehen und damit die Demokratie gefährden. Bei dieser stetigen Distanzierung und betonten Abweichung von einer unbestimmten Masse der „anderen“ handelt es sich um ein in den Gruppendiskussionen wiederkehrendes Muster.

Zunächst muss grundlegend festgehalten werden, dass die Diskutierenden sich *verbal* deutlich vom Verschwörungsglauben distanzieren. Sobald der Begriff fällt, lachen die Befragten auf und betonen die Absurdität etwaiger bekannter oder auch unbekannter Theorien. Derlei Annahmen seien „hanebüchen“ und „Quatsch“, obwohl die Befragten eilig ergänzen, dass „es aber eine Menge Leute tatsächlich gibt, die [...] dem hinterhergehen“, „irgendein Video sehen über flache Erde und dann glauben sie das“ oder „gar nichts hinterfragen und sich von irgendwelchen YouTubern so krass beeinflussen lassen“. Was in all dieser selbstbewussten Zurückweisung jeder eigenen Neigung zum ridikulisierten verschwörungstheoretischen Denken bleibt, ist indes die Überzeugung, dass *andere* Menschen durchaus an diese glaubten. Dass die Gruppen in Bezug auf den Bildungsstand heterogen durchmischt sind und einzelne Teilnehmende guten Gewissens zugeben, sich überhaupt nicht für Politik zu interessieren, tut einer Abgrenzung von „den anderen“ keinerlei Abbruch: Die Diskutierenden sind sich einig, dass um sie herum eine große Masse ungebildeter, naiver Menschen existiere, welche sich gefährlich schnell beeinflussen ließen, von denen aber niemand unter ihnen sitze – eine bei 60 Teilnehmenden doch verblüffend überzeugte Einschätzung. Von welcher

Seite aber vermuten die Diskutierenden eine Beeinflussung der Masse, und vor allem: mit welcher Intention?

### Strippenzieherin Nummer eins: „Die Lobby“

Als mögliche Manipulateure, welche im Hintergrund ihre eigene Agenda verfolgen und damit versuchen, das Weltgeschehen zu beeinflussen, werden zwar nur sehr selten dezidiert u.a. Parteien, rechte Gruppierungen, Clans und in Lokalkontexten soziale Kontakte genannt – jedoch wird in allen acht Fokusgruppen eine tief-sitzende Lobbykritik geäußert, welche mit deutlichem Abstand am häufigsten als im Geheimen beeinflussende Organisation vermutet wird. In Oldenburg wird auf die Frage, ob „bestimmte Netzwerke Sachen im Hintergrund steuern“, ob es „Mächte im Hintergrund“ gebe, „die irgendwie die Strippen ziehen“, prompt geantwortet:

Teilnehmer 1: „Also die Wirtschaft glaube ich schon [...]. Wenn man sich die großen ... VW und Mercedes, BMW, die ganzen Skandale da und auch die großen Verlage, auch Springer-Verlag, die werden mit Sicherheit da [...] in eine bestimmte Richtung gehen, damit die Politik in deren Richtung noch funktioniert. Und die beeinflussen die, natürlich. Also man sagt ja nicht umsonst, das ist die vierte Gewalt. Bei der Gewaltenteilung, da kommt dann die und die Wirtschaft dazu. Die beeinflussen massiv...“

Teilnehmerin 2: „[Man sagt,] die haben mehr Macht als die Politik.“

Teilnehmer 1: „[...] Mit Sicherheit!“

Teilnehmer 3: „Die Lobbyisten haben viel Macht. [...] Also das sind immer so Reportagen [...], die man komischerweise ja nur nachts sieht [Gelächter]. Aber nie tagsüber, ganz ehrlich! [...]“

Teilnehmer 4: „Also den Lobbyismus sehe ich da auch ganz vorne. Also ich kenne

auch Leute, die jetzt auch sogar einigen Verschwörungstheorien da ... dranhängen, die mich auch mal davon zu überzeugen versuchen.“ (OL)

Und auch in Salzgitter denkt ein Teilnehmer bei dieser (ursprünglich auf einen möglichen Verschwörungsglauben der Fokusgruppenteilnehmer abzielenden) Frage sofort an Lobbyismus. Er zitiert Gregor Gysi, der in einem Interview erklärt habe, in Deutschland lebe man nicht in einer Demokratie, da sich sonst die Interessen der Mehrheit durchsetzen würden, also beispielsweise ein gutes Rentenniveau, ein gutes Lohnniveau und Mindestlöhne.

„Und, ist das der Fall? Nein, das ist nicht der Fall, und dann muss man sich fragen, warum ist das eigentlich nicht der Fall? Weil Politiker sind ja eigentlich Vertreter des Volkes und dementsprechend auch deren Interessen und dementsprechend müssten doch eigentlich diese Themen ganz vorne stehen. Stehen sie aber nicht. Und deswegen – gerade wenn du siehst, die Lobby, was da für Summen unterwegs sind.“ (SZ)

Auch in Braunschweig fällt die Reaktion auf die Frage nach hintergründigen Manipulatoren ähnlich aus:

„Ja, das Prozedere, was Sie jetzt ansprechen, [...] das ist kein Geheimbund, das ist einfach Lobbyismus, nennt man das. Das gibt's halt europaweit, Brüssel hat über 150.000 Lobbyistenorganisationen. [...] Dieses Prozedere organisiert sich halt so, Lobbyisten, also sprich, ein Konzern hat ein neues Produkt und das muss halt durch die Gesetze genehmigt werden. Dann schreiben sie halt die Gesetze, geben die Gesetze den Politikern, die Politiker schlagen die Gesetze vor [...] und übernehmen diese Gesetze meistens zu 100 Prozent aus der Vorlage der Unternehmen. Und das läuft europaweit. Das ist nicht nur in Deutschland, das läuft europaweit halt. [...] Deswegen ist alles, erscheint alles so langweilig, weil es schon alles vorgezeichnet, es gibt keine

richtigen Debatten mehr, weil die Mehrheiten schon feststehen.“ (BS)

Ein 21-Jähriger stimmt in diesen Kanon ein: Man habe das Gefühl, man gehe zwar wählen, es handele sich aber nur um eine Scheinwahl, mit der sich ohnehin nichts verändern ließe,

„weil man so das Gefühl hat, okay, das wird ja eh alles von den großen Konzernen dann dominiert mit ihren Entscheidungen [...]. Ich gehe zwar wählen, ich gehe auch eine Partei wählen, aber am Ende entscheiden das die da oben irgendwie.“ (BS)

Und auch in Osnabrück wünscht sich ein Teilnehmer,

„dass man Politiker wählen kann, die auch nachher für das einstehen, für was man sie gewählt hat. Und eben nicht nur durch Lobbyismus und diese Dinge anschließend gesteuert werden.“ (OS)

Die gravierende Lobbykritik, die trotz betonter Faktenbasiertheit und Rationalität der Diskutierenden teilweise dann doch verschwörungstheoretisch vibrierende Töne annimmt – siehe dafür die weiter unten thematisierte Debatte über die Umweltschädlichkeit oder -freundlichkeit des Diesels – steht in den Fokusgruppen jedoch nicht alleine. Sie ist umrahmt von einem tiefen und aus verschiedensten Gründen geäußerten Misstrauen gegenüber den Medien.

### **Meinungsmache und Manipulation: „Die Medien“ als Feinde der Aufklärung**

Grundsätzlich dominiert in allen Gruppen die Grundeinstellung, dass medialen Darstellungen nicht vertraut werden könne und journalistische Berichte einer sorgfältigen Prüfung unterzogen werden müssten, bevor man sie – wenn überhaupt – als faktenbasiert anerkennen könne. Das Misstrauen reicht soweit, dass in Oldenburg, allerdings nur hier und nur von einem Diskutierenden, der Begriff „Lügenpresse“ fällt. Obwohl

keiner der anderen diesen für sich annehmen möchte und auch der Oldenburger ihn nur ungerne zu benutzen scheint, gibt er zu bedenken:

„Lügenpresse ist ein böses Wort jetzt so, aber ich denke mal schon, dass bestimmte Sachen auch tatsächlich immer noch gefiltert werden. [...] Ob das alles richtig ist, was da ARD oder ZDF oder der Deutschlandfunk oder sonst was sagt, weiß ich nicht.“ (OL)

Die Gefahren, die Medien zugeschrieben werden, sind dabei verschiedenster Art – aber sei es die kalkulierte Setzung, Vertuschung oder Präsentation bestimmter Themen oder gar eine Manipulation der Bürger durch absichtliche Falschdarstellungen, fest steht immer eines: Die Bedrohung liegt in der Manipulation *der anderen*. Als beliebtes Beispiel für Mitglieder dieser unbekannteren Masse muss häufig der fremde *BILD*-Leser herhalten, mit dem sich niemand identifizieren möchte und den auch niemand persönlich kennt. So erklärt eine Oldenburger Diskutant:in:

„Wir alle sitzen hier, weil wir interessiert sind. [...] Das ist ja schon ein Kreis, der schon anders ist als die meisten anderen [...]. Wenn ich mir überlege, dass die *BILD*-Zeitung am Tag 30 Millionen Mal gelesen wird.“ (OL)

*BILD*-Lesern wird per se das Interesse an politischer Diskussion, ja nahezu die Zurechnungsfähigkeit abgesprochen; Gegenrede gibt es nur selten. In Salzgitter wird zwar ein vorsichtiger Einspruch erhoben, der am Wissen um die naive Masse jedoch nicht zu rütteln vermag. So gibt ein Diskutierender zwar zu bedenken: „Jeder Mensch wird doch wissen, wenn ich jetzt *BILD*-Zeitung lese, was da für Informationen auf mich zukommen im Vergleich zu wenn ich jetzt die *ZEIT* lese“, wird aber sofort von einem Mitdiskutierenden einer Prüfsituation gleichend abgefragt: „Wie würdest du denn die *BILD*-Zeitung beschreiben? Politisch oder auch wo sie charakterlich stehen?“ Die Antwort „Ja, ist ganz unterhaltsam, aber ich nehm' die nicht für voll“ genügt in dieser Diskussion nicht, der Disku-

tierende hakt nach. Die Antwortenden sind sich nicht ganz sicher, können sich jedoch darauf einigen, dass die *BILD* ganz grundsätzlich nicht ernst zu nehmen sei. Der Salzgitteraner, der zuvor noch seine Mitdiskutierenden abgefragt hatte, beklagt weiter: „Wenn ich beim Bäcker stehe und da sagt einer ‚einmal die *BILD*ung‘, da könnte ich ...“ Wieder lenkt eine Teilnehmerin ein: „Das ist aber auch ironisch.“ – „Nee! Um Gottes Willen, das meinen die nicht ironisch.“ Erneut wird hier deutlich, dass die Diskutierenden sich trotz ihrer keineswegs ähnlichen Hintergründe, Bildungsstände und Berufe über ein Thema einig sind, jedoch davon ausgehen, dass der Großteil der Gesellschaft im Vergleich zu ihnen wesentlich naiver denke.

Die sich selbst als bewusste und kompetente Konsumenten verstehenden Diskutierenden trauen „den Medien“ zu, auf unterschiedlichen Wegen zu manipulieren: In Osnabrück, Salzgitter und Braunschweig wird unter anderem die fehlende Themenvielfalt bemängelt – „Panik verkauft, nackte Brüste verkauft und am besten irgendein Promi, der sich den Arm gebrochen hat“ (OS). Währenddessen vermissen drei Salzgitteraner Diskutierende die Berichterstattung über erfreuliche Neuigkeiten in den Medien:

Teilnehmer 1: „Mein Vater hat immer gesagt: ‚Die Zeitungen müssen voll werden.‘ [...] Auch die Fernsehsender müssen ihre Sendezeit vollmachen.“

Teilnehmer 2: „Und wenn sie es nicht vollkriegen, wird es propagiert, es werden also Situationen auch geschaffen.“

Teilnehmer 3: „Aber es gibt seit Jahrhunderten auch ein altes Sprichwort: ‚Bad news are good news‘. Nur schlechte Nachrichten lassen sich gut verbreiten. Ist leider so.“ (SZ)

In Braunschweig stellt ein Teilnehmer ebenso fest, zahlreiche Themen

„verschwinde[n] aus der öffentlichen Wahrnehmung [...] durch eine Medienpolitik halt, die halt falsch ist, in meinen Augen. Die sich wirklich nur auf das eine Thema

stürzt und alle stürzen sich drauf. Wir wissen, dass Journalisten gerne voneinander abschreiben, auch Themen übernehmen, weil sie immer im Trend liegen möchten.“ (BS)

In allen vier Städten wird außerdem die Neutralität der Medien (erneut weitestgehend ohne Binnendifferenzierung) angezweifelt. Ein Oldenburger hält immerhin fest, er „glaube schon, dass wir eine freie Presse haben“, aber dennoch macht es die Diskutierenden misstrauisch, dass unvermeidbar hinter jeder verbreiteten Nachricht eine subjektive Meinung und eine politische Gesinnung steckten, welche die Objektivität einer Meldung unterminierten. Am häufigsten werfen die Diskutierenden den Medien allerdings vor, Sachverhalte falsch darzustellen und „Meinungsmache“ zu betreiben (natürlich wird nur die Meinung der anderen gemacht, da die Diskutierenden die Gefahr – mit wenigen Ausnahmen, siehe dafür weiter unten – zu durchschauen meinen). Die Vorwürfe entladen sich überwiegend anhand der medialen Darstellung der komplexen Themen Migration und Klimawandel, wobei bei letzterem auch die Lobby im Fokus der Kritik steht.

In welche Richtung Falschmeldungen verbreitet werden, wird kontrovers diskutiert: Eine Oldenburgerin äußert in Bezug auf vermeintliche Flüchtlingskriminalität: „Ich glaube schon, dass [...] auch geschickt einiges gedrosselt wird und dann immer gar nicht so viel hochkommt. [...] Komisch, ist doch ganz ruhig mit den Flüchtlingen auf Dauer.“ Ein junger Oldenburger hält dagegen. Nicht, weil er die Medien verteidigen möchte, denn auch er zweifelt an der wahrheitsgetreuen medialen Darstellung männlicher Kriminalität, aber er unterstellt den Medien im Gegensatz zu seiner Mitdiskutantinnen rassistische Intentionen:

„Wenn ein Deutscher eine Frau missbraucht, im Gegensatz zu jemandem, der südländisch aussieht, ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Mann, der südländisch aussieht... dass das in die Zeitung kommt, deutlich höher. Einfach, weil dann kann man da wieder mit dem Finger drauf zeigen.“ (OL)

Ähnliches wird in Osnabrück bemängelt: „Die ganzen positiven Erfolgserlebnisse, die ganzen Leute, die es wirklich geschafft haben, die wirklich sich integriert haben, die werden überhaupt nicht gefeiert“, so eine junge Diskutantinnen. Auch in Bezug auf politische Orientierungen erblicken die Diskutierenden tendenziöse Züge. So wird beispielsweise in Salzgitter über Björn Höcke festgehalten: „Aus meiner eigenen Bewertung würd ich sagen, er ist nur vielleicht zu 60, 70% so, wie man ihn in den Medien sieht“ (es bleibt dabei offen, woraus die persönliche Bewertung des Diskutierenden resultiert, wenn nicht aus „den Medien“). Derselbe Diskutierende bemängelt außerdem, dass linksmotivierte Gewalttaten in den Medien weniger ausführlich dargestellt würden als rechte. Ob nun aber eine Beschönigung der Medien in Bezug auf Flüchtlingskriminalität, die fehlende Darstellung erfolgreicher Integrationsgeschichten oder eine zu starke politische Färbung bemängelt wird: Die Diskutierenden fühlen sich unterm Strich offenbar mangelhaft informiert.

Einig sind sie sich auch darin, dass der AfD-Erfolg, über den keine von 60 Personen offen zugeht sich zu freuen, von der medialen Darstellung der Partei beeinflusst sei.<sup>112</sup> Eine Oldenburgerin erklärt sich den AfD-Erfolg wie folgt:

„Aber da ist auch wieder mit diesen Fake News und dem Populismus, wo wirklich aber auch Werte, der kriegt das und das und die kriegt das und das, diese Werte so völlig aus dem Kontext rausgezogen wurden und Zahlen einfach gegenüber gestellt wurden. Und das ist das, was dann AfD-Wähler verursacht. Weil das einfach ... das ist dieses mit den ... diese News sind echt gefährlich. Und deswegen: Je mehr ich weiß und dahintergucken kann, desto mehr verstehe ich, was die damit auch anrichten.“ (OL)

Ähnliches äußert ein Salzgitteraner:

<sup>112</sup> Vgl. zur Wahrnehmung und Deutung der AfD ausführlich Kapitel 5.

„Also, ist meine Empfindung. Weil, wir haben schon so viele rechte Parteien in Deutschland gehabt, die einfach irgendwo in der Versenkung gelandet sind, weil keiner die beachtet hat, nur so'n paar Hohlköpfe, die da rumgelaufen sind. Ne, aber, dieses Wort AfD, das ist doch schon – mach mal Radio an, ne, in jeder Nachricht: AfD, Fernsehen an: AfD. [...] Man polarisiert die doch.“ (SZ)

Neben dem Themenkomplex Migration mit dazugehöriger Verwunderung über den scheinbar anderweitig nicht erklärbaren AfD-Erfolg herrscht in den Fokusgruppen eine große Überzeugung vor, in Bezug auf Klimawandel und Umweltschutz von den Medien falsch informiert, ja gar belogen zu werden. Das gilt insbesondere im Hinblick auf Elektromobilität, den Diesel und umweltbewusstes Verbraucherverhalten. Der heimliche Wunsch vieler Diskutierenden, keine Umweltsünder zu sein, auch wenn sie ihr Diesel-Auto gerne weiterhin fahren und in den Urlaub fliegen, scheint zu diesem Misstrauen genauso viel beizutragen wie öffentliche Skandale der letzten Jahre rund um Manipulation durch Automobilhersteller und die politische Einflussnahme von Großkonzernen.

Denn in Bezug auf Klimapolitik werden neben medialen Verzerrungen eben auch Interessen „der Lobby“ gewittert: Diskussionen über das eigene Auto und dessen Verbrauch, die Schädlichkeit des Diesels, Fahrverbote, Tempolimits, Fridays for Future und eigene Möglichkeiten, zum Klimaschutz beizutragen, werden in allen Fokusgruppen geführt, stets getragen von einer misstrauischen Abwehrhaltung und dem Versuch, möglichst viel Eigenverantwortung abzugeben. In Oldenburg raunt eine Diskutantin über Greta Thunberg: „Man weiß auch, wer die Eltern sind, ne? Und wer das alles initiiert hat, wo wir bei Lobbyismus sind und wer schiebt was wo an.“ In Braunschweig antwortete ein Diskutierender auf die Frage der Moderatorin, ob es im Hintergrund einflussreiche Organisationen gebe, wie aus der Pistole geschossen: „Ja, was war denn mit der Dieselsegeschichte?“ Und auch in Oldenburg erklärt ein überzeugter Dieselfahrer:

„Wenn ich jetzt einen Diesel fahre und kann auf einmal nicht mehr ... nirgends wohin fahren [...]. Da kommt man sich reichlich verarscht vor, ne? Nirgendswo darfst du jetzt bei mir Auto fahren. Andere sagen, der Diesel reinigt die Luft. Also ich bin ja auch ein Befürworter des Diesels ...“ (BS)

In den Themenfeldern Migration und Klima werden also die größten Lügen vermutet, die Streuung der Verantwortlichen ist gleichwohl breit: vom Axel-Springer-Verlag über die Öffentlich-Rechtlichen, Facebook und die Lokalmedien. Eine Oldenburgerin wirft beispielsweise in den Raum, dass im „Bezahl-TV“ „Meinungen gekauft und gemacht werden“, und auch Soziale Medien trifft ein Schwall an Skepsis. Den dort vorherrschenden „Logarithmen, die [...] eben so geschrieben [sind], dass [...] zu einem sehr, sehr großen prozentuellen Anteil die Nachrichten herausgefiltert werden, die für dich [...] interessant sind“, entkommt man nicht so schnell, wie ein Osnabrücker erklärt:

„Wenn du da einmal drin bist in dieser Filterblase, du kommst da auch nicht wieder raus. Ne? Es sei denn, du begibst dich erst gar nicht da rein, weil du eben ein ganz anderes Medienkonsumverhalten hast.“ (OS)

Erneut wird hier behauptet: Nur überaus kritische, bewusst ihr Medienverhalten reflektierende Bürger<sup>113</sup> schaffen es, aus ihren Online-Filterblasen auszubrechen und sich nicht immer wieder in ihren a priori feststehenden Ansichten zu bestätigen. Folgt man den Diskutierenden, mangelt es einem Großteil der Bevölkerung allerdings an ebendieser „Medienkompetenz“. Gemeint ist damit ein kaum zu erfüllender Anspruch: Eine junge Osnabrückerin beschwert sich sogar darüber, dass viele Menschen behaupteten, keine Zeit zu haben, „wirklich alles zu recherchieren oder wirklich mal kritische Zeitungen zu lesen“. Es genügt nicht einmal, sich aus verschiedensten Quellen Wissen anzu-

113 Vgl. zur in den Diskussionen herausgestrichenen elementaren Bedeutung der tagespolitischen Informiertheit ausführlicher Kapitel 3 dieser Studie.



eignen, im Inkognitomodus zu surfen, um nicht immer dieselben Websites vorgeschlagen zu bekommen, und aus seinen „Filterblasen“ auszurechnen, es gilt auch, stets sorgfältig zu überprüfen, wer welche Anteile an einem Medienunternehmen habe und wie der entsprechende Journalist politisch orientiert sei. Ein Salzgitteraner fordert deshalb: „Man muss einfach dieses: Wer schreibt das, und: Was ist das für ein Mensch? Muss man viel stärker in den Fokus rücken!“ Und erklärt über sich selbst:

„Wenn ich dann z.B. die Artikel im SPIEGEL lese, [...] dann weiß ich: Okay, derjenige hat eine Einstellung, die ungefähr so ist und deswegen schreibt er diesen Text so und so. Und jemand, der woanders stehen würde, schreibt über den gleichen Sachverhalt völlig anders. Und das ist immer ein Thema, das man wissen muss.“ (SZ)

Die Diskutierenden benennen auch konkrete Gefahren, die aus dem Aufenthalt in Filterblasen, aus fehlender Themenvielfalt, „Meinungsmache“ und Manipulation für die Demokratie resultieren: Es herrscht nahezu ein Konsens, dass Wahlen durch Medien beeinflusst werden. Es sei „die Zeitung mit den größten Auflagen, die dann die Meinung macht“, „bei jeder Wahl“ sei das so, wird in Oldenburg resigniert festgestellt. Ein Osnabrücker glaubt, die Demokratie sei in Gefahr durch „Meinungsmache über digitale Medien“. Zwei Braunschweiger sind sich einig:

„Also ich finde bei sowas diktiert dann halt auch irgendwie die Presse die Meinung [...]. Also, wenn dann so 'ne große [...] Zeitung irgendwann irgendeine große Headline hat. Da drunter ist dann gefühlt so ein kleiner Quelltext, so wie es halt bei den meinungsbildenden Zeitungen hier ist, die viel gelesen werden, finde ich das einfach viel zu ... viel, viel zu ... ja, gefährlich auch, ne?“ (BS)

Auch hier wiederholt sich das bereits erläuterte Muster, dass die Diskutierenden eine Gefahr wittern, der sie selbst zu entgehen im Stande sind, während man dem Großteil der Bevöl-

kerung keine vergleichbare Kompetenzen zutrauen möchte. Die größte von Medien ausgehende Gefahr besteht deshalb, so sind sich die Diskutierenden einig, im Kontext direktdemokratischer Verfahren. So sehr einzelne Diskutierende auch mit Volksentscheiden zu sympathisieren scheinen, so schnell wird auch eingehakt, dass das Risiko der Beeinflussung und Manipulation durch Medien viel zu groß sei. In Oldenburg stellen zwei Diskutierende deshalb fest:

Teilnehmer 1: „Ich sag mal, wenn die BILD-Zeitung 'ne Titelseite rausbringt am Tag so einer Wahl ...“

Teilnehmer 2: „Das beeinflusst eine Masse von Menschen. Das werden die... Die werden gewaltig beeinflusst.“

Teilnehmer 3: „Und wenn die dann direkt entscheiden, mitentscheiden können, was Politik in Deutschland wird, so leicht beeinflussbar sind, die Masse, dann finde ich diese direkten Volksentscheide nicht toll.“ (OL)

Es ist ein einzelner 21-jähriger Braunschweiger, der zugibt, selbst durch Medien beeinflusst worden zu sein:

„Also ich zum Beispiel [...] war selber viel bei Facebook auch und kenne das dann von mir, dass ich dann viele Sachen angeklickt habe, aber doch selber auch in meiner Bubble irgendwie war und dann dadurch auch beeinflusst werde und irgendwann habe ich dann aus verschiedenen Gründen gesagt, okay, Facebook nutze ich nicht mehr. Ich habe da auch zu viel Zeit investiert und seitdem nutze ich eigentlich keine sozialen Medien mehr [...]“ (BS)

Der Medienboykott als letzter Ausweg wird auch in Salzgitter thematisiert, wo eine Rentnerin äußert:

„Es ist nur noch Mord und Totschlag in der Zeitung. Und es ist ... es ist nichts anderes mehr. Das wird alles hochgepusht! Na, und da habe ich gesagt: Nee, ich ... ich will das

einfach nicht mehr. Ich hab ... bin damit durch. Ich möchte das nicht mehr. Wenn ich was wissen möchte, da google ich das und gucke Nachrichten an im Fernsehen. Und dann ist das okay.“ (SZ)

Es lässt sich also festhalten: Obwohl die Meinungs- und Pressefreiheit in jeder Gruppe bei der Frage nach ihrer Definition von Demokratie sofort als Grundmerkmal, ja elementare Bedingung genannt wird,<sup>114</sup> gelten „die Medien“ als Gefahrenquelle für die Demokratie. Sie gefährden die „richtigen“ Wahlergebnisse, fördern negative Stimmungen, manipulieren, lügen und verfolgen die Agenda eines allerdings nicht näher definierten Auftraggebers. Auch in Bezug auf die als essenziell für Demokratien bewertete Meinungsfreiheit lassen sich Widersprüche finden. So bedeutsam sie auch ist – die Diskutierenden möchten es vermeiden, mit unüberbrückbar konträren Meinungen oder insgesamt „den anderen“ konfrontiert zu werden. Aber nicht nur die instinktive Ablehnung der Masse, mit der niemand reden möchte und die als unzurechnungsfähig bewertet wird, zeigt das an. In Salzgitter stellen drei Diskutierende fest:

Teilnehmer 1: „Ich denke in letzter Zeit ganz oft darüber nach, einfach das mal wegzulassen. Also das Handy nicht, aber: Ich gucke halt diese Sachen einfach nicht mehr an. Weil mir in meinem persönlichen Umfeld, weder hilft es mir noch belastet es mich, also es belastet mich nur, wenn. Und dann fängst du irgendwo ne Diskussion an oder liest ne Diskussion...“

Teilnehmer 2: „Es klaut dir eigentlich nur Zeit.“

Teilnehmer 1: „Und du hast davon nichts.“

Teilnehmer 3: „Dann kommentierst du, dann kommen wieder Gegenargumente...“ (SZ)

Diskussionen und Gegenargumente werden hier als zeitraubend und nutzlos erlebt, es scheint deshalb fast, als sei Meinungspluralität für die Diskutierenden eine Last: Schnell sind sie sich einig, anders als die Masse zu sein, schnell beschließen sie, zu einer Gruppe zu gehören, deren gemeinsame Feinde (Medien – Masse – Lobby) ihrem politischen Engagement und ihrem Beteiligungswillen im Wege stehen. Eine junge Os-nabrückerin fasst dies zusammen:

„Ich glaube, es sind viele [...] Dinge in der Gesellschaft im Argen. Die tatsächlich eben auch auf die Politik einwirken, auf die Politiker einwirken und auf die Entscheidungen einwirken. Und da sehe ich die [...] Demokratie in der Gefahr. Ich sagte schon, Medien können das Bild krass beeinflussen. Es sind auch weitere Konzerninteressen ständig dabei, politische Entscheidungen zu beeinflussen. Und von daher, ja, ich sehe auf jeden Fall Probleme in der Demokratie.“

### Individuelle Ohnmacht als Rationalisierung politischer Apathie?

Es ist kaum verwunderlich, dass die Diskutierenden sich vor allem in den komplexen und schwierig zu durchschauenden Themenfeldern Migration und Klimawandel ungenügend informiert fühlen. Dazu kommt ihr subjektives Gefühl, das Geschehen werde ohnehin von Akteuren außerhalb ihres Einflussbereiches gelenkt. Genau wie Kritik an „den Medien“ fungiert auch „die Lobby“ als Platzhalterin für nicht näher definierte, immaterielle, abstrakte, kaum greifbare, aber mutmaßlich übermächtige Strippenzieher, welche politische Geschehnisse lenkten und diese damit aus der Sphäre des „normalen Bürgers“ hebelten. Denn wo *die Medien* und *die Lobby* ihre Finger im Spiel haben, wo bleibt da die Möglichkeit, als einzelner Mensch Einfluss auszuüben? Politische Entscheidungsgewalt wird somit auf in der Ferne manipulierende Akteure übertragen und damit von den Schultern des Individuums genommen. Zugespitzt soll

<sup>114</sup> Vgl. vertiefend zu den Demokratievorstellungen der Niedersachsen Kapitel 5.

das bedeuten: Wie soll der einzelne Osnabrücker den Klimawandel schon beseitigen, wenn er nicht einmal an die „richtigen“ Informationen kommt, seine politischen Gegner manipuliert sind und politische Entscheidungen ohnehin von der Lobby diktiert werden? Der Fall ist klar: Für den Einzelnen bleiben unter diesen Umständen, so scheinen es die Diskutierenden zu empfinden, kaum Gestaltungsmöglichkeiten. Ein Oldenburger bringt das auf den Punkt. Auf die Frage, wie er sich die Zukunft vorstellt, antwortet er:

„Also mir fällt dazu ein, dass ich da vor allen Dingen dran denke, dass es mir gut geht, also gesundheitlich, und meiner Familie. Weil da habe ich vielleicht am meisten Einfluss drauf, obwohl ich da auch so wenig hab. Aber ich habe noch weniger Einfluss auf die Politik, wie das wird mit dem Klima. Da habe ich überhaupt keine ... keine Ahnung, wie das sein wird in zehn Jahren. [...] Ich glaube nicht mehr an die Politik. Das ist das Ding, ne? Das ist beeinflusst von allen Seiten.“ (OL)

Die empfundene Eigenverantwortung für das Klima in Kombination mit dem gleichzeitig erlebten Ohnmachtsgefühl gegenüber mächtigen, extern das politische Feld bestimmenden Akteuren kommt in dieser Aussage deutlich zum Ausdruck. Schlimmer noch: Es wird nicht nur angesichts der medialen Manipulation und lobbyistischen Machenschaften als schier unmöglich empfunden, sich überhaupt selbst vernünftig politisch zu bilden und eigene Interessen durchzusetzen, nein, es bleibt schließlich auch der Kampf gegen die Masse – das dritte diffuse, für einen großen Komplex stehende Füllwort; die Masse, der es nicht wie den Diskutierenden gelingt, ihre Filterblase zu verlassen, Medien kritisch zu prüfen und sich umfänglich Wissen anzueignen. Die ungebildete, demokratiegefährdende Masse, der einige Diskutierenden am liebsten das Wahl- und sogar Reproduktionsrecht absprechen wollen, steht jedem noch so aufgeklärten und belesenen Bürger im Wege:

„Die [...] Gefahr ist mit der Demokratie auch, dass wenn Leute nicht gebildet sind oder wenn [...] Aggressionen hochkommen oder Sündenböcke gesucht werden für Probleme in der Wirtschaft, in der Gesellschaft und so weiter, dass sich dann Massen entwickeln, die dann sich zusammenfinden und dann die Mehrheit werden [...]. Und das ist die Gefahr auch mit der Demokratie. Wenn jeder eine Stimme hat, jede Stimme ist gleich viel wert, und so viele Menschen einfach sich leiten lassen und wie Schafe folgen, [...] dann ist es auch gefährlich. [...] Weil so auch sehr viele schlimme Sachen passieren können.“ (BS)

„Man muss für nen Kampfhund einen Führerschein machen, aber jeder kann Kinder zeugen. [...] Und wenn ich den Leuten sage: ‚Okay, du willst jetzt noch mal schwanger werden, dann komm erst mal vorbei, mach hier erst mal nen Test‘, vielleicht hätten wir dann [...] weniger Probleme.“ (SZ)

Damit handelt es sich um eine doppelte, wenn nicht dreifache Externalisierung: Der Einzelne ist im demokratischen System machtlos – denn wo nicht mediale oder lobbyistische Interessen politische Ergebnisse diktieren, verhindert das Abstimmungsverhalten der Mehrheit eine vernunftgemäße Politik.

Überhaupt zieht sich das Phänomen, Gründe dafür zu suchen, eigene politische Verantwortung und politische Betroffenheit abzugeben, wie ein roter Faden durch die Fokusgruppen. So wissen einige Diskutierenden von lokalen Ungerechtigkeiten, von denen sie auch selbst betroffen sind, wie zum Beispiel Wohnraumangel, kommentieren ein in der Gruppe bekanntes „Zugeschacher“ von Wohnungen innerhalb der Stadt aber nur mit einem fast amüsierten Schulerzucken. So sei es halt. Ein abstrakter, vom Individuum aber ohnehin nicht beeinflussbarer Zustand ohne Bezug zum Leben des Einzelnen aber vermag es, die Anwesenden in Rage zu versetzen. Über Mikroplastik in Zahnpasta entbrennt eine größere Diskussion als über eine unfaire Verteilung des knappen bezahlbaren Wohnraums, über das Abladen von Gülle aus den Niederlanden in Deutschland entsteht ein größeres Kopfschüt-

teln als über das „Postengeschacher“ in der Lokalpolitik. Was in den Grenzen der eigenen Wahrnehmung geschieht, scheint verkraftbar – so stellen die Osnabrücker fest, Ungerechtigkeiten in der Stadtpolitik seien noch lange nicht so problematisch „wie in Wolfsburg, wo halt klar ist, da ist VW, und wenn VW sagt, dann passiert genau das und nicht viel anderes“. Neben dem bereits in Kapitel 2 beschriebenen widerwilligen Unwohlsein bei kritischen Auslassungen über die eigene Stadt, scheint man hier auch der Vorstellung, selbst aktiven Einfluss auf die Lösung politischer Probleme zu nehmen, aus dem Weg zu gehen.

Bevor ein Interpretationsversuch der hier vorgestellten Phänomene gewagt wird, soll allerdings noch auf eine letzte, zunächst widersprüchlich wirkende Deutung der Befragten eingegangen werden: Denn es fällt der bereits in Kapitel 2 beschriebene Mechanismus auf, wie selten eine Verbindung zwischen individuellem Erleben und gesamtgesellschaftlichen Problemen geknüpft wird. Die Diskutierenden beklagen zwar in verzweifelt anmutenden Tiraden die Übermacht „der Lobby“, können dieses Leiden jedoch kaum durch Beispiele im eigenen Erleben belegen. Auf der anderen Seite werden individuell erfahrene Ungerechtigkeiten kaum auf die Makro-Ebene gehoben: So berichtet eine Salzgitteranerin, ihr „Hintern musste auch schon mehrere Männerhände erleben [...]. Während mein Mann neben mir stand. Hab ich plötzlich 'ne fremde Hand am Hintern gehabt.“ Dem schließt sich zwar eine kurze Verwunderung, aber lange kein so großes Entsetzen an, wie bei viel weiter vom Leben der Individuen entfernten Problemen. Die Erzählung mündet auch nicht in einer Unterhaltung über ein Sexismusproblem in Deutschland, die Stellung der Frau im öffentlichen Raum oder ähnliches, sondern wird als individuelles Erleben verstanden und damit nicht ausführlich thematisiert, sondern schnell durch den Witz eines befreundeten Mitdiskutierenden abgelöst. Es drängt sich die Schlussfolgerung auf, dass die Diskutierenden ihr eigenes Erleben als überhaupt nicht verknüpft mit der Gesamtgesellschaft, der Politik, ja „denen da oben“ wahrnehmen. Fast schon zu passend erscheint hier die Unterhaltung zweier Oldenburger, bei der ersterer äußert, er wisse gar nicht, was ein „normaler Bürger“ sein solle, und

zweiterer ihm augenzwinkernd empfiehlt: „Musst du mal in den Spiegel gucken.“

All diese Aussagen zeugen von einer tief empfundenen Entfremdung und gedanklichen Distanzierung der Diskutierenden von politischen Möglichkeiten der Einflussnahme: Wahlen empfinden sie als manipulierbar, die Informationslage als mehr als nur lückenhaft, das Gros der Bevölkerung – zumeist abwertend als die „Masse“ tituliert – als ungebildet und unzurechnungsfähig. Doch woher rührt die Annahme, der Rest der Menschheit sei naiv und so viel weniger aufgeklärt als die Diskutierenden selbst? Tatsächlich mutet es fast absurd an, dass sich alle Befragten – wie zu Anfang erwähnt – in einem selbstverständlichen Ton von Verschwörungstheorien distanzieren und deren Anhänger belächeln, während in jeder Gruppe eine hintergründige Manipulation des politischen Geschehens durch geheime Strippenzieher als durchaus möglich – ja, nicht einmal abwegig, sondern höchstwahrscheinlich – betrachtet wird. Auch hier zeigt sich, dass die Abhebung von den anderen, den Dummen, die an Verschwörungstheorien glauben, mehr von verbalem Abgrenzungswillen als von faktischer Unterschiedlichkeit zum gemeinsamen Feindbild „Masse“ zeugt.

### Die Funktion der Verantwortungsabgabe und die praktisch-politische Abstinenz

Wie in den vorangegangenen Kapiteln bereits ausführlich dargestellt, ist der Niedersachse an sich ein zufriedener Mensch. Dennoch kann er das Wissen um globale Krisen nicht einfach ignorieren – sei es die sogenannte Flüchtlingskrise oder die drohende Klimakatastrophe. Die durch das Wissen um durchaus drückende Probleme bei gleichzeitigem eigenem (relativen) Wohlstand entstehende kognitive Dissonanz lässt sich für den einzelnen Bürger nur so lösen, dass er die Probleme gedanklich als abstrakt, undurchdringlich und ohnehin nicht beeinflussbar etikettiert. Das gilt auch für politische Sphären, von denen man sich distanziert fühlt. Die Konfrontation mit den Problemen in der Welt reißt einige Diskutierende sogar so sehr

aus ihrem sorgenfreien Leben, dass sie die Belastung nur umgehen können, indem sie Medien boykottieren. Neben den bereits aufgeführten Beispielen erzählt eine ältere Salzgitteranerin, sie rate jungen Leuten, die von Unzufriedenheit geplagt seien, „mal eine Woche keine Medien, nichts, in keiner Richtung, oder meinetwegen 14 [Tage] oder eine Woche reicht, und dann keine Zeitung, nichts und dann gucken wir, wie's dir geht.“ Ein Mitdiskutierender erwähnt ebenso: „Ich gucke halt diese Sachen einfach nicht mehr an. [...] es belastet mich nur [...].“ Und auch in Oldenburg stellt eine Diskutantin fest: „Man hat die Zeitung noch nicht mal aufgeschlagen, da stand schon wieder: Asylanten, Flüchtlinge ... [...] Und da habe ich gesagt: [...] Ich will das einfach nicht mehr.“ Frei nach dem Motto: Was der Niedersachse nicht weiß, macht ihn nicht heiß. Es scheint allerdings keineswegs so zu sein, als habe den Diskutierenden ein politischer Handlungsdrang unter den Nägeln gebrannt, der angesichts übermächtiger Agenten erfolglos bleiben musste und Enttäuschungserfahrungen gezeitigt hätte – nein, viel eher klingt durch, dass sie sich ohnehin unbeteiligt fühlen, die in der Welt schwelenden Probleme nicht am eigenen Leib spüren und sich ihre Unberührtheit von globalen Krisen mithilfe des gedanklichen Szenarios mächtiger Akteure erklären, welche sie ohnehin an jeder Einflussnahme hindern würden und das Geschehen lenkten.

Als Lösung für die globalen Probleme bleibt somit sowohl die Verantwortungsabgabe an externe Akteure mit gleichzeitiger Kritik an deren Handeln als auch das Imaginieren von (bereits in Kapitel 3 ausführlicher beschriebenen) Katastrophenszenarien – denn auf dem Wege des Diskutierens, Aushandelns, der politischen Wahl oder gar des Eigenengagements lassen sich die Probleme nicht lösen, so viel steht für die Diskutierenden fest. Offen bleibt noch, woher nun die Furcht vor der unintelligenten Masse rührt. Es scheint, als würde diese dafür auserkoren worden sein, Schuld für globale Problemlagen zu tragen. Die Diskutierenden streiten die Existenz und Dringlichkeit der Probleme, von denen sie etwas mitbekommen, schließlich nur in den seltensten Fällen ab – immerhin sind alle sicher, dass die Klimakatastrophe eine außerordentliche Bedrohung darstellt –, allerdings scheinen

sie persönlich kaum darunter zu leiden und ignorieren ihren eigenen Beitrag zur Entstehung dieser Misere weitgehend. Kurz: Die Probleme haben mit ihnen, subjektiv betrachtet, einfach „nichts zu tun“. Moralische Anteilnahme genügt; immerhin haben sie Flüchtlinge mit offenen Armen empfangen, konsumieren bewusst, zudem sind sie politisch mittig – kurzum: Sie heben sich als Reflektierte und Räsonierende von der uninteressierten Mehrheit ab. Als Lösung für die Unzurechnungsfähigkeit der Masse deutet sich in fast allen Fokusgruppen eine Schlüsselbedeutung von Bildung an, wie auch im folgenden Kapitel tiefergehend analysiert wird. Der „Bildungsfetisch“ der Diskutierenden scheint ebenso wie die Überbetonung wirtschaftlicher, medialer und Mehrheitsmacht als Flucht vor der Anerkennung real existierender, schwierig zu lösender Probleme zu fungieren. So wiegen sich die Diskutierenden im Glauben, komplexe Problemlagen wie Migration und Klimaveränderungen ließen sich mit genug Wissen und Bildung lösen, man wisse nur eben nicht alles – wie auch, wenn Lobby und Medien eine Aufklärung verhinderten und politische Entscheidungen diktierten?

Zusammengefasst zeigen die Diskussionen über Strippenzieher und die Vorstellung der eigenen Unterschiedlichkeit zum Großteil der Bevölkerung an: Den meisten Befragten geht es überwiegend gut, sogar so gut, dass sie sich gar nicht erklären können, woher die in der Welt drängenden Probleme rühren und wer sie verantwortlich haben könnte. Sie leben ein zufriedenes Leben, in dem sie sich von politischen Entscheidungen offenbar selten persönlich betroffen fühlen. Dennoch wissen sie um globale Missstände, besonders über die unlösbar wirkenden, komplizierten und bedrohlichen Konjunkturthemen Migration und Klimawandel sind sie informiert und können deren Dringlichkeit nicht einfach ignorieren. Eine Lösung, mit dieser Dissonanz umzugehen, stellt der Zweifel daran dar, überhaupt richtig informiert worden zu sein und die Verantwortung an externe, unbeeinflussbare Akteure – Medien, Lobby, die Masse der anderen – abzugeben. Es erhärtet sich der bereits in Kapitel 2 gewonnene Eindruck, dass der Niedersachse sauber zwischen seinem individuellen Erleben und gesamtgesellschaftlichen, politischen Sphären trennt.

Unmittelbar schließt sich hier eine naheliegende grundsätzliche Frage an: Begreifen sich die Niedersachsen überhaupt als aktiven, politisch partizipierenden Teil der Gesellschaft? Erblicken sie persönliche Praxisperspektiven zur Behebung der aufgeführten gesellschaftspolitischen Problemlagen? Zunächst sehen sie jedenfalls den Staat und die Regierung in der Pflicht: Die offiziellen Träger der Macht sind es, die den kritischen Augen des Demos Lösungskonzepte, Pläne und Marschrouten vorzulegen haben. Das betrifft grundsätzliche Herausforderungen wie soziale Spaltung, Migration und Klimawandel, aber auch den staatlichen Erziehungs- und Bildungsauftrag. Ob bürokratische Verordnungen zulasten der Landwirte oder die zögerliche Durchsetzung von Umweltschutzgesetzen in der Produktion von Gebrauchs- und Kosmetikgütern: Immer wieder werden gesetzgeberische Details moniert – einzelne Diskutierenden messen wie gezeigt die Funktionsfähigkeit staatlicher Strukturen nachgerade an der exekutiven Härte gegenüber Unruhestiftern und Saboteuren der öffentlichen Sauberkeit –, ohne dass aber die Zuständigkeit der drei Gewalten mit dem geringsten Fragezeichen versehen würde. Man ist sich – abgesehen von Einzelthematiken wie etwa den bereits beschriebenen Diskussionen um die öffentliche Sauberkeit in Salzgitter – durchweg einig, in einem geordneten und gut funktionierenden Gemeinwesen zu leben:

„[...] im Großen und Ganzen: Wie geil, was für ein reiches Land wir sind. Von den Kulturen, von was weiß ich. Und wir beschäftigen uns einfach nur mit Problemen, statt mal zu sagen: Hey, genieß das mal.“ (OL)

Teilnehmer 1: „Nörgeln auf hohem Niveau, im Gegensatz zu anderen Ländern geht's uns super, aber es gibt immer noch Verbesserungsmöglichkeiten.“

Teilnehmer 2: „Es ist von den nicht perfekt funktionierenden Demokratien mit die beste.“ (SZ)

„Ich bin sehr zufrieden mit der Demokratie. Wenn ich um mich hier herum schaue, was in unserer Welt passiert, dann muss ich

sagen, wir haben trotz aller Unkenrufe und konfuser Meinungen wirklich noch eine funktionierende Demokratie.“ (OS)

Dennoch werden immer wieder auch Appelle an die Verantwortung des Einzelnen formuliert, Mahnungen an die kollektive Verpflichtung einer Gesellschaft auf ein Mindestmaß an Eintracht, Vernunft und Anteilnahme.

Teilnehmerin 1: „Ich kaufe nur noch Bio. Und das kostet auch das Gleiche. Und schwarze Schafe gibt es überall. Ob bei normalen Tomaten oder Bio-Tomaten.“

Teilnehmerin 2: „Aber das ist es halt. Es beschäftigen sich halt nicht alle Leute damit. Und manche kriegen es halt nicht mit. Und da, da muss der Staat was ... der muss ein bisschen [in Bewegung] kommen.“ (OL)

„Es wäre schön, wenn die Leute weiter bewusst bleiben und die Augen offenhalten und Bock haben, Dinge zu verändern. Weil es meiner Meinung nach jetzt leider immer noch zu Wenige sind.“ (OS)

„Das ist halt eben auch eine Sache, dass sich Leute sehr oft nicht bewusst sind, dass eben auch wirklich Handlungen passieren müssen, um wirklich wahren Wandel zu sehen. Und dass jeder so seinen eigenen Beitrag leisten muss. Dass man nicht einfach sagen muss: Okay, die Regierung muss es machen. Aber dass wir selber auch 'ne Verantwortung tragen.“ (BS)

„Man [kann] nicht jetzt sagen, die Polizei und dies und jenes und das, sondern wir müssen in unserem Gemeinwohl was machen, ja, und müssen mal wieder lernen, uns auch mal in Konflikte einzulassen, auch vielleicht mit Kindern, denn das heißt Erziehung!“ (SZ)

Wie sind diese ubiquitären Rufe zur Praxis zu verstehen? Bei näherem Hinsehen wird ein entscheidender Zusammenhang klar: Unter Engagement verstehen die meisten eher eine sozial-ethisch fundierte Übernahme von Verant-



wortung im vorpolitischen Raum, weniger die Betätigung in der – häufig als kompromittierend und verdreht wahrgenommenen – politischen Sphäre. Beim individuellen Beitrag zur gesellschaftlichen Stabilität unterscheiden sie daher auch strikt zwischen zivilgesellschaftlichem, z. B. vereinsmäßigem Engagement und der Betätigung in politischen Parteien oder Organisationen. Der Blick auf das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft trägt einen spürbar privatistischen Grundzug, der beim persönlichen Handeln stark zwischen lokalem, auch sozialem Nahraum und der „großen“ Sphäre gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen unterscheidet. Ein junger Braunschweiger bringt das auf den Punkt:

„Wirklich intensiv mit Politik beschäftigen tue ich mich eigentlich nur, entweder bei Landtags- oder Bundeswahlen, ansonsten halte ich, ich sag mal soziales Engagement im Sportverein oder auch freiwillige Feuerwehr für mich sinnvoller, als mich da irgendwie politisch zu engagieren. [...] Ich bin, sagen wir mal, Dorfkind, und da ist für mich [...] der Kontakt mit den Menschen, mit denen ich immer zu tun habe und wahrscheinlich auch längerfristig haben werde, einfach wichtiger und da möchte

ich [eher] meine Energie hineinstellen, als, ich sag' mal, größere Ziele zu verfolgen, deren Effekt ich eventuell niemals erleben werde.“ (BS)

Dementsprechend ist zwar ein großer Teil der Fokusgruppenteilnehmer zivilgesellschaftlich eingebunden: 57 Prozent von ihnen (34 von 60 Personen) geben an, Mitglied in einem Verein oder einer Organisation zu sein – während aber nur knapp 22 Prozent der Diskutierenden (13 von 60 Personen) einer politischen Jugendorganisation, einer NGO oder – am seltensten – einer politischen Partei angehören. Überhaupt ist eine allgemeine Distanz zu den politischen Parteien auffällig. Kaum jemand scheint sich durch irgendeine der verfügbaren politischen Parteien adäquat repräsentiert zu fühlen. Die parlamentarische Praxis als solche steht ihnen fern, auch wenn vereinzelt Sympathien für Spitzenpolitiker geäußert werden. Das Schema „Volk vs. Elite“ dominiert. So spezifiziert ein Salzgitteraner: „Ich bin hochpolitisch, aber nicht parteipolitisch, sondern einfach nur politisch interessiert.“ Auch dass die gerechtigkeitsensiblen Niedersachsen häufig empört auf die ständige Verletzung meritokratischer und bildungsgesellschaftlicher Prinzipien hinweisen, liefert keinen unmittelbaren Brennstoff für ein nachdrückli-



Abb. 2 Eigene Zusammenstellung von Zahlen des begleitenden standardisierten Fragebogens

ches politisches Betätigungsbedürfnis, keinen Stimulus für fundamentaloppositionelle Kritik an den bestehenden Institutionen. Über die politische Repräsentation der eigenen Interessenlagen als Bürger der Demokratie wird kaum gesprochen. In gewissem Sinne bleibt man eine Art Kunde des teils gescholtenen, insgesamt jedoch hochgeschätzten Staates.

Politisches Engagement im engeren Sinne ist also die Ausnahme bzw. liegt, wo es erwähnt wird, bereits einige Jahre zurück. Anders verhält es sich mit politischem Protest, der hin und wieder als potenzielle Bürgerpflicht diskutiert wird, entweder in Bezug auf rechtspopulistische Bedrohungslagen oder auf Fridays for Future: Er nimmt gewissermaßen eine Juxtaposition zwischen ethisch fundierter Zivilgesellschaftlichkeit und politischem Aktivismus ein. Auch der in Osnabrück artikulierte Stolz auf die lokale öffentliche Sozialmoral, auf die „anti-rechte Tradition“ bewegt sich insofern in der Schnittmenge von vopolitischer Haltung und aktivem Protest, als er auf die Mentalität der ansässigen Bevölkerung abhebt, weniger aber auf kollektive politische Projekte. Insofern lässt sich pointieren: Politisches Interesse und politische Anteilnahme bei gleichzeitiger praktisch-politischer Apathie, das ist für die Niedersachsen kein Widerspruch. Die Niedersachsen scheinen – trotz der beiläufigen Rufe nach einer politisch engagierten Jugend – eher keine Partizipationsrhetoren zu sein, vielmehr gefallen sie sich in der Rolle des distanziererten Beobachters und Kritikers.

Ein wesentlicher Grund hierfür liegt wohl in der tiefen Empfindung, sicherlich auch Erfahrung politischer Ohnmacht, an der sich das eigentlich als so hoch eingestufte Interesse an Fragen der Politik bricht. Natürlich, wählen müsse man, denn „wer nicht gewählt hat, hat eigentlich kein Recht, irgendwie, sich zu beschweren“. Ansonsten aber werden die eigenen Einflussmöglichkeiten als überaus gering eingeschätzt, da man sich als Individuum den gigantischen Mühlen der Institutionen, der professionellen Parteikader, des beinahe fugenlos abgedichteten Macht- und Pfründensystems der etablierten Eliten gegenüber sieht.

„Ja, ist wichtig. Man hat nur das Gefühl, dass man wenig ausrichten kann. Ne? Man

ist mehr so, ja, man kann sich das anhören, aber so ... man kann natürlich in eine Partei eintreten. Aber so richtig was verändern, außer dass man zur Wahl geht, aber dann das, was einen bewegt, ändern kann man es nicht irgendwie.“ (OL)

„Ich glaub', das Problem ist irgendwie auch, dass man das Gefühl hat, es ist eigentlich irgendwie so eine, so eine Scheinwahl. Man geht zwar wählen, aber man kann eh nichts damit ändern, weil man so das Gefühl hat: Okay, das wird ja eh alles von den großen Konzernen dann dominiert mit ihren Entscheidungen [...], dass man das Gefühl hat: Okay, ich gehe zwar wählen, ich gehe auch eine Partei wählen, aber am Ende entscheiden das die da oben irgendwie!“ (BS)

„Ich finde es ein bisschen schwierig, weil es eben eine indirekte Demokratie ist. Man wählt quasi die Vertreter, aber so wirklich die Entscheidung kann man dann auch nicht so richtig beeinflussen. Das heißt, man kann nur eben im Vertrauen wählen. [...] Ob das dann noch wirklich demokratisch ist? Teilweise bestimmt schon, aber weicht auch schon stark davon ab. Denn es werden auch viele Entscheidungen quasi über das Volk hinweggetroffen.“ (OS)

Ganz zutreffend analysiert daher ein Osnabrücker die Sichtweise seiner Mitbürger:

„Ich würde sagen, im Großteil der Gesellschaft ist es [die Politik, Anm. d. Verf.] halt immer etwas, was von außen betrachtet wird und nicht [etwas], wo man selber halt dabei ist.“

Einerseits mag man nun anfügen, dass trotz der offensichtlichen Nachvollziehbarkeit der hier vorgebrachten Empfindungen ab und zu der Eindruck entsteht, dass die Klage über die eigene Ohnmacht *auch* der Rationalisierung der eigenen praktisch-politischen Abstinenz dienen mag. Wenn die Verhältnisse es nicht hergeben – was soll man schon tun? Freunde der intensiven, auch konflikträchtigen Auseinandersetzung sind die Niedersachsen schließlich

nicht. Prinzipiell könne man kandidieren, grundsätzlich eine Karriere bis zum Bundespräsidentenamt verfolgen. Doch dass dieser Gedanke Hypothese bleibt, liegt zum Teil auch daran, dass er Hypothese und Phantasie bleiben *soll*: Die allermeisten scheinen von derlei Ambitionen lieber unbehelligt bleiben, ja sich von der ausdauernden Beschäftigung mit einem politischen Thema subtil distanzieren zu wollen. Es darf daher wohl ein nachdrückliches Fragezeichen hinter die Schlussfolgerung gesetzt werden, dass die Beschwerden über das Nicht-gefragt-werden auch tatsächlich auf den Wunsch nach stärkerer Einbindung hinauslaufen.<sup>115</sup>

---

<sup>115</sup> Andererseits wird die Ohnmachtsempfindung nicht nur von jenen vorgetragen, die weitgehende politische Apathie seit jeher gewohnt sind, sondern auch von einst aktiven Menschen: Eine verrentete Geringverdienerin etwa verweist hier auf den Verlust des einstigen SPD- und Gewerkschaftsmilieus und ihre daraus resultierende ermüdete Verbitterung.

# 5 Sicht auf Demokratie und auf demokratische Konfliktregulation

**W**as verstehen die Niedersachsen unter „Demokratie“, welche Anforderungen legen sie an demokratische Prinzipien und Prozesse an? Die Ergebnisse des NDM 2019 deuteten auf eine hohe Heterogenität der Demokratievorstellungen in der niedersächsischen Bevölkerung sowie auf eine verbreitete diffuse Unzufriedenheit hin. Während der Großteil der Befragten dort die Emphase auf Meinungsfreiheit und Partizipationsmöglichkeiten legte, insistierten andere auf institutionelle Faktoren wie Gewaltenteilung, Wahlrecht und Rechtsstaatlichkeit als den vorrangigsten Vorzügen der Demokratie.<sup>116</sup> Nur etwa die Hälfte von ihnen zählten Minderheitenrechte und das staatliche Gewaltmonopol zu den unerlässlichen Kernelementen der Demokratie. Und: 45 Prozent gaben an, mit dem Zustand der deutschen Demokratie sehr oder eher zufrieden zu sein, etwa 40 Prozent hingegen positionierten sich als partiell Unzufriedene, 15 Prozent als eher bis sehr unzufrieden.<sup>117</sup> Wie sind diese Unterschiede zu erklären? Handelt es sich hierbei bloß um verschieden gewichtete Präferenzen einzelner Teilaspekte oder doch vielmehr um tiefer reichende, vielleicht sogar grundstürzende Mentalitätsdifferenzen bis hin

zu einer gespaltenen politischen Landeskultur? Von marginaler Bedeutung ist eine solche Frage keineswegs, schließlich wären besonders anwachsende Frustrationen oder fundamental konträre Auffassungen als Hinweise auf mentale Fragmentierungsprozesse innerhalb der niedersächsischen Gesellschaft interpretierbar.

Um diese Rätsel zu klären, lohnt es sich, die Potenziale einer qualitativen Vertiefung zu nutzen. Die sorgfältige Auswertung der Gruppendiskussionen erlaubt es, den Charakter des Demokratieverständnisses von Bürgern besser zu verstehen: Nicht das Faktenwissen der Diskutierenden ist aussagekräftig, sondern ihr Assoziationsspektrum, mithin die Empfindungen, Orientierungen, Werthaltungen und Überzeugungen, die sich in ihren Äußerungen zur Demokratie kondensieren. Denn Fokusgruppen mit Bürgerinnen und Bürgern aus verschiedenen Alltagsrealitäten sind nicht mit einem politikwissenschaftlichen Seminar vergleichbar. Wer nach dem Demokratieverständnis der Niedersachsen fragt, erforscht einerseits die empfundene Unterstützung des gegenwärtigen bundesrepublikanischen deutschen Staates und der dazugehörigen Form der Elitenauslese durch demokratische Wahlen (Kognition und Affekt gleichermaßen), andererseits die Reservoirs von egalitär-plebiszitärer Gesellschaftskritik.<sup>118</sup> Häufig verschwimmen die ideelle (Vor-

<sup>116</sup> Vgl. Marg et al.: NDM 2019, S. 41.

<sup>117</sup> Vgl. ebd., S. 43 f.

<sup>118</sup> Dieses semantische Ineinander ist nicht etwa Ergebnis kognitiver Defizite der Befragten – und dem-

stellungen eines reinen demokratischen Prinzips) und die empirische (demokratische Realität der Bundesrepublik) Dimension ineinander. Im Demokratieverständnis verdichten sich immer wieder auch Vorstellungen guter gesellschaftlicher Ordnung und eventuelle Maßstäbe ihrer Gefährdung oder Instabilität.<sup>119</sup> Versteht man Demokratieverstellungen immer auch als Fenster in tieferliegende politisch-kulturelle Sinnstrukturen, werden starke grundierende Konsenslinien einer geteilten Gruppenmoral sichtbar, die die verschiedenen Auffassungen verklammern und damit die beobachteten Varianzen auf der vergleichsweise oberflächlichen Ebene von Umfrage-Items relativieren.

### Prinzipien und Kernelemente der Demokratie: Starke Konsenslinien

Fordert man Gesprächspartner dazu auf, ihre Gedanken zum Begriff der Demokratie zu äußern, lädt das häufig zu einem philosophierenden und rasonierenden Diskurs ein. Historische Patina und normative Aufladung veranlassen dazu, die Sphäre konkreter Alltagserfahrungen hinter sich zu lassen und zu definitorischen Exkursen auszuholen. So auch in unseren Fokusgruppen: Während viele Diskutierende zunächst verstummen und nachdenken, stoßen einige wenige vor – sei es mit dem erhobenen Zeigefinger deutscher geschichtlicher Lektionen oder mit einer polemisierenden Anklage des bundesrepublikanischen Status quo. Das Thema weckt bei manchen, etwa bei berufsmäßig Af-

finen<sup>120</sup>, erkennbar stärkere Diskussionsfreude als bei anderen. Ähnlich jedoch wie im Fall der politischen Problemlagen beteiligen sich auch in diesen Sequenzen nach und nach mehrere Diskutierenden, sodass in der Gesamtschau ein klares Bild des Demokratieverständnisses der Niedersachsen – sowohl hinsichtlich kollektiv geteilter Schnittmengen als auch in Bezug auf vereinzelte Differenzen – entsteht.

Was also macht den Wesenskern der Demokratie für die Diskutierenden aus? Zwar entsteht in den Gesprächen immer wieder der Eindruck, dass die Niedersachsen es bevorzugen, von politischem Konfliktpotenzial unbehelligt zu bleiben, ja hierin sogar einen Quell destabilisierender Spaltungstendenzen zu erblicken. Erstaunlicher, wenn nicht gar konträrer Weise aber identifizieren sie wie gesehen die Meinungs- und Pressefreiheit spontan als primäres demokratisches Prinzip. Entsprechende Äußerungen waren in allen vier Städten zu vernehmen:

Interviewer: „Was ist eigentlich Demokratie? [...] Was ist das aus Ihrer Sicht, Ihrer ganz persönlichen Sicht?“ Teilnehmerin: „Freie Meinungsäußerung.“ (OL)

„Ich würde anfangen mit der Pressefreiheit, beziehungsweise erst mal mit der Meinungsfreiheit, dass man eigentlich nicht eingeschränkt werden darf.“ (OS)

„Für mich ist Demokratie auch Meinungsfreiheit vor allen Dingen. Ich habe in China gelebt und dort ist sehr viel einfach zensiert. Und hier haben die Leute immer die Möglichkeit, alles zu sagen.“ (BS)

Teilnehmerin: „Dass jeder das sagen darf, was er meint.“

---

entsprechend nicht mit einer „richtigen“, widerspruchsfreien Verbaldefinition von Demokratie zu kontrastieren –, sondern folgt aus der politisch-historischen Tiefendimension des Demokratiebegriffs selbst. Vgl. dazu die konzeptuellen Erwägungen in Marg, Stine/Schenke, Julian/Finkbeiner, Florian: Gegen einen formalistischen Demokratiebegriff. Zwischenstand der begriffshistorischen und -theoretischen Reflexion im Forschungsprozess, in: Demokratie-Dialog H. 5/2019, S. 2–13.

<sup>119</sup> Vgl. Schenke: Student und Demokratie, S. 470–483.

---

<sup>120</sup> So trumpft beispielsweise ein Lehrer förmlich auf, der auf die Frage, wie man fiktiven Unkundigen die Demokratie erklären würde, sichtlich enthusiastisch einwirft: „Das klingt nach Schule jetzt gerade. [...] Wir haben jetzt das Thema ‚Französische Revolution‘. Da ist das genaue Gegenteil Absolutismus, Ludwig der XIV. [...] Demos ist das Volk. Das Volk ist der entscheidende Faktor dabei [...], nicht der Monarch oder der Diktator oder sonst irgendetwas.“

Teilnehmer: „Das wäre eigentlich der Inbegriff der Demokratie. Für das Volk.“ (SZ)

Überdies ist hier die starke inhaltliche Übereinstimmung zwischen sämtlichen Diskutierenden, so sehr sie auch im Gesamtverlauf politisch differieren, überwältigend. Dass man „alles sagen darf“, darauf insistieren nicht zuletzt auch die Migrations skeptiker in unserem Sample – und erhärten damit einen Befund des NDM 2019.<sup>121</sup>

Interpretationsdifferenzen tun sich erst beim am zweithäufigsten genannten Kernelement demokratischer Gesellschaftsformen auf, der rechtsstaatlich abgesicherten Möglichkeit, als Einzelne am politischen Prozess partizipieren zu können. Zwar ist man sich auch hier grundsätzlich einig, dass die aktive politische Mitbestimmung jedem Interessierten offenzustehen habe, jedoch reiben sich unterschiedliche Auffassungen über tatsächliche Teilhabemöglichkeiten.

„Demokratie heißt, dass wirklich im Idealfall jeder Einzelne die gleiche Gestaltungsmöglichkeit hat, die gleiche Stimme hat, die gleichen Rechte irgendwo hat.“ (OL)

„[...] und dann hat jeder halt die Möglichkeit, für irgendjemanden zu voten, also irgendjemanden zu wählen, der ihm gefällt. Auch, wenn es wahrscheinlich immer das kleinere Übel ist.“ (SZ)

„Also, einmal auf jeden Fall Pluralismus. Also, dass es nicht nur eine richtige Meinung gibt und halt auch viel verschiedene Meinungen vertreten sind. Aber halt auch, dass jeder das gleiche Stimmrecht hat und das gleiche Recht, sich einzubringen oder zu partizipieren – ob durch Wahlen oder durch andere Sachen. Das ist ja verschieden. Von daher, das ist für mich eigentlich Demokratie.“ (OS)

Häufig dichotomisiert man zwischen demokratischem „Idealfall“ und Alltagsrealität. Für die meisten ist bereits durch das (passive wie aktive) Bundestags-, Landtags- und Europawahlrecht sowie die damit verbundene grundsätzliche Möglichkeit, bis zum Staatsoberhaupt aufsteigen zu können, gewährleistet, „dass alle mitentscheiden können“, auch wenn sie gerne resignativ anfügen, dass man sich angesichts der Anzahl der Stimmberechtigten „manchmal sinnlos fühlt mit seiner einzelnen Stimme“. Ein Punkt, den manch einer durch gelegentliche

121 Vgl. Marg et al.: NDM 2019, S. 41–43.

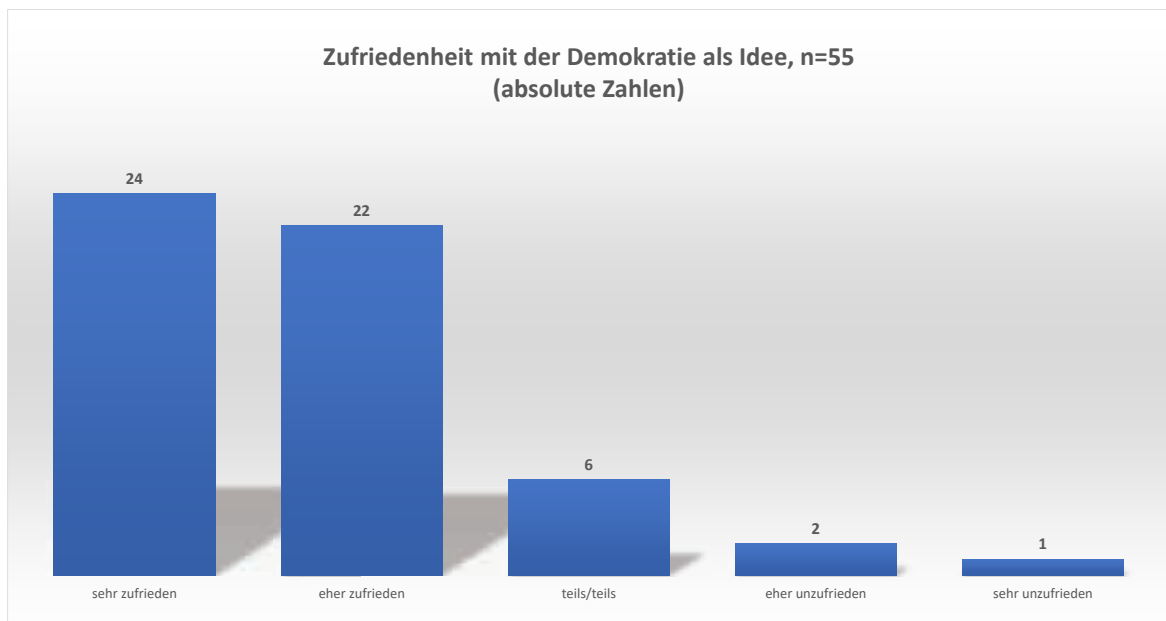


Abb. 3 Eigene Zusammenstellung von Zahlen des begleitenden standardisierten Fragebogens



Verweise auf aktuelle (chinesische oder türkische) autokratische Regierungsformen kontrastiv stützt. Gelegentlich mischen sich hier jedoch ins Sarkastische oder gar ins Zynische reichende Kommentare zu den tatsächlichen Einflussmöglichkeiten ein. Sie monieren die strukturellen Hindernisse einer vollständigen Realisierung demokratischer Prinzipien, insbesondere die Machterhaltungsinteressen mächtiger Netz-

werke, die nicht zuletzt auch in den Parteien immer wieder Veränderungsimpulse absorbierten und egozentrische Karrierepolitiker bevorzugten. Wer hier konkrete persönliche Erfahrungen vorweisen kann, bemüht sich um einen Spagat zwischen Optimismus und Pessimismus: Ein Oldenburger Diskutant, einstmals aktiv bei den Grünen, begründet seinen Rückzug zwar mit dem rauen Klima des politischen Wettbewerbs

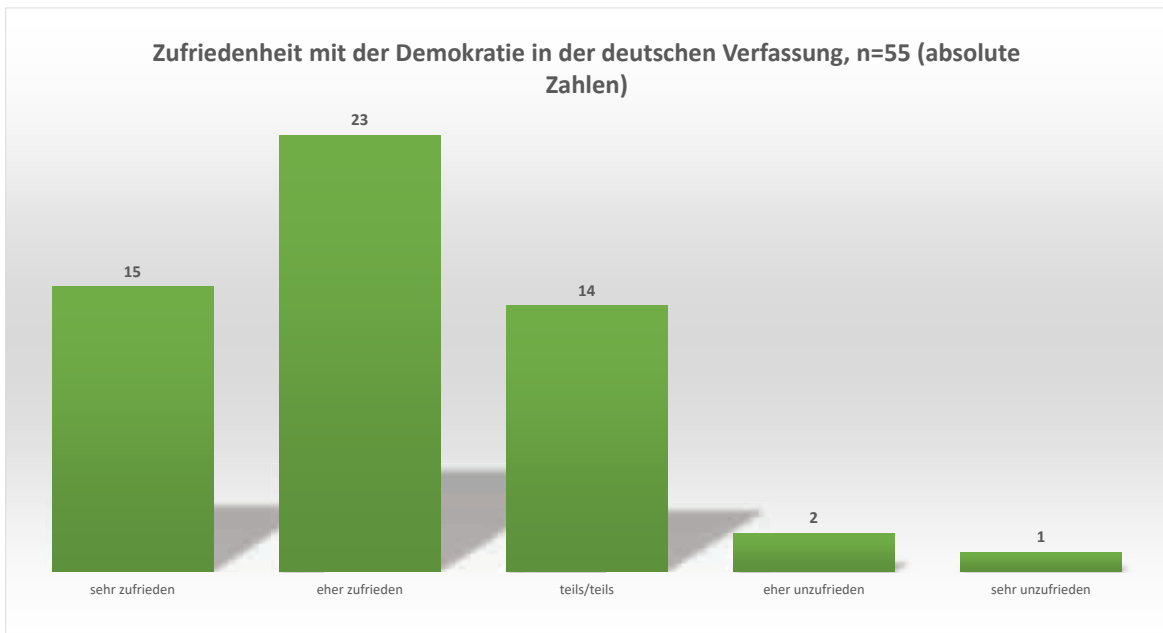


Abb. 4 Eigene Zusammenstellung von Zahlen des begleitenden standardisierten Fragebogens

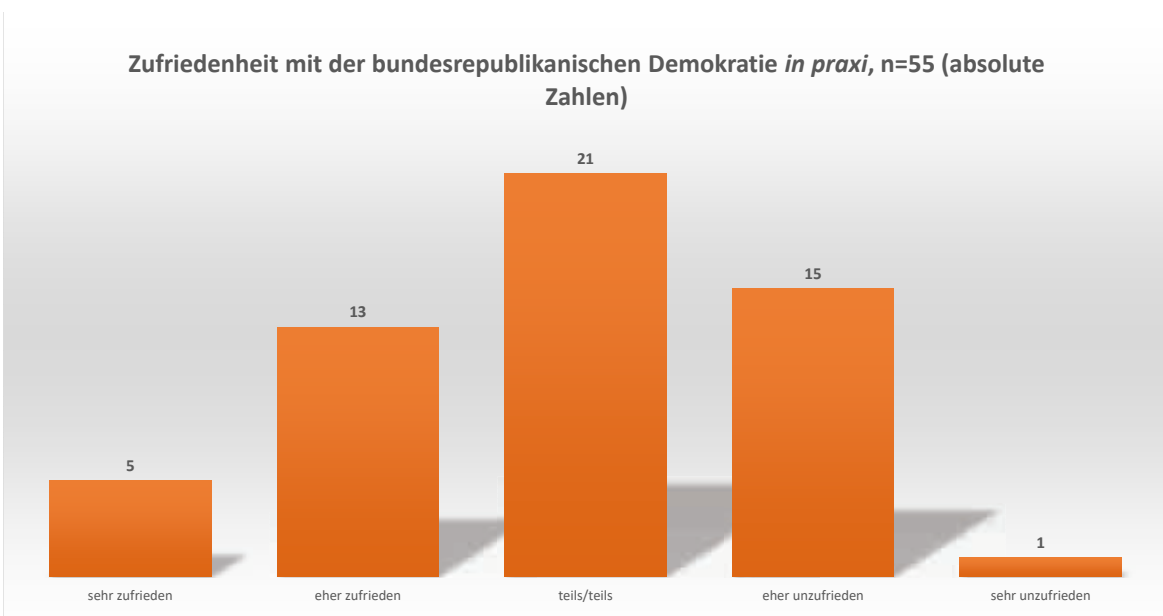


Abb. 5 Eigene Zusammenstellung von Zahlen des begleitenden standardisierten Fragebogens

– „[...] das System ist überall das Gleiche. Darum bin ich auch raus. [...] Aber ich glaube, man kann sich einbringen. Man muss sich eben früh einbringen“ –, setzt sich aber zugleich gegen die Philippika einer MitdiskutantIn zur Wehr, die angesichts der Erlebnisse unbekannter Dritter nur für Menschen mit hohem Einkommen und privilegiertem Zeitbudget, eben jene mit entsprechendem „Background“, substanzielle Mitwirkungsoptionen für möglich hält. Wie klar konturiert das Sympathie-Gefälle zwischen demokratischer Idee, bundesdeutscher Verfassungsrealität und alltäglicher demokratischer Praxis ist, wird auch in den Daten des begleitenden standardisierten Fragebogens deutlich.

Als weitere Kernelemente der Demokratie ergeben sich im Fortgang der Diskussionen die Aspekte umfassender, d. h. auch sozial abgesicherter Teilhabe (vor allem in Salzgitter zählen die Diskutierenden zu den „Interessen der Mehrheit“ auch, „dass wir einen hohen Bildungsstand haben [...], dass es den Familien gut geht“), der sozialmoralischen Verpflichtung auf Kompromiss und Konsens, der Orientierung am Gemeinwohl und des Rechts auf Opposition (ein Punkt, der indes nur ein einziges Mal thematisiert wird). Es handelt sich hierbei allerdings um eher seltene und sporadisch eingebrachte Motive, die, wenn auch ohne offenen Widerspruch verhandelt, kaum die Leidenschaft der Gruppe zu binden vermögen und im weiteren Gespräch tendenziell untergehen. Nicht assoziiert werden indes die Prinzipien der Gewaltenteilung, der Elitenauslese (obwohl gerade das ein fester und täglich in den Nachrichten nachzuverfolgender Bestandteil der deutschen Demokratie ist), des Minderheitenschutzes oder das Erfordernis spezifisch demokratischer „Werte“ respektive einer demokratischen Bürgermoral (ein Aspekt, der beispielsweise unter Studierenden den allerhöchsten Rang unter den demokratischen Kernprinzipien einnimmt<sup>122</sup>).

Die Sichtung dieser recht einmütigen Resultate deutet auf außerordentlich ausgeprägte Konsenslinien hin, zweifellos auf wesentliche Grundzüge einer „ungeschriebenen Verfassung“ der Niedersachsen. Man ist sich im Grunde einig.

Die einzelnen Äußerungen greifen förmlich ineinander, wie aufeinander aufbauende Ziegelsteine, während das Konfliktpotenzial durchweg gering bleibt oder sich durch kleine klarstellende Bemerkungen ausräumen lässt. Dennoch sind durchaus Unzufriedenheiten und Irritationen zu beobachten, die sich an der schon angedeuteten Kollision von Ideal und Realität entzünden. Hier lohnt ein näherer Blick.

### Gebrochene Kritik: Über die Funktionsfähigkeit des demokratischen Prozesses

Wie schon im NDM 2019, so zeigen sich auch in den hier ausgewerteten Fokusgruppen immer wieder Vorbehalte gegenüber der bundesrepublikanischen Demokratie. Doch worin wurzelt die Kritik und aus welchen Gründen sehen die Niedersachsen Nachteile im deutschen demokratischen Regierungssystem? Und deutet der hier erkennbare Unmut auf ein Anwachsen sozialer Konfliktivität inmitten der Bevölkerung hin?

Zunächst äußern die Diskutierenden in sämtlichen Gruppen den Eindruck einer Verselbstständigung des Denkens und Handelns der politischen Eliten gegenüber den Interessen, Begehren, Wünschen und Nöten der Mehrheitsbevölkerung. Viele monieren, oft flankiert mit abwinkehenden Gesten und sarkastischem Schnauben, dass Vorteilsgewinnung und -sicherung im Amt, nicht zuletzt die Wiederwahl, zu oft die vorrangigen Ziele der Amtsträger seien. Am Beispiel der Klimapolitik könne man beobachten, wie der Amtsschwur, „Schaden vom deutschen Volk abzuwenden“, „an vielen Stellen“ missachtet werde. Politische Anliegen seitens der „normalen Bürger“ fänden nur Gehör und Unterstützung, sofern sie sich im Parteienwettbewerb oder anderweitig opportunistisch ausschlichten ließen. Belastbare Einsichten in deren Lebenswirklichkeit indes, etwa die tatsächliche Situation von Hartz-IV-Empfängern oder die tatsächliche Umsetzbarkeit der von vielen als Berliner Diktat wahrgenommenen Elektromobilität – „Ich meine, es ist tatsächlich egal, mit wem man diskutiert, alle sind sich irgendwie einig: Elektroautos sind

<sup>122</sup> Vgl. Schenke: Student und Demokratie, S. 446–470.

nicht die Autos der Zukunft“ –, lägen den Angehörigen der Eliten fern. Lösungsansätze für manifeste gesellschaftliche Herausforderungen wie die Flüchtlingskrise würden nicht „auf lange Sicht geplant“, vielmehr „wurschteln“ die karrieristisch motivierten Entscheidungsträger bei Gesetzesentwürfen „da irgendwas ‘rein“, obwohl doch nichts wichtiger sei als die konsequente und transparente Umsetzung einmal angekündigter Lösungen: „Dass man hinter die Kulissen schauen kann und nicht einfach nur der Kampagne so zusehen muss.“ Aufseiten der Bevölkerung produziere all das massenhafte Orientierungslosigkeit, Unzufriedenheit, Unsicherheit und Frust. Die grassierende Selbstbezüglichkeit und der Egozentrismus politischer Eliten – nicht Minister, ihres Zeichens bloße „Aushängeschilder“, sondern deren „Mitarbeiter im Hintergrund“ hätten „den eigentlichen Plan“ – werden denn auch als Eintrittspforte der häufig gewitterten Lobby-Einflussnahmen gewertet. So bilden sich aus Sicht der Niedersachsen wie bereits geschildert wieder und wieder Machtblöcke, die das Vertrauen der Wählenden strukturell enttäuschten. Manch einer steigert die kritischen Auslassungen zur Tirade, spricht Spitzenpolitikern die berufliche Eignung ab oder vermutet gar eine Neigung zu korrupten Praktiken:

Teilnehmerin: „Warum streiten unsere Politiker viel weniger um die Sache und so viel um Macht und um Positionen und Koalitionen?“

Teilnehmer: „Ja, weil sie von der Sache keine Ahnung haben!“ (BS)

„Da geht es nur um Macht und Geld und Lobbyismus. Daher kommen ja diese ganzen Probleme. Es geht nur darum, dass der eine mehr hat als der andere.“ (OS)

Teilnehmer 1: „Ja, meine Erwartung an die Zukunft ist: mehr Durchsetzungsfähigkeit von wirklich fähigen Politikern.“

Teilnehmer 2: „Die sind alle fähig.“

Teilnehmer 3: „Lässt sich drüber streiten.“ (SZ)

Eine Osnabrückerin prangert schon in einer sehr frühen Diskussionssequenz entscheidende Missstände, die sie in der „Meta-Ebene“ verortet, an: Demnach befänden wir uns derzeit regelrecht in einer „Demokratiekrise“ und sähen uns Parlamenten gegenüber, „die gar nicht mehr wirklich für die Bürger\_innen arbeiten [...] und es wird einfach richtig Lobbypolitik betrieben.“ Auch wenn wenige Kommentare so drastisch ausfallen wie dieser, darf man aufgrund der Häufung ähnlicher Gesprächspassagen davon ausgehen, dass die grundsätzliche Kritik am Prinzip der demokratischen Repräsentation fester Teil der kollektiv geteilten Mentalitätsbestände der Niedersachsen ist. Die hier zugrundeliegende Haltung bringt eine Braunschweiger DiskutantIn mit einem nüchtern-analytischen Satz auf den Punkt: „Es ist halt eine indirekte Demokratie in Deutschland.“ Auch wenn es wohl gemerkt zum wiederkehrenden Ritual der Gruppengespräche gehört, dass eine oder mehrere Personen schließlich intervenieren und die in wissendes Raunen abgleitenden Spekulationen zu durchbrechen und in ein relatives Lob der nolens volens makelbehafteten amtierenden Eliten zu überführen versuchen. Sie äußern Verständnis für die mit „Sachzwängen“ gespickten Verhängnisse des politischen Geschäfts, schließlich sei es selbst mit „hehren Zielen“ „einfach unglaublich schwierig, einige Sachen durchzusetzen, sei es wegen Lobbyismus, sei es wegen des Drucks, wiedergewählt werden zu müssen“.

„Ich finde schon, dass wir Politiker haben, die sich auf einer anderen Ebene mit dem, was sie tun, auskennen. Klar sind die austauschbar, weil sie ja auch Berater haben. Aber im Endeffekt halten sie auch immer für das, was sie tun, den Kopf hin.“ (OL)

Teilnehmer 1: „Was hat sie denn bis jetzt erreichen können in ihrer Geschichte oder in der Ära Merkel, was ist passiert?“

Teilnehmer 2: „Mach‘ sie mal nicht schlechter, als sie ist.“ (SZ)

„Ich kenne einen persönlich, mit dem ich auch persönlich befreundet bin. Und das

Arbeitspensum, puh, möchte ich mir nicht unbedingt an die Backe packen.“ (OS)

Unter den Osnabrücker Diskutierenden ist sogar Raum für anheimelnden Humor gegenüber den von ihnen konstatierten nepotistischen Zügen der lokalen Kommunalpolitik: Sie wissen Bescheid, sehen in den inoffiziellen Wegen der Ämterbesetzung aber kein grundsätzliches Funktionsdefizit demokratischer Prozesse. Insgesamt aber erwacht die verhältnismäßige Sympathie für professionelle Berufspolitiker vor allem dann, wenn sich das Gespräch direkt-demokratischen Instrumenten der Entscheidungsfindung zuwendet. Interessanterweise nämlich verfangen sich die Diskutierenden genau an diesem Punkt stets in widerstreitenden Präferenzmustern und Motivlagen: Eigentlich gehört ein antielitär-basisdemokratisches Vibrato zum „guten“ Grundton der Diskussion, welches die Niedersachsen zu den genannten sarkastischen und zynischen Äußerungen treibt. Es wäre nur folgerichtig, hier aus der Kritik des Repräsentationsprinzips – vorausgesetzt, man will auf konkrete Veränderungen hinaus – zu Forderungen nach einem imperativen Mandat oder aber nach plebiszitären Instrumenten der Entscheidungsfindung überzugehen. Tatsächlich tun das zunächst auch viele: Auf breiter Front regen sich intuitive Sympathien in Richtung eines institutionellen Zwangs zur Einlösung von Wahlversprechen oder auch in Richtung direkt-demokratischer Prinzipien. Doch setzt alsbald ein Zögern und Zaudern ein, das sich häufig an drei entscheidende Ereignisse heftet, nämlich an die durchweg als irrationale Verirrungen eingestuften Voten für AfD, Trump und den Brexit. Was, wenn eine große Masse fehlinformierter und medial aufgepeitschter, im politischen Geschäft und in Sachfragen jedoch unkundiger Wähler vermöge ihrer plebiszitären Macht das Falsche beschließt – etwa bezüglich fiktiver Abstimmungen zur Abschaffung des Euro oder der Parlamente? Zunächst müsse „natürlich sichergestellt sein“, dass vor dem Abstimmungstermin keine Falschinformationen zirkulierten, dass keine sinistren Interessen – Lobbyisten, rechte Rattenfänger, ausländische Geheimdienste – Einfluss üben, schließlich droht sonst „das böse Erwachen hinterher.“ Mit „der

Dummheit der anderen Menschen“ müsse man stets rechnen. Rasch werden auch die dezidierten Bekenntnisse zu Volksentscheiden („Finde Volksabstimmungen super. Absolut.“) relativiert und limitiert, etwaige Sympathien vielmehr unter einer Reihe von Einwänden, Einschränkungen, skeptischen Überlegungen begraben: „Man sieht ja, was da rauskommt. Hat Vor- und Nachteile.“ Die Diskussion sei „sehr vielschichtig“ zu betrachten. Zwar bleibt, nochmals, explizites Lob der politischen Eliten und Repräsentanten durchweg die Ausnahme; Unzufriedenheit mit Autoritäten ist fester Bestandteil der Gruppenmoral. Doch wo die Volksabstimmung vom Risiko eines folgenreichen Experiments bestimmt erscheint, ertönt dann schließlich doch der Ruf nach den Kundigen und Kompetenten, den Berufspolitikern und Repräsentanten. So dominiert schlussendlich eine ablehnende Haltung. Plebiszite in größerem Rahmen: besser nicht, besonders nicht auf Bundesebene, da die Auswirkungen einer Situation, in der „so viele Menschen einfach sich leiten lassen und wie Schafe folgen“, unabsehbar desaströs ausfallen könnten.

„[...] ich denk' jetzt nicht, wenn ich 'ne rechte Partei oder 'ne linke Partei wählen würde, dass das dann gleich so komplett in diese Richtung geht, sondern eigentlich muss die Partei das Land verwalten und nur gewisse Schwerpunkte setzen. [...] Man wählt 'ne Partei, die verwaltet das so 'n bisschen, man setzt gewisse Akzente, aber ob so 'ne Direktabstimmung vom Volk ausgehen sollte – weiß nicht, ob das so sinnvoll ist.“ (SZ)

Immer wieder verkehrt sich diese Denkbewegung dann sogar ins Gegenteil, nämlich in Sympathien für eine Technokratie der Sachexperten; hier wurzelt ein anderer, wenn auch offenbar schwächerer Strang der Eliten- und Repräsentationskritik. Dieser wird selten manifest; am ehesten äußert er sich im Zuge der Klimafrage, etwa wenn der Unmut in das Gedankenexperiment eines Systemwechsels umschlägt:

„Ist denn Demokratie sozusagen das Ende der Fahnenstange, oder braucht es nicht

vielleicht ein System, wo Menschen, die Politiker sind, Berufspolitiker sind und unabhängig davon sind, was andere sagen. Sondern wo es darum geht, dass die nur dafür bezahlt werden, ihre Arbeit zu machen. [...] Oder wähle ich ein Expertengremium und sage, wir holen uns Wissenschaftler und die müssen entscheiden, auf einer wissenschaftlichen Grundlage, welche Gesetze erlassen werden, um zum Beispiel unsere Umwelt zu schützen?“ (BS)

„Ich habe letzts einen Vortrag von Professor Harald Lesch gehört. Und der hat halt gesagt, das fand ich ganz spannend, in der Politik sitzen dann an oberster Front immer Leute, die rhetorisch gut sind, die aber eigentlich keine Ahnung haben. Und die, die in der zweiten Reihe sitzen, das sind diejenigen, die wirklich was draufhaben. Und eigentlich sind das auch diejenigen, die entscheiden müssen, ne?“ (OL)

Als zweiten Kritikpunkt machen die Niedersachsen einen mangelnden demokratischen Wettbewerb aus. Man stehe, so die Selbstauskunft zumindest einiger Diskutierenden, mittlerweile ratlos vor seinem Wahlzettel. Diffus das Profil der etablierten Parteien, erblasst ihr einstiger Markenkern, dahin die charismatischen Führerfiguren von ehemals („Gregor Gysi, seinerzeit Heiner Geißler, egal welche politische Couleur, das waren für mich Menschen, wo ich sage: Wow! [...] Und es gibt eben leider keine Charakterköpfe mehr wie Wehner, Willy Brandt, Helmut Schmidt“). Dass die CDU einen Linkstrend vollzogen habe, während die SPD einen Rechtschwenk mache, gehört zu den repetierten Gemeinplätzen der Diskussionsrunden. Sicher ist es heutzutage oft auch wohlfeil, sich über das schlechte politische Angebot zu echauffieren; nicht zuletzt die besserverdienenden, liberalen Segmente der bürgerlichen Mitte zeichnen sich schon seit Jahren durch äußerst volatile Loyalitäten aus.<sup>123</sup> Auch in den Fokusgruppen ent-

steht der Eindruck, dass einige hier allgemeine Sympathien und Antipathien verhandeln, während andere vermittels ihrer Klage über das schlechte politische Angebot eine allgemeine Entfremdung von der Institution „Partei“ und ihrem jeweiligen Personal zum Ausdruck bringen. So etwa bei der folgenden, eindrücklich verbiterten Äußerung:

„[...] und für mich war der größte Verrat oder Verräter, weswegen ich 'ne ganz miese Einstellung habe den Parteien gegenüber, SPD oder was, unser Bundeskanzler, den wir damals hatten, Herr Schröder.“ (SZ)

Indes muss die Klage keineswegs aus erfahrungslieferem Nihilismus resultieren. Manchen älteren Braunschweigern und Salzgitteranern ist durchaus anzumerken, dass sie tatsächlich einmal über eine milieuartige soziale Einbindung, gestützt durch Sozialmoral, robuste Gewerkschaftsarbeit und SPD-Stammwahl, verfügt haben. Dass ihnen mit dem Verlust dieses Milieus Selbstverständnis, Stolz und Kraft abhandengekommen sind, erfahren sie als Verrat seitens ihrer einst einflussreichen Partei; eine entmutigende und enttäuschende politische Heimatlosigkeit hat sich unter ihnen spürbar ausgebreitet.

Drittens sind die Niedersachsen sichtbar beunruhigt darüber, dass die bundesrepublikanische Demokratie keinen Weg zu finden scheint, dem massenhaft „falschen“, die gesellschaftliche Stabilität gefährdenden Wahlverhalten ungebildeter und enragierter Bevölkerungsteile Einhalt zu gebieten. Dass sie der AfD offene Tore biete, evoziert – worauf noch detaillierter eingegangen werden wird – tiefe Sorgenfalten.

Der vierte Kritikpunkt richtet sich auf die perzipierte Schwerfälligkeit politischer Prozesse im Allgemeinen. „Je größer eine Demokratie ist, desto mehr Reibungsverluste hat man da natürlich auch.“ Angesichts der Zahlenstärke der deutschen Bevölkerung – und unter kaum verhohlener Sehnsucht nach vermeintlich übersichtlicheren Verhältnissen wie in der Schweiz –; wegen der dadurch erforderlichen Verwaltung, Aggregation und Moderation aller zu berücksichtigenden Interessen; aufgrund der Architektur der Institutionen, Gesetze und Regularien; schließlich aber

<sup>123</sup> Vgl. Walter, Franz: Gelb oder Grün? Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland, Bielefeld 2010, S. 119.

auch durch den konfliktiven Wettbewerb der beteiligten Fraktionen und Amtsträger um das für sie beste Ergebnis – kurzum: aufgrund der gerade in der Bundesrepublik üppigen checks and balances würden die Entscheidungsprozeduren häufig in die Länge gezogen, wichtige Beschlüsse vertagt, drängende Reformbedürfnisse aufgeschoben.

Teilnehmerin 1: „Ich glaube, dass Politik zu langsam ist. Und ich glaube, die Demokratie spielt da eine ganz große Rolle.“

Teilnehmerin 2: „Das ist es.“ (OL)

Die hin und wieder aufkeimende Sehnsucht nach einem „starken Mann“ sei ein unvermeidliches Produkt der Demokratie selbst, welche in Deutschland eben durch ihr Kaleidoskop aus Vetospielern, intermediären und vermittelnden Kräften die Entscheidungsprozesse prolongiere und dadurch Frustrationen generiere. Dazu trägt aus Sicht der Diskutierenden auch die „Linientreue“ und Fraktionsdisziplin der Abgeordneten bei, da dieser Faktor in schnöder Regelmäßigkeit die verständige Sachauseinandersetzung und die offenerzige demokratische Debatte untergrabe: „Deswegen erscheint alles so langweilig, weil es schon alles vorgezeichnet [ist], es gibt keine richtigen Debatten mehr, weil die Mehrheiten schon feststehen.“

In der Gesamtschau der hier zu vier Grundlinien geordneten Kritik an der deutschen Demokratie fallen wiederum einige Aspekte auf.

*Erstens:* Noch stärker als am Gegenstand demokratischer Kernprinzipien macht sich in der Demokratiekritik der Niedersachsen der Dualismus von Ideal und Realität geltend. Fast nie wird die Demokratie als Regierungs- und Gesellschaftsform selbst aufs Korn genommen – sie ist, ganz wie es der Politikwissenschaftler Philip Manow beschreibt, zum unangefochtenen und universalen Legitimationsprinzip von Herrschaft überhaupt aufgestiegen<sup>124</sup> –, vielmehr beruft sich der antielitäre Grundton auf den Eindruck einer mangelhaften oder allzu trägen Realisierung

der *volonté générale*, des individuellen Partizipationsrechts oder des vernunftgeleiteten Ausgleichs als Fundament der Kritik. Manch einer äußert die Annahme einer grundsätzlichen Unrealisierbarkeit demokratischer Ideale. So wäre die Vorstellung, dass die demokratische (Selbst-)Regierung Sache jedes Einzelnen sei, zwar „in der Theorie möglich“, „aber praktisch ist es was anderes.“ „In Deutschland, mit der Demokratie, da geht es immer um Macht und Geld halt.“ Es frustriert, dass Volkswille und Staatsräson so schwer zur Deckung zu bringen sind, während wohlgeachtet das für Demokratien ja kennzeichnende Konfliktpotenzial widerstreitender Interessen, die sich schon aus den differierenden Lebensrealitäten der Bevölkerung ergeben müssen<sup>125</sup>, nicht als Basis des politischen Prozesses wahrgenommen wird, sondern im Grunde als Störfaktor.

*Zweitens:* Die starke Orientierung an Ausgleich und Harmonie erstreckt sich mitunter auch auf den sozialen Faktor. Viele Diskutierende verweisen auf die Abhängigkeit einer stabilen demokratischen Ordnung von einer angemessenen wirtschaftlich-materiellen Grundlage: Sie fordern ein Mindestmaß an Wohlstand, distributiver Gerechtigkeit sowie nachhaltiger Lösungskonzepte für die ganz großen kommenden Herausforderungen der demokratischen Stabilität, etwa den Klimawandel. Häufig erscheinen wirtschaftliche Profitinteressen als zentrales Übel, welches mit geradezu kosmologischer Periodizität und Unausweichlichkeit auf die frommen Erdenbürger herniederhagelt, etwa am Beispiel der wachsenden Angewiesenheit von Universitäten auf eingeworbene Drittmittel, die ein Diskutierender auf die Generalaussage „Ein Zyklus, der nie endet“ münzt.

Weiterhin auffällig ist *drittens:* Die vorgebrachten Monita sind häufig in sich gebrochen, halbherzig durchargumentiert, ja bisweilen wie von einer Koketterie der skeptischen Haltung genährt. Viele, so scheint es, haben Freude an einem vornehmen Degout, vollführen jedoch bei drohenden Aporien rasch eine optimistische Kehrtwende. Das ist nicht als Abqualifizierung misszuverstehen, schließlich hegen die Nieder-

<sup>124</sup> Vgl. Manow: (Ent-)Demokratisierung der Demokratie, S. 13–15.

<sup>125</sup> Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, S. 174.



sachsen durchaus Unzufriedenheiten bezüglich des gesellschaftlichen Status quo, die sie damit auszudrücken versuchen. Dass sie sich dabei in Widersprüche verstricken, ist vermutlich als Indiz grundlegender Orientierungsschwierigkeiten in einer sich verändernden politischen Kultur zu verstehen; hierauf kommen wir weiter unten zurück. *Insgesamt* jedoch nämlich dominiert grundsätzliche Zufriedenheit auch unter den kritischen Stimmen: Eintauschen möchte niemand das gesellschaftspolitische Umfeld der Bundesrepublik, schon gar nicht gegen Systemalternativen. Man ist weit entfernt von jedem fundamentaloppositionellen Rumoren, wie nicht zuletzt die wiederkehrende Betonung der eigenen Privilegiertheit als deutsche Bürger demonstriert:

„Deswegen sag ich ja, das ist Nörgeln auf hohem Niveau, im Gegensatz zu anderen Ländern geht's uns super, aber es gibt immer noch Verbesserungsmöglichkeiten.“ (SZ)

„Also, wenn ich jetzt die ganzen Herrschaftssysteme, die es gibt auf der Welt, vergleiche mit der Demokratie, die wir in Deutschland haben, mit einer parlamentarischen Demokratie und mit gewählten Volksvertretern: Ich finde, das ist schon das beste System, was wir haben können.“ (OL)

Besonders an Kontrastbildern wird sehr schnell deutlich, wie loyal die Niedersachsen einerseits zu den staatlichen und politischen Institutionen, andererseits zur repräsentativ-demokratischen Form der Elitenauslese stehen: Mithilfe der USA wird demonstriert, welche verheerenden Folgen ein rudimentärer Wohlfahrtsstaat für die individuelle Lebensqualität habe. Anhand von autoritär regierten Staaten zeigt man, als wie wichtig Bürgerrechte und Freizügigkeiten eingeordnet werden. Einzig die skandinavischen Länder werden ob ihrer vermeintlichen sozialen Homogenität und Konfliktarmut verhalten beneidet. Urteilshorizont und Bewertungsmaßstab werden dabei offenbar pragmatisch-individualistisch angelegt und nicht etwa aus grundstürzenden moralischen oder politischen Überzeugungen gewonnen: Das mag man als „entideologisierte“

Haltung zufriedener Kunden staatlicher und wirtschaftlicher Dienstleistungen bezeichnen.

Zuletzt lässt sich, wenngleich tentativer, als *vierte* Beobachtung notieren: Die Befragten scheinen, getragen von starken obrigkeitlichen Sympathien, mental sehr scharf zwischen Regierungsform und Staat zu trennen: Die als positiv und schätzenswert wahrgenommenen Aspekte des politischen Prozesses sind dabei tendenziell auf staatlich garantierte Freiheiten (etwa Meinungs- und Pressefreiheit) und staatlich garantierte Ordnung (institutionelle Vernunft gegen die potenziell emotionalisierte Masse) zurückzuführen, während negativ und als bedrohlich gezeichnete Aspekte auf die eigentlich demokratischen Elemente verweisen (also etwa auf Pluralismus von der „falschen“ Seite, Konfliktivität, politischen Wettbewerb und Wahlkampfagitatorien). Um das zu verdeutlichen, lohnt sich ein näherer Blick auf die Bilder populistisch innervierter Massen, die die Niedersachsen in den Diskussionen über die neue Konfliktlinie zeichnen; Bilder, die mit der AfD in die politische Öffentlichkeit der Bundesrepublik getreten sind.

### Gegen die Masse: Der Problemkomplex „AfD“

Der globale Siegeszug (rechts-)populistischer Parteien und Akteure beschäftigt und irritiert die Niedersachsen; zugleich fordert er sie heraus, aus der Komfortzone vollmundiger, doch allgemeiner Bekenntnisse zur Demokratie herauszutreten. Wir wollen daher ausleuchten, inwiefern das konkrete Handlungsproblem „AfD“ die Teilnehmenden der Gruppengespräche nötigt, ihre Assoziationen, Überlegungen und Überzeugungen zu den Kernprinzipien der Demokratie wie auch ihre Kritik am demokratischen Prozess an tagespolitische Vorgänge rückzubinden.

Grundsätzlich sind sich die Niedersachsen hinsichtlich der Einschätzung der AfD, ihrer Bedeutung für die Demokratie und für die politische Kultur der Bundesrepublik uneins. Zwar herrscht eine beinahe apriorische AfD-kritische Gruppenmoral unter der Deutungshoheit eines grundsätzlichen Kosmopolitismus; diese wird

nicht zuletzt dadurch deutlich, dass die wenigen im Sample befindlichen AfD-Wähler<sup>126</sup> in der Diskussion kaum in Erscheinung treten, sich jedenfalls nicht als solche zu erkennen geben. Weitergehende Beurteilungen jedoch variieren einerseits zwischen Sorgen über wachsende, populistisch angeheizte Stimmungen, die gerade angesichts des Einflussfaktors medialer „Meinungsmache“ den rechten Rattenfängern in die Hände zu spielen scheinen, andererseits werden Überlegungen angestellt, ob die neue parteipolitische wie auch zivilgesellschaftliche Herausforderung von rechts nicht auch den demokratischen Prozess auflockern und vitalisieren könnte. Der große Schock von 2016 und 2017 ist also spürbar vorbei, die Fraktion der Überraschungen und Orientierungslosen<sup>127</sup> geschrumpft. Obwohl Irritation und Überforderung in Umgang und Einschätzung der AfD noch immer persistieren, schafft diese Entwicklung gleichfalls Raum für die nüchterne Analyse.

Auffällig ist, dass sich am Gegenstand der AfD bisweilen latent antidemokratische oder zumindest antipluralistische Impulse entladen, die dem hier visierten politischen Gegner jede Legitimität absprechen. Obwohl immer wieder der fehlende Wettbewerb klar profilierter Parteien und das diffuse Einverständnis der großen Etablierten moniert werden, akzeptiert man AfD-Politiker nicht als legitime Wettbewerber in der demokratischen Arena. Dafür werden durchaus gewichtige Gründe angeführt, etwa die Meldungen völkischer Unterwanderungen in den Behör-

den, in die auch AfD-Protagonisten verstrickt zu sein scheinen: „[Die] Bundeswehr ist unterwandert, die Polizei ist inzwischen unterwandert! Und dann diese Spielereien, die ja eben Herr Gauland vorab schon [angekündigt] hat.“ Für einen Salzgitteraner ist damit klar: „Die AfD ist eine verfassungsfeindliche [Partei]“, während ein Osnabrücker mahnt: „Ja, aber das hat man alles ja schon einmal gehabt. Da muss man aus der Geschichte auch mal lernen.“ So reihe sich die bedenkliche AfD in eine lange Linie einstiger rechtsradikaler Splitterparteien ein: Oldenburger Teilnehmer beispielsweise ordnen die DVU und die Partei Rechtsstaatlicher Offensive (vulgo „Schill-Partei“) als „klassische Protestparteien“ dieser Ahnenreihe zu.

Doch auch jenseits solcher klaren Zuordnungen zu völkischen und nationalkonservativen Traditionslinien stößt den Niedersachsen die Instrumentalisierung populistisch angeheizter Stimmungen auf. So memoriert ein Braunschweiger, dass er es „befürwortet“ hätte, die einstige nationalliberale und eurokritische AfD von 2013 „im Bundestag zu sehen“, „einfach um ein bisschen mehr Parteienspektrum zu haben und dementsprechend auch kontroverse Meinungen“, während er mit der neuen „klaren Tendenz“ der Post-Lücke-AfD nichts mehr anzufangen wisse. Für viele ist vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise 2015ff. auf geradezu anödenende Weise klargeworden, dass sich hier eine Partei opportunistisch Themen suche, „wo sie sieht: In unserer Gesellschaft, da gibt's irgendwo Leute, die sich nicht vertreten fühlen, die Angst haben.“ In diesem Sinne bekundet ein Osnabrücker: „Ich sehe es halt, ich weiß nicht, wie bei der NSDAP. Die haben halt einfache Antworten auf komplizierte Fragen, ne?“

Besonders zwielichtig fällt das AfD-Personal auf. Kurz und bündig: „Die Guten haben die AfD wieder alle verlassen“, während die Verbliebenen nur mehr handwerklich defizitäre parlamentarische Anträge einbrächten. Die Schergen dieser neuen, renitenten Formation seien einfach „immer dafür, dass sie dagegen sind“, mithin unprofessionell, inkompetent und vertrauenswürdig, und obendrein aktuell zerstritten. „Die werden sich selber zerschießen“, sind sich daher manche sicher. Warum also nicht gezielt einzelnen AfD-Politikern etwas politische Macht

**126** Den objektiven Daten der Fragebögen nach saßen immerhin vier AfD-Wähler in den Diskussionen, was 6 Prozent der Grundgesamtheit entspricht. Legt man die Daten der Bundestagswahl 2017 zugrunde, die eine AfD-Wählerklientel von 9,1 Prozent in Niedersachsen ausweisen, ist diese Wählerklientel hier also leicht unterrepräsentiert. Vgl. dazu Der Bundeswahlleiter: Bundestagswahl 2017, URL: <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/strukturdaten/bund-99/land-3.html> [eingesehen am 31.08.20]

**127** Ein Beispiel für Fokusgruppendifkussionen, die im Zeichen der als dramatischer Erdbeben empfundener Wahlerfolge der AfD standen, findet sich etwa in Schenke: Student und Demokratie, S. 446–470. (Das dort ausgewertete Material wurde im Verlauf des Jahres 2018 erhoben.)

in die Hand legen, um ihnen bei der Selbst-De-montage zuzusehen? „Warum eigentlich nicht ein Bürgermeister? Der steht ja voll im Zentrum der Kritik und des Feuers. [...] Und ich finde, da kann man der Demokratie auch etwas zutrauen, dass die das dann auch schafft. Oder?“ Schließlich „führen [sie] sich ja selber am Nasenring vor. Und blamieren sich ja selber.“ Die einschlägigen Verurteilungen schwanken offenkundig zwischen Alarmismus und spöttischer Verniedlichung. Jedenfalls: Ob gefährlich rechtsradikal durchwirkt, als unqualifizierte Usurpatoren in Amt und Würden gelangt (da bloß von verführten Frustrierten auf den Schild gehoben), oder schlicht persönlich inkompetent – diese Opposition ist nicht die richtige.

Dennoch wird aus Erwägungen der politischen Fairness immer wieder zuerkannt, dass hier eine Partei ein zweifellos vorhandenes Re-präsentationsdefizit zu beheben scheint, ja dass ihre Emergenz einen wachsenden Problemdruck politisch vernachlässigter Missstände und Schief-lagen anzeigt, denn sie sei „ja auch irgendwo ein Indikator für die Gesellschaft“; man könne nun klarer sehen: „Okay wie sieht denn überhaupt die Stimmung aus in Deutschland?“ Und tatsächlich ist die Frage berechtigt: Wie kommt der Mentalitätswandel der Bevölkerung zustande? Zentral sind hier aus Sicht der Niedersachsen massen-hafte Frustrationen und Ängste seitens der Bevölkerung. Hier bemühen sich auch viele um eine differenzierte Perspektive:

„Also, ich muss sagen, ich respektiere die Leute, die die AfD wählen, weil die haben schon legitime Interessen. Angst vor der Globalisierung, Angst vor persönlichen Nachteilen und so. Also, ich glaube, die Motive aus denen AfD gewählt wird, sind meistens schon sehr legitim und respekta-bel. [...] Und eigentlich müssten wir das viel besser adressieren, damit eben auch die AfD quasi nicht nötig gewesen wäre oder unnötig wird.“ (OS)

Hier spielt auch eine Rolle, dass die Nieder-sachsen wie gezeigt wachsende soziale Spal-tungsprozesse ohnehin als elementares poli-tisches Problem wahrnehmen. Der Vormarsch rechtspopulistischer Deutungsangebote ist

für sie kein Spezifikum strukturschwacher ost-deutscher Regionen, sondern verweist für sie auf einen universalen Kollektivitätsverlust im allgemeinen Trend zur postmittelständischen Klassengesellschaft:

„Also, ich denke, auch wenn die Frage hier gerade gezielt auf die AfD gerichtet war, sollten wir nicht nur so auf Ost und West gucken, sondern wenn wir in andere eu-ro-päische Länder gucken, überall sind die Rechtspopulisten in den letzten Jahr-zehnten auf dem Vormarsch gewesen, das können wir ja nicht nur mit inländischen Themen irgendwie begründen. Ich für mich persönlich sehe da eher eine Kombination aus einem, ich sag mal, religiös-morali-schem Werteverlust, wie ihn Nietzsche oder Jung vor 150 Jahren schon gepredigt haben und einer starken Beschleunigung durch die Digitalisierung, sodass nun mal Digita-lisierung, Automatisierung und so weiter, dass der ein oder andere Job einfach weg-fällt [...] Ja, man weiß, was man vermisst und was man gerne wieder zurück hätte. Aber keiner hat so richtig die Lösungen zur Hand, wie es denn jetzt irgendwie voran-gehen soll und wie einfach dieses Gefühl der Gemeinschafts- und Identitätslosig-keit kompensiert werden soll. Und deswe-gen ist es meiner Meinung nach grade im Rechtspopulismus die Rückbesinnung auf das Traditionelle, weil genau diese Ängste einfach vor, vor 50, vor 100 Jahren nicht annähernd so stark ausgeprägt waren, wie sie es heute sind. Dass man sagt, hey, keh-ren wir doch zu der Zeit zurück, früher war alles besser.“ (BS)

So kommt man schließlich nicht umhin, wenn auch zähneknirschend, den Siegeszug der AfD als einen Beweis für die Responsivität und Funktionsfähigkeit der bundesrepublikanischen Demokratie anzuerkennen:

Teilnehmer 1: „Ja. Hab' ich nichts von zu halten. Es gibt anscheinend Menschen, die diese Partei wählen. So. Und da ist es halt ein ganz normaler demokratischer le-gitimer Prozess, dass die dann auch ihre

Volkstreterer senden dürfen. Und ... das muss man nicht gutheißen, aber ich toleriere es. [...] Das ist für mich ganz legitim demokratisch gewählt und ja, ab dafür. Dafür haben wir die Demokratie.“

Teilnehmerin 2: „Sehe ich genauso. Genau dafür haben wir sie.“ (OS)

„Die Demokratie funktioniert noch, ja, sonst würde es ja gar keine AfD geben.“ (SZ)

Besonders das vielfach diagnostizierte abge-schliffene Profil der alten Volksparteien stößt den Diskutierenden in diesem Kontext sauer auf:

„Die AfD würde es nicht geben, wenn die Lethargie der anderen Parteien nicht so wäre. Wenn die jetzt entscheidungsfreudiger wären, würde es die AfD nicht geben.“ (OL)

„In der Bundespolitik ist dieses von Großkoalition zu Große, Große, Große. Das sorgt für viele Leute für Frust. Kann ich absolut nachvollziehen. Und die Werte, wo zum Beispiel die Sozialdemokratie mal für gestanden hat, die sind ... also mittlerweile ist es ja so, die Sozialdemokraten sind mittlerweile schon 'ne CDU light geworden.“ (OS)

„Also für mich entfernt sich die Politik immer weiter vom Bürger.“ (BS)

„Die SPD und die CDU sind so weit nach links gerückt, also mittig links, dass sie gemischt sind und viele Wähler sich nicht mehr vertreten fühlen. [...] Viele Themen, die die AfD anspricht, [...] werden geächtet, weil es ja die AfD sagt. Und das ist eigentlich falsch. Genau das müssen eigentlich die etablierten Parteien aufgreifen und sagen: So, jetzt machen wir was.“ (SZ)

Eine langfristig normalisierte und gemäßigte oppositionelle Kraft von rechts sind also viele bereit hinzunehmen. Deutlich seltener hinge-

gen wird der AfD eine inhaltliche Berechtigung im Hier und Jetzt zuerkannt. Nur vereinzelt heben einige darauf ab, dass eine stark direktive und vermittlungsarme Politik der Merkel-Ära den hier zum Ausdruck kommenden Protest hervorbringe. Ob Grundsatzentscheidungen zur Flüchtlingspolitik oder zu gesetzlichen Konsumschränkungen im Zeichen des Umweltschutzes, es sei Rechenschaft einzufordern: „Das wird dann ja einfach totgeschwiegen. Ich will ja einfach die Erklärung haben. Warum ist es so? Und einfach den Arsch in der Hose zu haben und das in der Öffentlichkeit zu fragen.“ Weiterhin konzedieren einige dialogisch orientierte Niedersachsen, dass das von AfD-Politikern angemahnte Schicksal gering qualifizierter Arbeitnehmer, sozial schwacher Familien und ländlicher Lebensrealitäten derzeit politisch vernachlässigt werde – während andere ihren Widerwillen an der Partei mit der Anmerkung abschließen, nicht genug über „das Programm“ zu wissen oder schlichtweg keine seriösen inhaltlichen Ziele erkennen zu können. Gerade letztere scheinen Schwierigkeiten zu haben, das Phänomen überhaupt ernst zu nehmen und reduzieren es auf eine kurzlebige Protestwahl:

„Der Großteil der AfD-Wähler ist meiner Meinung nach einfach nicht politisch. Es sind viele Menschen, denen es schlecht geht und die hoffen, dass irgendetwas besser wird dadurch, dass sie quasi das Gegenteil von dem wählen, was gerade so an der Macht ist oder populär ist.“ (OS)

In gewissem Sinne verschwimmen die Themenkomplexe von AfD, politischer Polarisierung und gesellschaftlicher Desintegration im Verlauf der Diskussionen ineinander. Für die allermeisten bezeichnen sie offenbar ein und dasselbe Phänomen: ein Rauerwerden des gesellschaftlichen und politischen Klimas. Nicht zuletzt deswegen führt die Frage nach Einschätzungen der AfD unmittelbar zum Griff nach dem Identitätsanker der politischen „Mitte“ gegen alles „Extreme“ oder „Radikale“. AfD-Wähler und AfD-Politiker treten in den Diskussionen häufig als Repräsentanten einer ungepflegten, ungehobelten, über die Stränge schlagenden Masse auf. Angesichts dieser „Wiederkehr der Nicht-Repräsentierten“

als Nicht-Repräsentierbaren<sup>128</sup> schränken die Niedersachsen ihre pluralistischen Postulate rigoros ein. Diskussionspflichtig und erklärungsbedürftig erscheinen den Niedersachsen vor allem die Motive – man führt hier zuvörderst Frustrationserfahrungen oder Sozialchauvinismus an – und die mentale Integrität des AfD-Elektorats; als Anwärter für die politischen Schalthebel aber nehmen sie sie – trotz wiederkehrender inhaltlicher Übereinstimmungen etwa am Gegenstand von Migrations- und Klimapolitik, oder aber auch an der häufig schablonenhaften Kritik der politischen Amtsträger – nicht ernst. Das heißt: Opposition und Protest: gerne, gerade angesichts des stagnierenden Parteienwettbewerbs! Jedoch bitte nicht von der Seite dieses zwielichtigen Pöbels. Denn die Furcht vor der formlosen Masse – stets die anderen – durchzieht wie ein Gerücht die Orientierungen der Diskutierenden. Wie in Kapitel 4 herausgearbeitet, scheint die Funktion dieser Figur einerseits darin zu liegen, als Instrument zur Abwehr politischen Konfliktdrucks die individuelle Positionierungsaversion zu legitimieren. Andererseits könnte sie durch das Bedürfnis motiviert sein, sich der Gültigkeit gesellschaftlicher Ordnungsprinzipien – insbesondere der vernünftigen Eintracht der Gemäßigten und Informierten – zu versichern. Dass die vielfach vorgebrachte, häufig sehr abstrakt aburteilende Elitenkritik dabei einem Populismus der Marke AfD gar nicht so fern liegt, wird nicht thematisiert.

Als adäquates Rezept gegen die drohende Anomie emotionalisierter Massen schlagen einige – längst nicht alle – Niedersachsen das Rezept (politischer) Bildung vor. Es sind in erster Linie Pädagogen, Studierende und Studierende, Gewerkschaftsnahe und sich selbst als politisch links Verstehende, die die rechtzeitige mentale Impfung durch ein engmaschiges Netz wissensvermittelnder, charakterveredelnder und vernunftfördernder Bildungsangebote vorschlagen. Als wesentliche demokratische Gefahr wird es identifiziert,

„dass wenn Leute nicht gebildet sind oder auch, wenn einfach Aggressionen hochkommen oder Sündenböcke gesucht werden für Probleme in der Wirtschaft, in der Gesellschaft und so weiter, dass sich dann Massen entwickeln, die dann sich zusammenfinden und dann die Mehrheit werden, so wie es auch mit der AfD ist. Dass gehetzt wird.“ (BS)

„Und ich glaube halt, dass Extremismus an und für sich erst einmal zu verurteilen ist und ob's jetzt von rechter Seite oder von linker Seite ist halt, da muss die gesellschaftliche Mitte halt immer weiter gehen, ob's jetzt die Linken sind, die Sozialisten oder auf der anderen Seite die Faschisten – [es] muss halt gegen gekämpft werden durch Bildung.“ (SZ)

Das Beispiel der Brexit-Wahl identifizieren daher Vertreter dieser Deutungslinie als Musterbeispiel par excellence für die Konsequenzen populistischer Mobilisierung bei mangelnder Faktenkenntnis. Die „britische Bevölkerung“ habe nun eine bittere Lektion aus ihrer irrationalen Impulswahl gezogen, die man präventiv hätte verhindern können. Der (nicht unwidersprochene) Rat eines Diskutierenden:

„Also, meine Meinung: Erstmal die Leute aufklären: Was passiert, wenn wir drinbleiben, was passiert, wenn Großbritannien rausgeht? [...] Plus: nicht wirklich durch die Brille einer Partei, sondern halt ganz unabhängig von sogenannten Experten vorgehen halt, ne, und in einer Diskussion dann erweitert. [...] Das hätte der richtige Weg sein sollen, aber so hat man halt, ja, eine Schlacht gehabt, eine Medienschlacht gehabt im Endeffekt, mit Lügenaufzischen und wer dann, wer die meisten Leser hat, hat dann gewonnen, sozusagen.“ (BS)

An Passagen wie diesen fällt die sublimale Weigerung auf, die faktisch gegebene Gegensätzlichkeit politischer Interessenlagen anzuerkennen: Anhand des politisch-kulturell unsensiblen dichotomen Schemas von gebildeter Vernunft vs. ungebildeter Irrationalität werden die neuar-

<sup>128</sup> Vgl. Manow: (Ent-)Demokratisierung der Demokratie, 2020, S. 51.



tigen Konfliktlagen auf eine simple Schicksalsfrage reduziert: Umsetzung des einzig Richtigen oder Abgleiten in durch eigennützige Parteiinteressen erzeugte Verhängnisse. Überhaupt verweist die hier präsente Absicht, Antagonismen durch weltanschauliche Schulungen einzuebnen, die wie ein Reflex einschnappt, auf die bereits erwähnte Ablehnung politischer Konfliktivität. Die Empfehlung, Mitbürger, die das „Falsche“ wählen, durch pädagogische Methoden von ihrem Ansinnen abzubringen und zu einem vermeintlich rationaleren Wahlverhalten zu erziehen, dient als simples Allheilmittel für den nicht gewünschten neuen Polarisierungsdruck, der einer schnellen Auflösung offenkundig entzät. Auf diese Weise wird der „Problemkomplex AfD“ letztlich entpolitisiert. Es wird abermals deutlich, warum die gelegentlich geäußerten Sympathien für Plebiszite eine Frage des moralischen Prinzips bleiben, während man vor praktischen Konsequenzen weitestgehend zurückschreckt. Allerdings widersprechen hier durchaus andere Diskutierenden, die – trotz geteilter Antipathien – vielmehr den Umgang der Etablierten mit der AfD im Rahmen traditioneller Mehrheitenpolitik kritisieren, etwa am Beispiel der zurückliegenden Thüringer Landtagswahl, als sich der FDP-Politiker Roland Kemmerich mit Unterstützung der AfD zum Ministerpräsidenten wählen ließ, um nach einer Welle öffentlicher Entrüstung sogleich wieder zurückzutreten. Die Spaltung der diesbezüglichen Einschätzungen gerade unter politisch sonst Übereinstimmenden ist augenfällig:

„Wenn die Nationalisten die Demokratie unterwandern und unterhöhlen, dann ist das nicht mehr demokratisch, sondern dann ist das nur demagogisch, indem man versucht, die Freiheit der Demokratie [...] zu unterwandern. Und deswegen ist das in Thüringen nicht zu rechtfertigen [...] und deswegen, man darf sich nicht in ein Amt wählen lassen durch Verfassungsfeinde, und das waren und sind Verfassungsfeinde!“ (SZ)

Teilnehmer 1: „Also, ich finde es schwierig, weil der Eindruck entsteht, dass das alles so zurecht geruckelt wird, irgendwie, und

der demokratische Prozess hat halt diesen Kemmerich zu Tage gebracht, dass der da Präsident ist, der ist legitim gewählt worden als Ministerpräsident, und dann kommt auf mich immer dieser Eindruck ... Ja, dann hat man ganz klar gemerkt, dann hat der Lindner, dann haben die großen Parteien die Ansagen gemacht und dann wurde es ganz schnell zurückgezogen. Das ist für mich aber nicht eine Demokratie, weil es im Prinzip ja so gewählt wurde, auch wenn ich es politisch nicht unterstützen würde. Und das fand ich einen merkwürdigen Prozess irgendwie.“

Teilnehmer 2: „Das ist das einzige, was denen einfällt, halt Neuwahlen. Neuwahlen, Neuwahlen, Neuwahlen.“

Teilnehmer 3: „Ja, aber wir haben uns doch auf ein Gesamtkonzept geeinigt. Neuwahlen machen wir alle vier, fünf Jahre und dann ist wieder gut.“ (BS)

Die Vorstellung indes, dass den parallel erfolgenden Grünen womöglich eine Rolle als idealer Gegenspieler der AfD zukommen könnte – insbesondere in der Cleavage-Forschung für viele ein naheliegender Gedanke<sup>129</sup> –, findet von unseren Gesprächspartnern niemand plausibel.

Abschließend darf der Hinweis nicht fehlen, dass die Diskutierenden ihre Vorbehalte gegen die AfD immer wieder selbst relativieren. Denn die naheliegende Schlussfolgerung, dass die populistisch Verführten schließlich die Demokratie stürzen könnten, will verblüffender Weise fast niemand (mit Ausnahme von drei Personen) explizit ziehen; nicht einmal ein Großteil der Dramatisierer sieht die Stabilität der Regierungsform oder auch nur einzelne demokratische Prinzipien derzeit in einer etwa der Weimarer Situation vergleichbaren Gefährdungslage. Zwar gibt es vereinzelt Äußerungen, in denen der anwachsende gesellschaftliche Problemdruck als bedrohlich genug perzipiert wird, dass er schließlich womöglich auch die derzeit noch wirksamen Integrationskräfte sprengen könnte, doch treten sol-

129 Vgl. Franz et al.: Grüne und AfD als neue Gegenpole.



che Überlegungen eher im Gewand hypothetischer Szenarien auf. Trauen die Niedersachsen also den Protagonisten der AfD und den mit ihr verwobenen Netzwerken einen Putsch schlicht nicht zu – oder hegen sie hier womöglich doch auf Abruf gestellte, verkappte Sympathien gegenüber einer mittelfristig mitunter regierungsfähigen, dann vielleicht prospektiv moderat rechten Partei, die sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht so recht öffentlich verbalisieren lassen? Eine eindeutige Antwort darauf steht aus.

### Gehäufte Widersprüche

Inmitten der wiederholt herausgestrichenen einheitsstiftenden Konsenslinien verdichtet sich in den Gesprächen über Demokratie, demokratische Konfliktregulation und AfD eine ganze Reihe von Widersprüchen. Erkennbar stimuliert die Diskussion mehrere vermittelnde politisch-soziale Deutungsmuster, mithilfe derer die Niedersachsen im unübersichtlichen Feld des Politischen Orientierung stiften und gesellschaftliche Ordnungsprinzipien (gerade angesichts ihrer eventuellen Gefährdung) rechtfertigend zu deuten versuchen. Nochmals: Jeder wissenschaftliche Hochmut gegenüber solchen Unstimmigkeiten verbietet sich, nicht zuletzt aufgrund der strukturellen Widersprüchlichkeit alltäglicher Bewusstseinsbildung über das soziale und politische Geschehen, welche zwischen dem Anspruch, „Vollmitglied“ der demokratischen Gesellschaft zu sein und der alltäglich erfahrenen Ungleichheit vermitteln muss, häufig unter Rückgriff auf überlieferte Mentalitätsbestände.<sup>130</sup> Mehr noch: Womöglich ist genau hier ein Hinweis auf die politisch-kulturelle Eruption zu erkennen, die die Verstetigung und Artikulation neuer Konfliktlinien in den vergangenen Jahren hervorgerufen hat. Da der Versuch einer Rekonstruktion der zugrundeliegenden Deutungsmuster Bestandteil der Schlussbetrachtungen sein wird, begnügen wir uns vorerst da-

mit, die in Rede stehenden Widersprüche hier aufzuführen. Sie entstehen teils zwischen den Äußerungen ein und derselben Person, teils aus dem Gesprächsverlauf zwischen mehreren Personen; in beiden Fällen werden sie in der Regel nicht als solche erkannt, stören daher nicht den Redefluss oder Diskussionsverlauf und werden somit auch keinem Lösungsversuch zugeführt.

- Einerseits wird der Erfolg der AfD als Indiz eines funktionsfähigen Repräsentationsprinzips gewertet (freilich stets unter nur zögerlichem Nachvollzug des unausweichlichen Schlusses, dass die AfD zuvor vernachlässigte Stimmen und Interessen abbildet), andererseits wird gelegentlich das Protestwähler-Theorem bemüht, um genuine inhaltliche Motivationen (und damit dann eben auch Berechtigungen) abzuwehren.
- Die mögliche Alternativelite AfD wird in der Regel affektiv abgelehnt und mit oberflächlichen Argumenten verworfen, obwohl man mit ihr vieles teilt, insbesondere die zum Teil rigorose Elitenkritik.
- Die Kritik an den politischen Eliten bleibt unvermittelt neben der Forderung nach einer (als inhärent rational vorgestellten) Herrschaft der Experten und Technokraten stehen, welche ja auf nichts anderes hinauslaufen kann als gerade auf die Ägide einer im Zeichen des ehernen Richtigen agierenden Führungselite, welche keinen Raum mehr lässt für Gefühl, Nachsichtigkeit, Stimmungssensibilität oder oppositionellen Einspruch.
- Der „Faktor Mensch“ im politischen Prozess, also die hinsichtlich ihrer Motive und Vorhaben undurchdringliche Entscheidungsfreiheit mächtiger Amtsträger, wird eigentlich durchweg als Problem- und Destabilisierungsfaktor verhandelt. Auf der anderen Seite aber beschweren sich die Diskutierenden über allgemein zu geringe Einfluss- und Veränderungspotenziale, d. h. gerade über die zu verlässliche Stabilität des Status quo. So formulieren sie einen im Grunde uneindeutigen Wählerauftrag in der von Gegenkräften und Kontrollmechanismen gekennzeichneten bundesrepublikanischen

<sup>130</sup> Vgl. Lepsius: Kulturelle Dimensionen der sozialen Schichtung [1963], in: Ders. (Hg.): Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen 1990, S. 96–116, hier S. 110f. und Schenke: Student und Demokratie, S. 43 und 49.

Demokratie, deren geringe Spielräume man den amtierenden Regierungen vorwirft.<sup>131</sup>

- Häufig wird diese Kritik an den amtierenden Eliten mit einer suggerierten Fähigkeit zur personellen Leistungsbewertung begründet – während man andererseits stets moniert, kaum sachliche, nicht-tendenziöse und nicht-verzerrte Informationen bekommen zu können, ja sich bequem zur Nichterfüllung der so oft angemahnten Informiertheitspflicht bekennt.
- Der semantische Kern der hier verhandelten Elitenkritik läuft auf den strukturellen Ausschluss des größten Teils der Bevölkerung vom politischen Entscheidungsprozess hinaus, unterstrichen durch die herausstechende Bedeutung der Beteiligung des Einzelnen als demokratischem Prinzip. Sämtliche beobachtete Probleme in concreto, auch die wiederholten Feststellungen einer Abgehobenheit von der Alltagsrealität des „Volkes“, werden auf die objektiv-institutionelle Regierungsform zurückgeführt, was der Gruppenmoral das bereits erwähnte basisdemokratische Vibrato verleiht. Kurz und bündig: Die Elitenkritik ist Repräsentationskritik. Damit aber kollidiert scharf, dass die Masse, mitsamt aller denkbaren negativen Konnotationen der Formlosigkeit und des leicht beeinflussbaren, leicht emotionalisierbaren und stets intellektuell unselbstständigen (was hier auch immer heißt: demokratisch unzurechnungsfähigen) Gemüts, möglichst vom Mitentscheiden ferngehalten werden soll. „Es ist das Problem der Menge, die sich weigert, Volk zu werden, aber dennoch politisch wirksam wird, es ist das Problem der Partizipation ohne Repräsentation und der beständigen Ausweitung dieser Partizipation, es ist *das Problem der Demokratisierung der Demokratie.*“<sup>132</sup> Am Deutungshorizont steht die Vorstellung des faktengebundenen einzig Richtigen. Dass aber gerade grundsätzliche

politische Entscheidungen stets auch auf der Grundlage von Werthaltungen, Interessen und Abwägungen getroffen werden und dabei Konfliktpotenziale moderieren müssen, wird ausgeblendet.

---

<sup>131</sup> Vgl. Walter: Zeiten des Umbruchs? S. 9–11.

<sup>132</sup> Manow: (Ent-)Demokratisierung der Demokratie, S. 52 (Herv. i. O.).

# 6 Zusammenführung und Schlussbetrachtung

**U**m den durch die repräsentative Erhebung des NDM 2019 aufgeworfenen Fragen nachzugehen, eruierten wir in der vorliegenden Studie die Substanz der „ungeschriebenen Verfassung“ der Niedersachsen, also grundierende Mentalitätsströme und alltagsmoralische Kernüberzeugungen, auf deren Grundlage die Bürger dieses Bundeslandes gesellschaftspolitische Vorgänge deuten. Ein besonderes Augenmerk der vertiefenden Analyse lag dabei auf der lokalen politischen Problempassung, auf Vorstellungen informeller Machtzirkel, ferner auf dem Demokratieverständnis der Niedersachsen und ihrer Sicht auf demokratische Prozesse.

## Die Teilresultate im Überblick

Zunächst interessierte uns, wie die Menschen das Leben in ihrer Stadt (Oldenburg, Osnabrück, Braunschweig und Salzgitter) wahrnehmen, wie sie Regeln ihres Zusammenlebens ausverhandeln und wie Vorstellungen eines als positiv empfundenen Miteinanders und einer „guten Ordnung“ im Licht des jeweils stadtspezifischen Problemdrucks beschrieben werden. Als Ergebnis der Analyse trat sehr deutlich hervor, dass das eigene städtische Lebensumfeld – im Gegensatz zum Bundesland Niedersachsen – einen wichtigen Referenzrahmen darstellt. Auf-

fällig war außerdem, dass sich die Diskutierenden in allen vier Städten auf eine tiefsitzende Skepsis gegenüber Großstädten einigen konnten; durchweg diente die Sehnsucht nach gemeinschaftsstiftender „Dörflichkeit“ im sozialen Nahraum als Kontrastfolie. Die lokale Erfahrungswelt spielt also, vermittelt über die persönliche Zufriedenheit und die Einschätzung der eigenen Lebenschancen, eine gewichtige Rolle für die Sicht auf politische Entwicklungen und auch auf die perzipierte Gültigkeit oder Verletztheit gesellschaftlicher Ordnungsprinzipien. Differenzen zeigten sich indes im Grad der emotionalen Bindung: Während Oldenburg und Salzgitter (jede Stadt auf ihre Weise) als starke Identifikationsanker zu fungieren scheinen, fällt das Verhältnis der Osnabrücker und Braunschweiger zu ihrer Stadt eher kühl und distanziert (allerdings auch nicht unbedingt kritisch) aus.

Das Panorama der politischen Problemlagen bekräftigte zunächst das grundsätzlich starke politische Interesse der Niedersachsen. Sie fühlen sich zum bewussten, d. h. informierten Mitvollzug des Tagesgeschehens verpflichtet. Allerdings ist mitunter schwer zu bestimmen, wie tief entsprechende Themenkomplexe sie tatsächlich bewegen: Zwar identifizieren die Teilnehmer der Fokusgruppen eine ganze Reihe drängender gesellschaftspolitischer Probleme, unter denen insbesondere die Sorge vor wachsenden sozialen Desintegrationstendenzen, die Skepsis gegenüber der aktuellen Migrations- und Integ-

rationspolitik, aber auch Bedenkllichkeiten hinsichtlich Klimawandel und Nachhaltigkeit argumentativ zu aktivieren scheinen. Doch obwohl der hier von vielen konstatierte Problemdruck bisweilen gravierend erscheinen mag, stehen drei relativierende Beobachtungen in einem gewissen Kontrast dazu: Da die Niedersachsen ihre gesellschaftskritischen Überlegungen primär an der Planbarkeit individueller und materiell absichernder Erwerbsbiografien messen, weckt der vereinzelte Unmut vor dem Hintergrund der zur Jahreswende 2019/20 günstigen wirtschaftlichen Lage kaum den Wunsch nach politischem Engagement. Dem tritt ein – zumindest rhetorischer – kosmopolitischer Überhang hinzu, der unsere Fokusgruppen, im Einklang mit der vergleichenden Cleavage-Forschung, auszeichnet und das Polarisierungspotenzial mindert. Schließlich vermeiden die Diskutierenden es sichtlich, konkrete politische Urteile im Verlauf des Gesprächs durchzuhalten, insbesondere wenn sie damit gegen die Gruppenmoral zu verstoßen fürchten. Dass sie insgesamt der ausdauernden inhaltlichen Auseinandersetzung mit den diagnostizierten Problemlagen jenseits oberflächlicher Empörung immer wieder ausweichen, weckt daher Zweifel an ihrer inneren Involviertheit.

Sekundiert wird dieser Befund von den herausgearbeiteten Annahmen einer Beeinflussung politischer Entscheidungen durch „die Medien“ und „die Lobby“ – sowie der Sorge vor einer diffusen Masse ungebildeter „anderer“, welcher zugetraut wird, sich von vermeintlichen medialen Falschdarstellungen manipulieren zu lassen und mit ihrem auf Halb- oder Falschwissen beruhenden Wahlverhalten die Demokratie zu gefährden. Entsprechende Äußerungen durchziehen alle Fokusgruppen. Es scheint, als diene eine solche Übertragung politischer Entscheidungsgewalt auf externe, quasi-unsichtbare und übermächtige Strippenzieher dazu, dem einzelnen Bürger Verantwortung von den Schultern zu nehmen: Entweder diktieren mediale und lobbyistische Interessen politische Prozesse oder das Abstimmungsverhalten der Mehrheit steht einer vernunftgeleiteten Politik im Wege, so klingt es in den Diskussionen durch. Der einzelne Diskutierende bestätigt sich damit in seiner tief empfundenen Entfremdung von politischen Möglichkeiten der Einflussnahme, schließlich trennt

er so scharf zwischen dem individuellen Erleben und der gesamtgesellschaftlichen Situation. Zwar steht der offenbar mehrheitlich relativ sorgenfreien und zufriedenen Lebenssituation der Niedersachsen das Wissen um globale Missstände und Katastrophen gegenüber, jedoch kann dieses Missverhältnis dadurch aufgelöst werden, dass der Einzelne anzweifelt, überhaupt richtig informiert zu sein – oder aber politische Verantwortung auf externe Akteure überträgt, denen gegenüber er auf seine eigene Ohnmacht pochen kann. Andererseits bleiben die Bezugnahmen auf Verschwörungskonstrukte so sprunghaft wie situativ und lösen sich bei vertiefenden Nachfragen häufig auf; man legt Wert darauf, nicht mit jener Riege von Personen in Zusammenhang gebracht zu werden, die man amüsiert als Verschwörungstheoretiker identifiziert.

Danach befragt, was die (deutsche) Demokratie ausmache und wie ihr Zustand zu beurteilen sei, offenbaren die Niedersachsen abermals starke Konsenslinien. Durch sämtliche Fokusgruppen hindurch wird die Meinungs- und Pressefreiheit als primäres demokratisches Prinzip identifiziert, zudem unterscheiden viele strikt zwischen demokratischem Idealzustand und defizitärer demokratischer Realität in der Bundesrepublik; auch fordern sie (wenn auch in unterschiedlicher Leidenschaftlichkeit) darauf aufbauend verbindliche Teilhaberechte für alle Bürger. Einigkeit besteht insofern auch in der Kritik am tatsächlichen demokratischen Prozess, welcher durch Ungleichheiten und Vorrechte von Machtgruppen kontaminiert erscheint. Überhaupt wird hier stärker als anderswo deutlich, dass die Niedersachsen Ausgleich (auch sozialen), Harmonie und Konsens bevorzugen, während sie wirtschaftliche Profitinteressen als wesentliche Störfaktoren einer harmonischen Ordnung identifizieren. Andererseits nimmt sich die hier geäußerte Demokratiekritik immer wieder zurück, wirkt halbherzig, fast als würde eine skeptische Grundhaltung zum guten Ton eines wohlinformierten und kritischen Bürgers gehören: Man geriert sich als Kunde staatlicher Dienstleistungen, bleibt aber im Zweifel loyal zu den Institutionen des Bundes und der Länder, insbesondere zu der mit ihnen verbundenen Ordnungsmacht. Auch aus diesem Grund werden Elemente der judikativ und exekutiv garan-

tierten Ordnung inklusive persönlicher Freiheiten positiv bewertet, während die eigentlichen Bestandteile der demokratischen Regierungsform (in erster Linie die parlamentarische Diskussion und der Profilierungsdrang der Parteien) als Quell von Unruhe und Konflikt erscheinen. Als Ausdruck des durch den demokratischen Pluralismus ermöglichten politischen Wettbewerbs von der „falschen“ Seite, als Sinnbild der potenziell gefährlichen, ungeschulten Masse, aber auch als Generalargument gegen die (gleichwohl ideell goutierte) Idee der direkten Demokratie treten die AfD und ihre Wähler auf: Ob Ärgernis oder Gefahr, niemand scheint zum jetzigen Zeitpunkt gewillt zu sein, der AfD – zumindest in der Teilöffentlichkeit einer Fokusgruppe – mehr als nur formale Berechtigung zuzugestehen. Vielmehr setzt man auf (politische) Bildung, um derartige Emeuten zu kurieren und in die geordneten Bahnen der politischen Vernunft zu überführen. Allerdings häufen sich in diesem Kontext auch die meisten Widersprüchlichkeiten: Im Lichte der fundamentalen Ablehnung politischer Konfliktivität, der Diagnose allgegenwärtiger sozialer Spaltungsprozesse sowie der Furcht vor der Partizipation einer vermeintlich ungebildeten Masse etwa irritiert das beherzte Bekenntnis zur freien Meinungsäußerung.

### Politisch-soziale Deutungsmuster der Niedersachsen: Ein Interpretationsversuch

Im Fortgang der Auswertung fielen wiederholt Widersprüche zwischen den Positionierungen der Fokusgruppenteilnehmer (immer wieder auch zwischen den Äußerungen derselben Person) auf. Dass diese Widersprüche – die als manifeste Äußerung in der Gesprächsinteraktion deutungskulturelle Einwüfe sind – keine Irritationen hervorriefen oder den Gesprächsfluss störten, werten wir als Hinweis auf untergründig vermittelnde Sinnstrukturen, die wir eingangs als Elemente politischer Sozialkultur, als politisch-soziale Deutungsmuster bestimmten. Wir wollen hier einige zentrale, paradox erscheinende Beobachtungen wiederholen:

- Die Sehnsucht nach Dörflichkeit und Familiarität führte zu anfänglichen Behauptungen eines tatsächlich harmonischen Lebensumfelds (die Darstellungen wirken hier oft wie aus einer Lokalmarketing-Broschüre entnommen), wurde im Laufe des Gesprächs jedoch mehr und mehr aufgelöst oder mithilfe der Abgrenzung von weniger lebenswerten Stadtteilen bzw. Nachbarorten aufrechterhalten.
- Gesamtgesellschaftspolitische Problemlagen wurden einerseits mit großer verbaler Leidenschaft, teils in hypertropher Dramatisierung artikuliert, andererseits wurde eine insgesamt hohe Lebenszufriedenheit sichtbar, die eine große Distanz zur politischen Sphäre verrät.
- Der Betonung einer (Selbst-)Verpflichtung zu politischer Informiertheit sowie dem Anspruch einer hohen Medienkompetenz standen die Klagen über eine Übermacht medialer Verzerrungen, der Meinungskartelle und verborgenen (wirtschaftlichen) Machtzirkel gegenüber, die eine volle Kenntnisnahme der tatsächlichen Fakten zu verunmöglichen scheinen.
- Die Niedersachsen monierten, als Einzelne nicht in den politischen Prozess eingebunden zu werden. Gleichzeitig aber erfüllt die wiederkehrende Delegation politischer Macht an vermeintlich übermächtige Strippenzieher und Netzwerke die Funktion, sich selbst von der politischen Verantwortung zu dispensieren.
- Die parteipolitische Sphäre erscheint letztlich als schmutziges, demagogisches und manipulativ-opportunistisches Geschäft, welches die Rationalität einer eigentlich dringend nötigen Gemeinwohlorientierung untergräbt. Das Gegenbild, eine vernünftige und von Machtinteressen freie Politik, blieb gegenüber den lebhaften Schilderungen von Desintegration, Polarisierung und drohender Katastrophe ein leerer Signifikant. Die Regierungsform „Demokratie“ wurde diesbezüglich letztlich als ein Einfallstor für soziale Konfliktivität, als Destabilisierungsfaktor ausgemacht. Ihre Basis, der in poli-

tische Formen zu überführende Konflikt,<sup>133</sup> gerät im Grunde zum Störfall einer guten Ordnung. Aus diesem Grund rangierte als erstes Prinzip der Demokratie ein Aspekt (Meinungs- und Pressefreiheit), der genau genommen Element des liberalen Rechtsstaates ist. Dieser wurde somit latent als eigentlicher Hüter der guten Ordnung und Agent der Stabilität imaginiert, als Garant von Freiheiten und zugleich als strafender Vater gegenüber Unruhestiftern, Ungehobenen und Zwielfichtigen.

- Dass politische Rationalität daran gemessen wurde, auf der Grundlage fundierter Faktenkenntnis Konflikte final zu unterbinden – was sich auch an der Annahme, politische Entscheidungen ließen sich ohne die Zielsetzungsfunktion von politischen Werthaltungen und Interessen treffen, sowie auch an der insgesamt ablehnenden Haltung Volksentscheiden gegenüber zeigte –, kollidierte außerdem scharf mit der leidenschaftlichen Parteinahme für Meinungs- und Pressefreiheit, mit dem basisdemokratischen Vibrato, das sich auf einen diffusen Volkswillen beruft.
- Die ins Schablonenhafte neigende Kritik an politischen Eliten, an der tendenziösen Berichterstattung und am Zustand der Demokratie stimmte in vielen Punkten mit der politischen Inszenierung der mehrheitlich eigentlich heftig abgelehnten „Alternative“ AfD überein, was aber weder zum Überdenken der eigenen Äußerungen noch zur tatsächlichen AfD-Wahl bewegte.

Welcher verklammernde Sinn mag sich hinter diesen Unstimmigkeiten verbergen? Zunächst: Aus den Teilresultaten spricht ein elementarer, die jeweiligen städtischen Differenzen überbrückender Grundzug, den wir in Anlehnung an Berthold Franke als *kleinbürgerliche Attitüde* bezeichnen wollen. In ihr vereinen sich die Insistenz auf dem Dörflich-Familiären (Kap. 2), die Orientierung an Harmonie, Rationalität und „Mittigkeit“ gegen drohende gesell-

schaftliche Desintegrationstendenzen mitsamt der Aversion gegenüber entschlossener politischer Selbstpositionierung ohne Rückendeckung durch die Gruppe (Kap. 3), die Reduktion komplexer gesellschaftspolitischer Zusammenhänge auf die Schablonen von hintergründig lenkenden Lobbys, medialen Verzerrungen und einer leicht verführbaren politisch polarisierten Masse mitsamt der Funktion individueller Verantwortungsabwehr (Kap. 4) mit der Ablehnung politischer Konfliktivität (Kap. 5). Die Übereinstimmung unserer Teilresultate mit Frankes geistesgeschichtlicher Topologie einer im Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts entstandenen politischen Kultur des Kleinbürgers erscheint uns so frappant, dass wir diese hier als Grundlage unserer weiterführenden Analyse ausführlich zitieren wollen:

„Eigentlich ist der Kleinbürger völlig unpolitisch. [...] Ohne kontinuierliche Teilnahme am politischen Prozeß, ohne Sensorium für das Spiel gesellschaftlicher Interessengegensätze, ohne die Erfahrung der Partizipation am öffentlichen Diskurs kann die Politik nur noch als Schicksal wahrgenommen werden, etwa aus der Stammtischperspektive: resigniert zynisch oder enttäuscht aufbrausend. Nur höchst selten, aber dann zumeist im Format von Naturkatastrophen, im Ausnahmezustand von Revolution und Krieg, Krise und Inflation, kommt die Politik zum Kleinbürger [...]. Sein Zuhause aber ist in Wirklichkeit das Reich der apolitischen Normalität. Dort findet der Kleinbürger Unterstand in Zeiten relativer Ruhe und Schutz vor der Politik, die doch nur ein ‚schmutziges Geschäft‘ ist. In der gepflegten Privatheit von Familie, Haus und Garten, wie sie das biedermeierliche Idyll als statischen Gegenentwurf zum bedrohlichen Gewühl des modernen Massenzeitalters bietet, fristet der Kleinbürger ein sich dezidiert unpolitisch gebendes Leben – so lange man ihn in Ruhe läßt. Nicht einer Partei gilt sein Engagement, sondern dem Verein. Nicht gegeneinander, miteinander heißt es hier [...] Er selbst strotzt vor Normalität, ja er ist geradezu die Inkarnation einer in Gefahr geratenen Normalität,

<sup>133</sup> So der weitgehende Konsens unter Demokratietheoretikern, vgl. die Überblicksdarstellung in Salzborn, Samuel: Demokratie. Theorien, Formen, Entwicklungen, Baden-Baden 2012, S. 15–19.



nämlich der des echten Mittelmaßes. Immer im Dienste des Allgemeinen, des Sittlichen und Natürlichen, immer im Namen der Mitte und des Durchschnitts, sieht sich der Kleinbürger zu idealistischer Opferbereitschaft und unermüdlichem Einsatz erfordert.“<sup>134</sup>

Dass die in den Fokusgruppen angesteuerte Auseinandersetzung mit politischen Themen – trotz weniger Ausnahmen, die etwa den politischen Protest als legitimen Weg wahrnehmen, dem Problemdruck hinter bestimmten Themen öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen und damit den Zirkel der Absorption von Veränderungsbestrebungen durch die ächzenden Mühlen der Macht zu durchbrechen – immer wieder Züge eines Überdrusses, einer überdehnten Aufmerksamkeitsökonomie und einer geringen Positionierungsfreude jenseits allgemeiner Bekenntnisse und populistisch anmutender Vereinseitigungen trägt,<sup>135</sup> unterstreicht die lebensweltliche Entpolitisierung. Kurzum: Apolitischer Privatismus trotz moralischer Verurteilung des Weltlaufs und eine distanziert-rationalistische, letztlich technokratische Sicht auf gesellschaftspolitische Probleme, deren Lösung man lieber berufenen Experten anvertraut wissen möchte als (so die Wahrnehmung des Status quo) sie in den Händen amoralischer Machtgruppen und trickreicher Volksverführer zu belassen – das sind die Kennzeichen der kleinbür-

gerlichen Attitüde. Wohlgemerkt: Wir behaupten nicht, dass die hier zitierte – zugegebenermaßen polemisch pointierte – Charakteristik *alle* oder auch nur die meisten Einzelpersonen unseres Samples als Menschen *direkt* beschreibt. Begreifen wir aber die kleinbürgerliche Attitüde als kulturell kolportierten Mentalitätsstrom, erkennen wir dessen formative Kraft für die heutige politische Kultur Niedersachsens.

Allerdings ist damit noch nicht alles erschlossen, wie besonders an der wiederkehrenden Bildungsemphase der Niedersachsen<sup>136</sup> deutlich wird. Dass die Abwendung demokratischer Gefahrenlagen durch rechtzeitige Schulungen des Nachwuchses vermeintlich ungebildeter und „falsch“ wählender Massen vollbracht werden soll, ergibt sich nicht notwendig aus dieser kleinbürgerlichen Attitüde. Vielmehr meinen wir hierin einen Ausdruck neuer Konfliktlinien zu erkennen, in denen Werthaltungen und Überzeugungen der „socio-cultural professionals“ respektive der gebildeten und urbanen „liberalen Eliten“ zu einer durchsetzungskräftigen normativen Deutungsfolie gerinnen. Das Motiv nährt sich, so ist zu vermuten, aus dem kulturellen Einfluss der Aufsteigergeneration, die sich im Zuge der Bildungsexpansion seit den 1960er und 1970er Jahren etabliert hat.<sup>137</sup> Die Selbstpositionierung als „gemäßigte“ oder auch „pragmatische“ Mitte schlägt so – unterstützt durch die Deutungsarbeit von „Akademiker[n], Journalisten, Analysten“ – in ein radikales Unverständnis gegenüber den neuen Polarisierungsdynamiken um, wie sie neuerdings von „Populisten“ und ihren Wählern auszugehen scheinen.<sup>138</sup> Warum dann nicht im Namen der Vernunft auf die (Selbst-) Optimierungskräfte der (politischen) Bildung pochen, wie man sie sich seit Jahren selbst abverlangt?

**134** Franke, Berthold: Die Kleinbürger. Begriff, Ideologie, Politik, Frankfurt/New York 1988, S. 214f.

**135** Es verhält sich ganz analog zu einer Beobachtung unter US-Mittelschichtsangehörigen der 1940er Jahre: „Politische Nachrichten und Kommentare nehmen, wie alle anderen Informationen, die Rundfunk, Presse und Wochenschau über uns ergießen, im allgemeinen unsere Freizeit in Anspruch und fallen gewissermaßen in die Sparte ‚Unterhaltung‘. Politik wird fast in gleicher Weise betrachtet wie Filme oder Sport, nicht aber als etwas, in das jeder einbezogen ist, weil er am Produktionsprozess teilnimmt. In diesem Bezugssystem gesehen muss Politik ‚enttäuschen‘, muss sie den Menschen, die von der Kulturindustrie und den ihr eigenen ‚Unterhaltungswerten‘ genormt sind, öde, kalt und trocken – langweilig – erscheinen [...]“, s. Adorno, Theodor W.: Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a. M. 2016 [1973], S. 187. (Herv. i. O.).

**136** Vgl. das komplementäre, aber stärker aus neuhumanistischen Traditionslinien schöpfende studentische Deutungsmuster in Schenke: Student und Demokratie, S. 472.

**137** Vgl. Nickel: Rückbau der Gesellschaft, hier S. 27 sowie Kitschelt/Rehm: Occupations as a Site of Political Preference Formation.

**138** Vgl. Nickel: Rückbau der Gesellschaft, S. 35f.

Im vorliegenden Fokusgruppenmaterial verschränken sich diese beiden Mentalitätsströme der kleinbürgerlichen Attitüde und der kosmopolitischen Bildungsemphase. Sie nähren *drei grundlegende politisch-soziale Deutungsmuster der Niedersachsen*, die das Gesagte sinnhaft vermitteln, nämlich

- das Deutungsmuster einer distinkten Trennung der harmonisch gezeichneten privaten Lebenswelt von der „großen“ und unruhigen Sphäre gesellschaftspolitischer Fragen,
- das Deutungsmuster einer politischen Technokratie, welches die Funktionsfähigkeit von Staat und Demokratie an der Fähigkeit misst, Konflikte stillzustellen (nicht zu formen) und wirtschaftliche Interessengruppen auszuschließen sowie
- das Deutungsmuster der (politischen) Bildung als gesellschaftspolitischer Impfung gegen Gefährdungen der demokratischen Gesellschaftsordnung.

Wir meinen nicht, aufgrund des hier rekonstruierten „Niedersachsenbewusstseins“ über regionale Ausdifferenzierungen hinwegschreiten zu können. Allerdings konnten wir nur wenige Hinweise auf strukturelle Unterschiede im Inhalt und Charakter der Fokusgruppendifkussionen finden, die auf den Unterschied der Großregionen „Weser-Ems“ und „Raum Braunschweig“ verweisen und Rückschlüsse auf Bindendifferenzierungen innerhalb der niedersächsischen politischen Kultur gestatten. Überspitzt (denn vielfach handelt es sich wirklich um Nuancen) lässt sich immerhin resümieren: Während die Sicht auf öffentliche Angelegenheiten im Nordwesten (Oldenburg/Osnabrück) in einer stärker konservativ geprägten und tendenziell zu zivilgesellschaftlichem Engagement verpflichtenden Auffassung von gesellschaftlicher Einbindung wurzelt – im Westen erklingen der Aufruf und die Selbstverpflichtung zur Anteilnahme am Gemeinwesen etwas häufiger, die schablonenhafte Abkanzlung der öffentlichen Amtsträger ist etwas seltener zu hören –, sticht der Südosten (Braunschweig/Salzgitter)

### Politische Selbstverortung der Befragten, n=55 (Median)

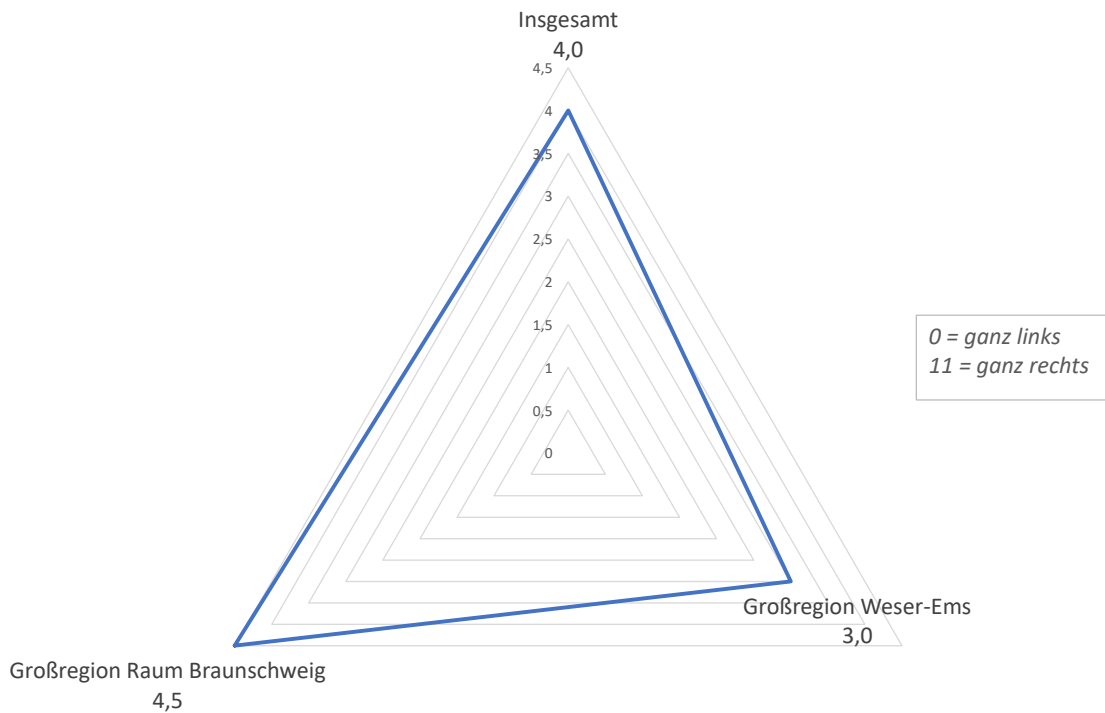


Abb. 6 Eigene Zusammenstellung von Zahlen des begleitenden standardisierten Fragebogens

durch einen stärker kontemplativ-reflektierend inszenierten, inhaltlich jedoch rigorosen gesellschaftskritischen Privatismus hervor. Im Einklang mit den in der Forschung bekannten regionalen Prägungen politischer Kultur ist daher zu vermuten, dass die kleinbürgerliche Attitüde – und damit die Entbindung vom politischen Prozess – im eher technisch-industriell geprägten Osten Niedersachsens ein wenig weiter fortgeschritten ist als im eher ländlich-konservativ geprägten Westen. Auf der Ebene der politischen Selbstverortung scheint sich diese Asymmetrie als Differenz zwischen eher rechtem (Raum Braunschweig) und eher linkem Selbstverständnis (Weser-Ems) abzubilden.

Tritt man jedoch einen Schritt zurück, erscheinen die herausgestellten Deutungsmuster in der Gesamtschau wie eine weltanschauliche Klammer: Im Ergebnis steht eine aller von den Diskutierenden geäußerten Kritik spottende, grundlegende Staats- und Institutionenloyalität, die sich geradezu als das politisch-kulturelle Polster Niedersachsens bezeichnen lässt; ein einheitsstiftender, zwar offenbar von Teilen der Bevölkerung selbst häufig als bieder klassifizierter, nichtsdestotrotz aber Resilienzkräfte gegen Stimmungen und Einstellungstrends stiftender Orientierungsrahmen.<sup>139</sup> Dieser Rahmen scheint es auch zu sein, welcher die Einwirkung der vielfach diskutierten neuen Konfliktlinie zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus zumindest abfedert und verzögert. Die im Bundesvergleich relativ starken Wahlergebnisse von SPD und CDU scheinen daher zumindest zum Teil aus diesem niedersachsenspezifischen politisch-kulturellen Polster zu resultieren. Die „ungeschriebene Verfassung“ der Niedersachsen sieht sich weitestgehend auf die geschriebene verpflichtet, also trotz aller Antipathien auf die jeweiligen Amtsträger – und somit auch auf die Landes- und Bundesregierung. Indes könnte das in den kommenden Jahren auch in Unterstützung für einen Regie-

wechselswechsel umschlagen: Es ist nicht auszuschließen, dass neue powers that be vermöge ihrer Verankerung in den staatlichen Institutionen – salopp: kraft ihres Aufstiegs in die Obrigkeit – vergleichsweise rasch als legitim erscheinen würden.

### Abgleich mit den repräsentativen Daten des NDM 2019

Mit den hier ausgeführten Deutungsmustern gehen wir davon aus, zentrale Eckpfeiler politischer Sozialkultur identifiziert zu haben, die die gesellschaftspolitische Realität in Bezug auf die uns interessierenden Themenkomplexe tragen, und die die quantitativ-repräsentativen Resultate des NDM 2019 und die damals offen gebliebenen Fragen zu erhellen vermögen.

*a) Woher rührt der Widerspruch zwischen dem großen Vertrauen in staatliche Institutionen und der gleichzeitigen Klage über politische und demokratische Unzufriedenheit sowie über Ungerechtigkeiten im Land?*

Die Niedersachsen scheinen die Existenz widerstreitender, politisch repräsentationsfähiger Interessen zwar verbal anzuerkennen, emotional aber fühlen sie sich dem alten Modell des „sozialen Friedens“<sup>140</sup> verbunden: Sie wünschen sich eine möglichst befriedete Parteienlandschaft und Öffentlichkeit, wie sie die Ära der klassischen Volksparteien oder auch catch-all-parties auszeichnete.<sup>141</sup> Konflikt und Auseinandersetzung erscheinen tendenziell als destabilisierende Störfaktoren des politischen Prozesses, nicht als ihre Basis. Dass das Assoziationsspektrum zum Begriff Demokratie – wie die Telefonbefragung zeigte – bisweilen bunt ausfallen kann, wird indes durch starke Konsenslinien

<sup>139</sup> Sicher spielt es hier eine Rolle, dass das Bundesland Niedersachsen insgesamt eher strukturstark ist, also Kommunen mit großen ökonomischen Schwierigkeiten eher zur lokal begrenzten Ausnahme zählen. Vgl. zur tragenden Relevanz dieses Faktors für die Geschwindigkeit politisch-kultureller Umbrüche Franz et al.: Grüne und AfD als neue Gegenpole.

<sup>140</sup> Vgl. Agnoli, Johannes: Die Transformation der Demokratie, in: Ders.: Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften, Hamburg 2004, S. 13–93, hier S. 25.

<sup>141</sup> Vgl. Kirchheimer: Der Wandel des west-europäischen Parteiensystems.

konterkariert, die sich erst in einer qualitativen Nachforschung offenbaren. Entscheidend ist durchweg, dass ein starker und funktionsfähiger Staat – zu ihm steht man loyal – die öffentliche Ordnung absichert.

Unmut scheint sich insbesondere an Störungen der öffentlichen Ordnung im lokalen Lebensraum zu entzünden, oder aber in Gestalt von Klagen über gesamtgesellschaftliche Ungerechtigkeiten bei der Zuteilung von Gütern und Ressourcen, Partizipations- und Statusoptionen. Bei genauerer Nachforschung zeigt sich, dass auch die schärfsten Kritiker von Machtkonzentrationen unter Eliten und Lobbygruppen mit ihrer Lebenssituation insgesamt eher zufrieden zu sein scheinen. Die moralisch durchzogene, oft zunächst drastisch wirkende Kritik am Status quo bricht sich stets an den privatistischen Aspekten der oben skizzierten kleinbürgerlichen Attitüde.

*b) Tatsächlich eine hohe Zustimmung zu verschwörungstheoretischen Motiven?*

Während die noch in der repräsentativen Umfrage geäußerte Vermutung einer tatsächlichen oder imaginierten Überwachung durch staatliche Behörden in den hier ausgewerteten Fokusgruppen keine Rolle spielt und auch keine ominösen Kausalzusammenhänge zwischen eigentlich unabhängigen Vorgängen expliziert werden, nimmt die Kritik an vermeintlicher Einflussnahme durch dunkle Lobby-Organisationen sogar einen noch größeren Raum in den Gesellschaftsdeutungen ein als im NDM 2019.<sup>142</sup> In der Identifikation omnipotenter Machtgruppen und -netzwerke liegt, so ließe sich vermuten, der eigentliche Kern verschwörungstheoretischer Motive. Die Fokusgruppen legen nahe, deren Ursprung in dem Bestreben zu suchen, die als quälend kompliziert wahrgenommenen gesellschaftlichen Zusammenhänge auf einfache Grundlinien zu reduzieren und sich dabei selbst zu Wissenden zu promovieren. Bemerkenswert ist etwa der Widerspruch zwischen dem hochmütigen Spott über Verschwörungstheoretiker bei gleichzeitiger Bereitschaft, nahezu allmächtige Netzwerke aus Macht und Geld als

treibende Kräfte hinter gesellschaftlichen Vorgängen zu identifizieren. Man wird nicht etwa politische Radikalität, sondern vielmehr einen Überdruß an der komplexen gesellschaftspolitischen Realität als die eigentliche Quelle solcher Deutungen identifizieren dürfen. Dieser lässt sich aber ironischerweise als Beleg für eine mehrheitliche lebensweltliche und materielle Saturiertheit werten, was mit der Wahrnehmung des städtischen Umfelds als „großes Dorf“ (wie gesehen ein gemeinsames Motiv in Oldenburg, Osnabrück, Braunschweig wie auch Salzgitter) zusammengeht. Zugleich konserviert die Vorstellung illegitimer Machtzentren den Wunsch nach einem allmächtigen Ordnungsagenten, der das heillose Durcheinander der Welt zu strukturieren vermag: Das positive Gegenbild zu den unterstellten ökonomischen *rackets* ist die kühl und rational operierende politische Technokratie; schlechthin unerträglich hingegen wäre eine strukturell chaotische Welt, in der nur temporäre Kräftegleichgewichte möglich sind.

*c) Wieso verhindern unerschütterliche Vorbehalte die Parteinarbeit für die AfD, obwohl es offenkundig inhaltliche Schnittmengen gibt?*

Die Antwort auf diese Frage fällt im Anschluss an die vorhergehenden Aspekte simpel aus: So lange die AfD als Sammelbecken zwielichtiger Outsider erscheint, welche – durch eine ungebildete Masse gewählt – die gewohnte, durch staatliche Institutionen gestützte gute Ordnung infrage stellen, lehnen die Niedersachsen sie vehement ab. Sieht man allerdings von den pauschalen antifaschistischen Bekenntnissen ab, finden sich kaum gewichtige inhaltliche Argumente gegen die Vorhaben dieser Partei; Einwände richten sich primär auf die mangelnde Eignung ihres Personals. Sollte also das aktuell unwahrscheinliche Szenario einer AfD-Regierungsbeteiligung auf Bundes- oder Landesebene eintreten, wäre ein rascher Stimmungswandel zumindest in Niedersachsen nicht auszuschließen.

<sup>142</sup> Vgl. Marg et al.: NDM 2019, S. 43.

Unternehmen wir abschließend den Versuch eines gedanklichen Transfers auf den Verlauf des Jahres 2020 und der seither verstetigten thematischen Dominanz der Corona-Pandemie. Politikwissenschaftler der Universität Heidelberg haben in einer Studie die Akzeptanz der staatlichen Corona-Maßnahmen seitens der Bevölkerung untersucht und deckten dabei einen entscheidenden kausalen Zusammenhang auf: Menschen, die Bundesregierung und Medien ein hohes Vertrauen schenken, neigen weniger zu einer „Verschwörungsmentalität“, sind mit dem bundesdeutschen Krisenmanagement zufriedener und zeigen eine höhere Bereitschaft, die Vorschriften und Empfehlungen geflissentlich zu befolgen, während politisch Frustrierte und Unzufriedene ihr Misstrauen häufiger durch Nichtachtung der Restriktionen ausagieren.<sup>143</sup> Man wird also auf der Grundlage unseres Samples davon ausgehen dürfen, dass auch das diesbezügliche Konfliktpotenzial in Niedersachsen – wie gesehen ein Bundesland mit ausgeprägter Loyalität zu seinen Institutionen und seinem politischen Establishment – eher gering ausfallen wird.

Man darf es, aber man muss es nicht. Denn selbstverständlich richten sich prognostische Überlegungen dieser Art auf eine noch unbekannte Zukunft, die stets dem potenziellen Einfluss unerwarteter Ereignisse, überraschender Stimmungswandel oder gar präzedenzloser Strukturumbrüche der landeskulturellen Mentalitäten unterliegen kann. Es kommt daher darauf an, das empirische Wissen zur politischen Kultur Niedersachsens turnusmäßig zu aktualisieren und im zeitlichen Längsschnitt zu deuten. Dieser Aufgabe nimmt sich der Niedersächsische Demokratie-Monitor an, indem er die künftigen Entwicklungen im Wechsel zwischen quantitativem und qualitativem Zugriff erfasst und dokumentiert.

---

<sup>143</sup> Vgl. Kirsch, Peter/Kube, Hanno/Zohlhoyer, Reimut: Gesellschaftliche Selbstermächtigung. Die Akzeptanz der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in der deutschen Bevölkerung, in: Webpräsenz des Instituts für Politische Wissenschaft, Universität Heidelberg, 17.07.2020, URL: <https://www.uni-heidelberg.de/politikwissenschaften/personal/zohlhoefer/forschung/selbstermaechtigung.html> [eingesehen am 01.10.2020].

# Literaturverzeichnis

- Agnoli, Johannes:** Die Transformation der Demokratie, in: Ders.: Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften, Hamburg 2004, S. 13–93.
- Best, Heinrich:** Elite Foundations of European Integration. A Causal Analysis, in: Best, Heinrich/Lengyel, György/Verzichelli, Luca (Hrsg.): The Europe of Elites. A Study into the Europeanness of Europe's Political and Economic Elites, Oxford 2012, S. 208–233.
- Bögelein, Nicole/Vetter, Nicole:** Deutungsmuster als Forschungsinstrument. Grundlegende Perspektiven, in: Dies. (Hrsg.): Der Deutungsmusteransatz. Einführung – Erkenntnisse – Perspektiven, Weinheim/Basel 2019, S. 12–38.
- Der Bundeswahlleiter:** Landtagswahlen Niedersachsen 2017, URL: <https://www.bundeswahlleiter.de/service/landtagswahlen/land-3.html> [21.09.2020].
- : Bundestagswahl 2017, URL: <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/strukturdaten/bund-99/land-3.html> [21.09.2020].
- : Europawahl 2019, URL: <https://www.bundeswahlleiter.de/europawahlen/2019/strukturdaten/bund-99/land-3.html> [21.09.2020].
- Butzlaff, Felix:** Die neuen Bürgerproteste in Deutschland. Organisatoren – Erwartungen – Demokratiebilder, Bielefeld 2015.
- Dahrendorf, Ralf:** Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965.
- Decker, Frank/Ruhose, Fedor:** Vom moderaten zum polarisierten Pluralismus. Wie integrationsfähig ist das deutsche Parteiensystem?, in: INDES, H. 3/2019, S. 34–42.
- Der Bundeswahlleiter:** Bundestagswahl 2017, URL: <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/strukturdaten/bund-99/land-3.html> [31.08.2020]
- Dresing, Thorsten/Pehl, Thorsten:** Praxisbuch Interview, Transkription & Analyse. Anleitungen und Regelsysteme für qualitativ Forschende, Marburg, 2018, S. 20–26, URL: [https://www.audiotranskription.de/download/praxisbuch\\_transkription.pdf?q=Praxisbuch-Transkription.pdf](https://www.audiotranskription.de/download/praxisbuch_transkription.pdf?q=Praxisbuch-Transkription.pdf) [21.09.2020].
- Finkbeiner, Florian/Trittel, Katharina:** Traditionslinien des Rechtsradikalismus in der politischen Kultur Niedersachsens. Ein historischer Problemaufriss. FoDEX-Studie Rechtsradikalismus Nr. 1, Göttingen 2019.
- Finkbeiner, Florian/Trittel, Katharina/Geiges, Lars:** Rechtsradikalismus in Niedersachsen. Akteure, Entwicklungen und lokaler Umgang, Bielefeld 2019.
- Finkbeiner, Florian/Schröder, Niklas:** Die AfD und ihre Wähler in Niedersachsen. Eine Fallanalyse zum Sozialprofil der Wählerschaft und ihrer politischen Einstellungen am Beispiel von Niedersachsen. FoDEX-Studie Rechtsradikalismus Nr. 4, Göttingen 2020.
- Franke, Berthold:** Die Kleinbürger. Begriff, Ideologie, Politik, Frankfurt/New York 1988.
- Franz, Christian / Fratzscher, Marcel / Kritikos, Alexander S.:** Grüne und AfD als neue Gegenpole der gesellschaftlichen Spaltung in Deutschland, in: DIW Wochenbericht, Jg. 86. (2019), H. 34, S. 591–603.
- Hartmann, Martin:** Deutsche Eliten: Die wahre Parallelgesellschaft?, in: bpb.de, 01.04.2014, URL: <https://www.bpb.de/apuz/181764/deutsche-eliten-die-wahre-parallelgesellschaft?p=all> [01.08.2020].
- Herbert, Ulrich:** Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014.



- Hooghe, Liesbet/Marks, Gary:** Cleavage theory meets Europe's crises: Lipset, Rokkan, and the Transnational Cleavage, in: *Journal of European Public Policy*, Jg. 25 (2018), H. 1, S. 109–135.
- Kiesel, Helmuth:** Geschichte der deutschsprachigen Literatur 1918–1933, München 2017.
- Kirchheimer, Otto:** Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 6 (1965), H. 1, S. 20–41.
- Kirsch, Peter/Kube, Hanno/Zohlhoyer, Reimut:** Gesellschaftliche Selbstermächtigung. Die Akzeptanz der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in der deutschen Bevölkerung, in: *Webpräsenz des Instituts für Politische Wissenschaft, Universität Heidelberg*, 17.07.2020, URL: <https://www.uni-heidelberg.de/politikwissenschaften/personal/zohlhoefer/forschung/selbstermaechtigung.html> [01.10.2020].
- Kitschelt, Herbert:** *The transformation of European social democracy*, Cambridge 1994.
- Kitschelt, Herbert/Rehm, Philipp:** Occupations as a Site of Political Preference Formation, in: *Comparative Political Studies*, Jg. 47 (2014), H. 12, S. 1670–1706.
- Kleemann, Frank/Krähnke, Uwe/Matuschek, Ingo:** *Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung in die Praxis des Interpretierens*, Wiesbaden 2013.
- Kohl, Wiebke/Seibring, Anne (Hrsg.):** „Unsichtbares“ Politikprogramm? Themenwelten und politisches Interesse von „bildungsfernen“ Jugendlichen, Bonn 2012.
- Koopmans, Ruud/Zürn, Michael:** *Cosmopolitanism and Communitarism – How Globalization Is Reshaping Politics in the Twenty-First Century*, in: De Wilde, Pieter/Koopmans, Ruud/Merkel, Wolfgang/Strijbis, Oliver/Zürn, Michael (Hrsg.): *The Struggle over Borders. Cosmopolitanism and Communitarianism*, Cambridge University Press 2019, S. 1–34.
- Kühn, Thomas/Koschel, Kay-Volker:** *Gruppendiskussionen. Ein Praxis-Handbuch*, Wiesbaden 2017.
- Lepsius, Rainer M.:** Lepsius: Kulturelle Dimensionen der sozialen Schichtung [1963], in: Ders. (Hg.): *Interessen, Ideen und Institutionen*, Opladen 1990, S. 96–116.
- : Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: in: Abel, Wilhelm/Borchardt, Knut/Kellenbenz, Hermann/Zorn, Wolfgang (Hrsg.): *Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge*, Stuttgart 1966, S. 371–393.
- Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein:** *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*, New York/London 1967.
- Lüders, Christian:** Deutungsmusteranalyse. Annäherungen an ein risikoreiches Konzept, in: Garz, Detlef/Kraimer, Klaus (Hrsg.): *Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen*, Opladen 1991, S. 377–408.
- Mangold, Werner:** *Gegenstand und Methode des Gruppendiskussionsverfahrens. Aus der Arbeit des Instituts für Sozialforschung*, Frankfurt a. M. 1960.
- Manow, Philip:** *Die Politische Ökonomie des Populismus*, Berlin 2019.
- : (Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Ein Essay, Frankfurt a. M. 2020.
- Marg, Stine/Schenke, Julian/Finkbeiner, Florian:** Gegen einen formalistischen Demokratiebegriff. Zwischenstand der begriffshistorischen und -theoretischen Reflexion im Forschungsprozess, in: *Demokratie-Dialog* H. 5/2019, S. 2–13.
- Marg, Stine/Finkbeiner, Florian/Kühnel, Steffen/ Dermitzaki, Efraxia:** *Niedersächsischer Demokratie-Monitor. NDM 2019. FoDEX-Studie Politische Kultur Nr. 2*, Göttingen 2019.
- Mayring, Philipp:** *Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken*, Weinheim 1999.
- Merkel, Wolfgang:** *Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie*, in: Harfst, Philipp/Kubbe, Ina/Poguntke, Thomas (Hrsg.): *Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy*, Wiesbaden 2017, S. 9–23.
- Nachtwey, Oliver:** *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Frankfurt a. M. 2016.
- Nickel, Carsten:** *Rückbau der Gesellschaft*, in: *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken*, Jg. 73 (2019), H. 839, S. 27–36.
- Oevermann, Ulrich:** *Zur Analyse der Struktur von sozialen Deutungsmustern (1973)*, in: *Sozialer Sinn*, H. 1/2001, S. 3–33.
- : *Die Struktur sozialer Deutungsmuster – Versuch einer Aktualisierung*, in: *Sozialer Sinn*, H. 1/2001, S. 223–229.

- Pickel, Gert/Reimer-Gordinskaya, Katrin/Decker, Oliver:** Der Berlin Monitor 2019. Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie, Berlin 2019.
- Radkau, Joachim:** Die wilhelminische Ära als nervöses Zeitalter, oder: Die Nerven als Netz zwischen Tempo- und Körpergeschichte, in: Geschichte und Gesellschaft, H. 20/1994, S. 211–241.
- Raphael, Lutz:** Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2018. Bpb Lizenzausgabe, Bonn 2019.
- Reeken, Dietmar von:** Ein Land – Viele Regionen? Landesbewusstsein, Landesintegration und Regionalkultur in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa/Werwath, Christian (Hrsg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 59–78.
- Rohe, Karl:** Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kulturforschung, in: Berg-Schlosser, Dirk/Schissler, Jakob: Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 18/1987, S. 39–48.
- : Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1992, S. 9–29.
- : Politik. Begriffe und Wirklichkeiten. Eine Einführung in das politische Denken, Stuttgart 1994.
- : Politische Kultur. Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts, in: Niedermayer, Oskar; Beyme, Klaus von (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Berlin 1994, S. 1–21.
- Salzborn, Samuel:** Demokratie. Theorien, Formen, Entwicklungen, Baden-Baden 2012.
- Schenke, Julian:** Student und Demokratie. Das politische Potenzial deutscher Studierender in Geschichte und Gegenwart, Bielefeld 2020.
- Schenke, Julian/Schmitz, Christopher/Trittel, Katharina/Marg, Stine:** PEGIDA-Effekte? Jugend zwischen Polarisierung und politischer Unberührtheit, Bielefeld 2018.
- Schenke, Julian/Finkbeiner, Florian/Neumann, Amelie:** Das Potenzial der Cleavage-Perspektive. Wahlverhalten als Oberflächenphänomen der politischen Kultur, in: Demokratie-Dialog, H. 6/2020, S. 2–11.
- Strijbis, Oliver et al.:** Why are Elites More Cosmopolitan than Masses?, in: De Wilde, Pieter/Koopmans, Ruud/Merkel, Wolfgang/Strijbis, Oliver/Zürn, Michael (Hrsg.): The Struggle over Borders. Cosmopolitanism and Communitarianism, Cambridge 2019, S. 37–64.
- Strübing, Jörg/Hirschauer, Stefan/Ayaß, Ruth/Krähnke, Uwe/Scheffer, Thomas:** Gütekriterien qualitativer Sozialforschung. Ein Diskussionsanstoß, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 47 (2018), H. 2, S. 83–100.
- Walter, Franz/Dürr, Tobias:** Die Heimatlosigkeit der Macht. Wie die Politik in Deutschland ihren Boden verlor, Berlin 2000.
- Walter, Franz:** Bürgerlichkeit und Protest in der Misstrauensgesellschaft, in: Marg, Stine/Geiges, Lars/Butzlaff, Felix/Walter, Franz (Hg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?, Reinbek 2013, S. 301–344.
- : Zeiten des Umbruchs? Analysen zur Politik, Stuttgart 2018.
- Werner, Alban:** Versuch, die Signaturen der zehner Jahre zu begreifen, in: Merkur, Jg. 74. (2020), H. 854, S. 83–90.
- Wolter, André:** Eigendynamik und Irreversibilität der Hochschulexpansion: Die Entwicklung der Beteiligung an Hochschulbildung in Deutschland, in: Banscherus, Ulf/Bülow-Schramm, Margret/Himpele, Klemens/Staack, Sonja/Winter, Sarah (Hrsg.): Übergänge im Spannungsfeld von Expansion und Exklusion. Eine Analyse der Schnittstellen im deutschen Hochschulsystem, Bielefeld 2014, S. 19–38.
- Zürn, Michael:** Autoritärer Populismus vs. offene Gesellschaft – eine neue Konfliktlinie? Eine ökonomische, kulturelle und politische Analyse. Demokratie & Gesellschaft Nr. 7, Berlin 2018.

# Autoren



**Dr. Julian Schenke**, geb. 1988, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Im Rahmen der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen ist er zuständig für die Koordination, Durchführung und Auswertung der Erhebungen im Rahmen des Demokratie-Monitors. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen qualitativer politischer Kulturforschung und Bewegungsforschung.



**Dr. Katharina Trittel**, geb. 1984, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Göttinger Institut für Demokratieforschung und Redakteurin des "Demokratie-Dialog". Im Rahmen der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen arbeitet sie vorwiegend zum Phänomenbereich Rechtsradikalismus.



**Amelie Neumann**, geb. 1997, studierte Politikwissenschaft an der Universität Göttingen und war studentische Hilfskraft der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

# 1. Niedersächsischer Demokratiemonitor

Bislang gibt es kein einziges westdeutsches Bundesland, in welchem die Demokratievorstellungen regelmäßig untersucht werden, um Veränderungen im Zeitverlauf und im Strukturwandel der politischen Kultur zu identifizieren.

Die Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremisten in Niedersachsen (FoDEX) am Göttinger Institut für Demokratieforschung hat gemeinsam mit dem Methodenzentrum Sozialwissenschaften an der Universität Göttingen eine repräsentative Umfrage durchgeführt. Beauftragt wurde hierfür fors.a. *Gesellschaft für Sozialforschung* und statistische Analysen mbH. Befragt wurde die Wohnbevölkerung Niedersachsens ab 16 Jahren mit deutscher Staatsangehörigkeit. Die Erhebung ist eine repräsentative Stichprobe mit 1.001 Fällen.

Ausgangspunkt der Erhebung war die Feststellung, dass zu den Demokratie- und Gesellschaftsvorstellungen der Niedersachsen kaum Erkenntnisse vorliegen. Zwar existieren Befragungsergebnisse über das Vertrauen in und die Zufriedenheit mit der Demokratie als Ganzem. Aber was man in Niedersachsen überhaupt unter Demokratie versteht und welche zentralen Vorteile man in dieser gesellschaftlichen Organisationsform sieht, ist bisher kaum erforscht.

Der NDM unterscheidet sich von bisherigen Landesmonitoren, indem er einen verstärkten und vertiefenden Akzent auf die Demokratie- und Gesellschaftsvorstellungen der Niedersachsen

Alle Hefte zum Download:

<https://www.fodex-online.de/demokratie-dialog/>



legt. Außerdem soll im Unterschied zu anderen Landesmonitoren die standardisierte Befragung zukünftig erweitert und mit einem qualitativ-empirischen Design kombiniert werden, d.h., spätere Gruppendiskussionen und halbstandardisierte Interviews mit narrativen Elementen sollen verschiedene Aspekte vertiefen, um Wahrnehmungsmuster und Beurteilungsmaßstäbe zu erfassen und ggf. Hinweise dafür zu liefern, den Fragebogen für die kommende repräsentative Umfrage partiell anzupassen.

# Impressum

## Herausgeberin

Forschungs- und Dokumentationsstelle  
zur Analyse politischer und  
religiöser Extremismen

am Institut für Demokratieforschung  
Georg-August-Universität Göttingen  
Weender Landstraße 14  
37073 Göttingen

Tel.: +49 551 39 1701 00

Fax: +49 551 39 1701 01

E-Mail: [kontakt@fodex-online.de](mailto:kontakt@fodex-online.de)

## Ansprechpartner

Studie:

Dr. Julian Schenke

[julian.schenke@demokratie-goettingen.de](mailto:julian.schenke@demokratie-goettingen.de)

## Grafikdesign

Katja Töpfer

## FoDEx

Forschungs- und Dokumentationsstelle  
zur Analyse politischer und religiöser  
Extremismen in Niedersachsen



Göttinger Institut für  
Demokratieforschung

## Nachweise

Schrift:

Kanit Font, Cadson De-  
mak [<http://cadsondemak.com/>], 2015, SIL Open Font  
License v1.10 [[http://scripts.sil.org/cms/scripts/page.php?item\\_id=OFL\\_web](http://scripts.sil.org/cms/scripts/page.php?item_id=OFL_web)]

ISSN 2628-3743 FoDEx-Studie (Print)

ISSN 2628-3751 FoDEx-Studie (Online)

Göttingen, November 2020

ISSN (Print) 2628-3743

ISSN (Online)2628-3751

# FoDEx

Forschungs- und Dokumentationsstelle  
zur Analyse politischer und religiöser  
Extremismen in Niedersachsen

[www.fodex-online.de](http://www.fodex-online.de)



Göttinger Institut für  
Demokratieforschung

[www.demokratie-goettingen.de](http://www.demokratie-goettingen.de)